

DIE WELTWOCHEN



Triumph der Staatsmacht

Es wird unheimlich in der Schweiz.

Von Urs Paul Engeler

Beliebtteste aller Frauen

Das Phänomen Michelle Obama. *Von Beatrice Schlag*

Was Europa Franco verdankt

Spaniens General stoppte die Nazis und den Kommunismus.

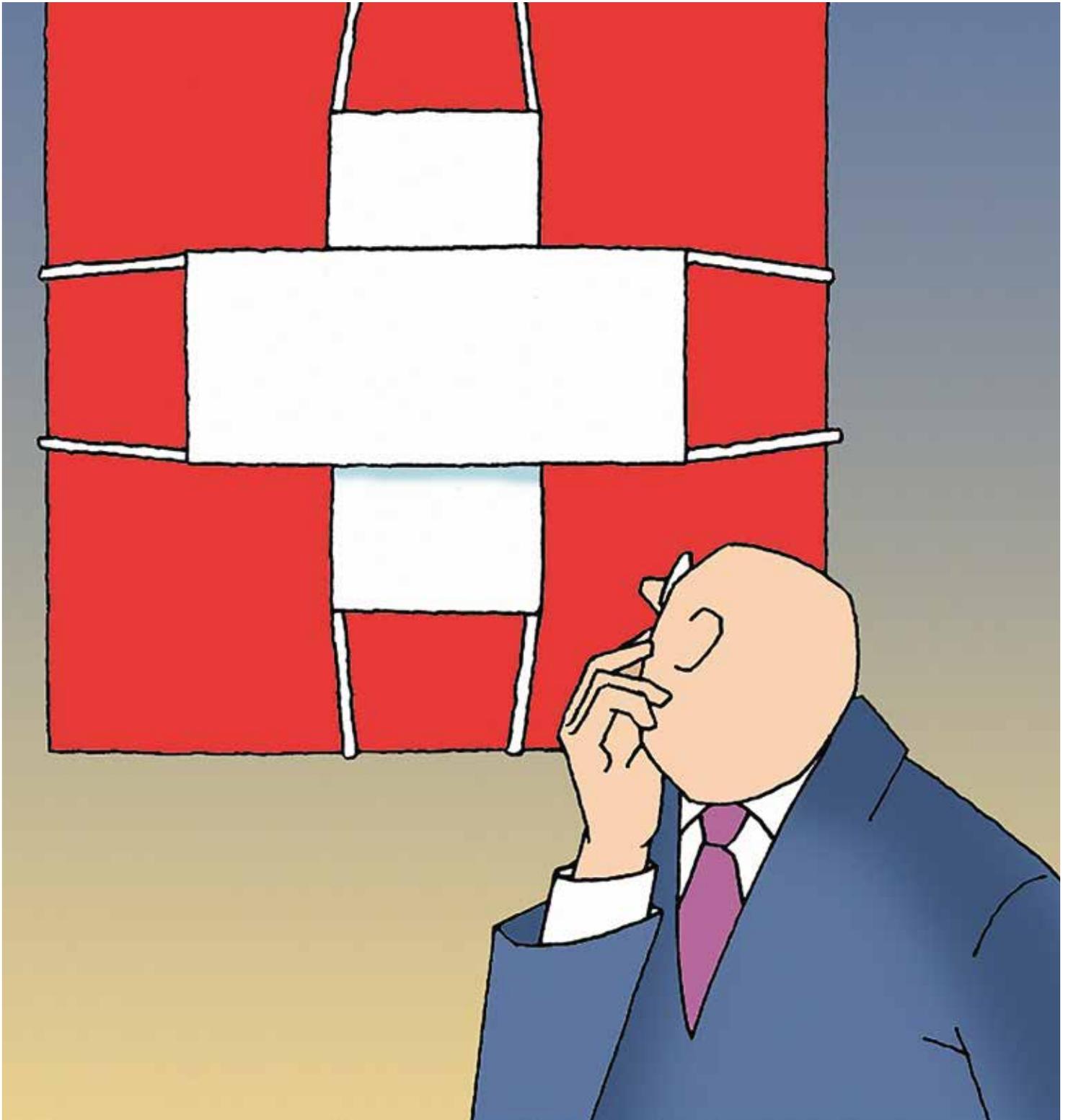
Von Nicholas Farrell

**Reiner Eichenberger
und David Stadelmann**
Wege aus dem
Lockdown

4 194407 006904 18

DIE WELTWOCH

Sonderbeilage – 30. April 2020 – 88. Jahrgang



Wege aus dem Lockdown

Zurück zu gesunden Verhältnissen in fünf Schritten.

Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Ausbruch aus dem Stillstand

Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann — Der Corona-Lockdown verursacht schwere Schäden in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Jetzt muss der Staat die Unternehmen entlasten, die Bürger befreien.

Corona ist immer weniger Krankheit und immer mehr Krise. Die weitgehenden Einschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheiten durch harte Zwangsmassnahmen führen zu riesigen Schäden durch den Fast-Stillstand in Wirtschaft, Kultur, Sport, Politik und selbst im Gesundheitswesen. Angebot und Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen schrumpfen massiv, genauso wie die Leistungen der öffentlichen Hand, etwa bei Bildung und Verkehr. Somit brechen gleichzeitig Konsum, Investitionen, Exporte, Importe und Staatsleistungen ein.

Zugleich zeigen wissenschaftliche Untersuchungen für die Schweiz (ETH) und Deutschland (Robert-Koch-Institut), dass nicht erst die harten Zwangsmassnahmen die Infektion wirksam eingrenzten, sondern bereits die zuvor erlassenen und von den Bürgern gutbefolgteten Verhaltensempfehlungen: Hände waschen, physisch Distanz halten, unnötige Mobilität einschränken. Kurz, die harten Zwangsmassnahmen mit Ausnahme der Einschränkung von Grossveranstaltungen waren wohl unnötig. Sie bremsten die Infektion weit unter das Niveau, bei dem eine Überlastung des Gesundheitssystems gedroht hätte. Dadurch aber verhinderten sie die Entstehung einer gewissen Immunität der Bevölkerung.

Für die Zukunft bringt die Corona-Krise grundlegende Ungewissheit. Wird die Welt nach Corona eine völlig andere sein? Führen die harten Zwangsmassnahmen statt zu einem Ende mit Durchseuchung zu einer Durchseuchung ohne Ende? Inwiefern kann man den Regierungen noch vertrauen? Wie lange werden die Grenzschiessungen dauern? Kommt jetzt die Deglobalisierung, oder lagern die Firmen die neuen Home-Offices bald in Billiglohnländer aus? Lassen die explodierenden Staatsausgaben den Euro oder gar die EU zusammenbrechen? Lauter dringende Fragen für Bürger, Unternehmen und Gesellschaft.

Die Antwort der meisten Regierungen ist: Hilfe für möglichst alle Bürger und Firmen und Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit Ausgabenprogrammen und Geldspritzen der Nationalbanken. Doch diese Politik droht zu scheitern. Die Zwangsmassnahmen verursachen trotz

Lockerung weiter anwachsende gesellschaftliche Schäden. Die anvisierte Hilfe für alle ist enorm teuer und belastet so auch alle schwer. Nachfragepolitik zielt angesichts von Angebotsbeschränkungen und grundlegender Ungewissheit ins Leere. Verpuffte Staatsausgaben heute bedeuten hohe Staatsschulden und damit Steuerlast für morgen. Es drohen Staatsschulden- und Staatskrisen. Kurz: Bei Corona versagt traditionelle Stabilisierungspolitik. Was also tun?

Ziel muss eine schnelle Rückkehr zu guten und gesunden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und medizinischen Verhältnissen sein. Angesichts der grundlegenden Ungewissheit kann das keine staatliche Planung leisten: Zu komplex und dynamisch sind die Zusammenhänge, zu schlecht die Information und die Anreize der staatlichen Planer. Vielmehr bedarf es grösstmöglicher Flexibilität, Eigenverantwortung und freiheitlicher Orientierungssuche – natürlich bei angemessener sozialer Absicherung. Es gilt, die bestehenden privaten und staatlichen Ressourcen umfassend zu mobilisieren, Denkblockaden zu durchbrechen sowie die Anreize der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger für gute Politik zu stärken. Dafür vertreten wir eine fünfstufige Strategie und mehrere konkrete Vorschläge.

1. Objektivere Information

Mit dem nun anlaufenden Abbau der Zwangsmassnahmen ist Corona nicht vorbei. Es drohen weitere Wellen und weiterhin ernsthafte Gefahren für die Risikogruppen. Deshalb müssen wir alle Probleme rund um Corona endlich objektiver betrachten. Es ist die Aufga-

Die Regierung muss endlich abschätzen, wie viel Lebenszeit durch Corona verlorengeht.

be der Regierung, endlich brauchbare Statistiken zu veröffentlichen und klar auf die verbleibenden Unsicherheiten hinzuweisen. Die heutigen Statistiken ignorieren immer noch die entscheidende Rolle der Dunkelziffer der Infizierten sowie die Frage der Kausalität: Es ist entscheidend, zu wissen, wie viele Menschen *an* und nicht *mit* Corona sterben und leiden. Der Umgang mit den Risikofaktoren,

insbesondere Alter und Vorbelastungen, ist fahrlässig. Ältere Menschen leiden unter mehr Vorerkrankungen als jüngere. Für eine realistische Risikobeurteilung müssen die Bürger wissen, was die Gefahren für Alte ohne schwere Vorbelastungen sind und welche Gefahren die verschiedenen Vorbelastungen bringen. Und die Regierung muss aufhören, auf die rohen Todeszahlen zu starren, und endlich abschätzen, wie viel oder wie wenig Lebenszeit durch Corona verlorengeht.

Der Wechsel der Perspektive auf gerettete Lebenszeit ist höchst relevant. Obduktionen von mit Corona gestorbenen Patienten zeigen, dass diese ohne Corona später gestorben wären, zumeist im Bereich von einigen Tagen bis zu einem Jahr. Insofern kann der Lockdown als Medikament betrachtet werden, das einigen zumeist Schwerkranken eine etwas längere Lebenszeit bringt. Der Preis dieses Medikaments sind die Kosten des Lockdowns. Richtig gerechnet, dürfte es ein mehrfacher ein- oder sogar zweistelliger Millionenbetrag pro Lebensjahr sein. Im Vergleich dazu verwendet der Bund bei der Vermeidung von Unfall- und Gesundheitsrisiken in anderen Bereichen einen Wert von rund 220 000 Franken pro Lebensjahr. Hier muss die Regierung erklären, warum sie Lebensjahre so ungleich bewertet.

Der gesundheitliche Teil der Corona-Krise scheint auch durch das Zusammenwirken von schockierenden Bildern aus China und Italien und der sehr schnellen Verbreitung des Virus bedingt zu sein. Befürchtet wurden Triage-Situationen in Kliniken. Die Regierungsstrategie wollte diese minimieren. Eine Triage-Minimierung bringt aber keine Maximierung geretteten Lebens und erst recht nicht geretteter Lebenszeit. Hier ist es notwendig, Informationen über die tatsächlichen Zielsetzungen der Regierung bekanntzumachen. Zudem muss aufgearbeitet werden, wodurch die über und innerhalb von Ländern höchst unterschiedliche Belastung des Gesundheitswesens entstanden ist. So ist weiterhin unklar, inwiefern die Belastungen durch das Virus oder durch organisatorische Eigenheiten der Gesundheitssysteme bedingt waren.

Natürlich waren diese Informationen zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Lockdown nicht alle verfügbar, hätten es aber vielleicht sein können. Und natürlich passieren in Krisen immer Fehler. Zur neutralen und glaubwürdigen Aufarbeitung von Leistungen und Fehlleistungen könnte das Parlament eine unabhängige Wahrheitsfindung initiieren, die den Aufarbeitungsprozess begleitet.

2. Corona-Immunität als Ressource nutzen

Mit der Ausbreitung der Krankheit wächst eine entscheidende Ressource zur Bewältigung der

Krise: die genesenen Infizierten, die Corona-Immunen. Immunität ist in vielen Branchen wichtig, insbesondere in der organisierten und familiären Pflege, bei intensiven Auslandsbeziehungen und in allen Berufen mit engem Kundenkontakt. Diese Ressource kann ohne Verzögerung sofort befreit werden. Dafür muss sie gesucht und gefunden werden. Um ihre Leistungskraft für sich selbst und die Gesellschaft voll zu nutzen, müssen Immune sich wieder völlig frei bewegen können. Sie müssen selbst wissen, dass sie immun sind, und es anderen glaubwürdig mitteilen können. Deshalb brauchen sie ein verlässliches Immunitätszertifikat über nachgewiesene Antikörper oder über die Genesung nach überstandener Krankheit. Der Einwand, dass die Immunität nicht hundertprozentig sicher und nicht ewig sei, ist hin-fällig. Unsicher ist im Zusammenhang mit Corona fast alles. Es geht darum, mit dieser Unsicherheit klug umzugehen und sie zu reduzieren. Genau dazu dient eine Zertifizierung. Die Zertifizierung kann sowohl durch private als auch durch staatliche konkurrierende Zertifi-katsanbieter erfolgen.

Auch den Noch-nicht-Immunen muss schnell wieder volle Freiheit gegeben werden. Sonst droht wilde Selbstinfizierung. Um eine solche zu verhindern, brauchen die Bürger Möglichkeiten, sich unter sicheren Bedingungen und medizinisch begleitet immunisieren zu lassen.

3. Hilfe durch Steueranreize statt durch Staatsalosen

Zur Rettung der durch die Zwangsmassnahmen stark betroffenen Firmen soll weniger auf staatliche Ausgabenprogramme als auf Steuer-senkungen gesetzt werden. Während Erstere zumeist die Leistungsanreize unterwandern, bringen Letztere den Geschädigten neben Entlastung auch bessere Leistungsanreize. Konkret sollte Firmen und Bürgern, die aufgrund der Corona-Krise Einkommensverluste erleiden, auf ihrer Gewinn- und Einkommenssteuer ein über die normale Steueranpassung hinausgehender zusätzlicher Verlustabzug gewährt werden, der auch auf Folgejahre übertragen werden kann. So werden aus Einkommensverlusten zukünftige Steuersenkungen und damit Leistungsanreize, positive Zukunfts-aussichten und Sicherheit.

Ein Vorschlag mit zugleich kurzfristiger all-gemeiner Entlastungswirkung und langfristigen positiven Anreizwirkungen ist folgender: Bund und Kantone geben einen Steuerbonus, indem sie die Steuern für alle Bürger um einen festen Betrag senken. Jene, die sonst keine Steuern zu bezahlen hätten, erhalten vom Staat direkt Geld. Gleichzeitig wird zuerst in einer Notverordnung und dann später bei der Überführung der Massnahme ins normale

Recht festgehalten, dass Steuererhöhungen in Zukunft nur möglich sind, wenn dieser Steuerbonus zuerst abgebaut wird. Diese Massnahme brächte eine höchst effektive, demokratische Steuerbremse. Zugleich würde sie der Schweiz sicher internationale Aufmerksamkeit bringen und ihren Ruf als besonders attraktiver, bürgerfreundlicher Lebensort stärken und so ihre Standortattraktivität nachhaltig verbessern.

4. Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen

Angesichts der starken Belastung der Wirt-schaft sowie der Ungewissheit über die Zu-kunft gilt es, zusätzliche Ressourcen zu mobi-lisieren. Dazu braucht es eine Politik, die den Menschen mit all seinen Facetten in den Mit-telpunkt stellt. Die Chancen dafür sind jetzt besonders gut. Bei Corona haben sich die Regierungen zu stark und zu eng auf einzelne Aspekte fokussiert, insbesondere die rohe Zahl der Toten «im Zusammenhang mit Co-rona» und «die Überforderung des Gesund-

Um ihre Leistungskraft voll zu nutzen, müssen Immune sich wieder frei bewegen können.

heitswesens». Sie vernachlässigten die Konse- quenzen für andere Gesundheitsbereiche, für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Tat-sächlich aber könnte man die Regierungen zu entschuldigen versuchen: Ihr Verhalten hin-sichtlich Corona ist keine Ausnahme, sondern ein besonders auffälliger Fall unter vielen. Der Fall Corona kann deshalb sehr lehrreich und heilsam sein.

Um die für die Bewältigung der Krise not-wendigen Ressourcen zu mobilisieren und Zukunftsvertrauen zu schaffen, müssen wir die grossen Probleme und längst fälligen Re-formen angehen, die bisher vernachlässigt und verschleppt wurden oder gescheitert sind – eben weil die Politik, ähnlich wie bei Corona, versagt hat und nicht alle Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt hat. Zu diesen Reformen gehört vieles von dem, was Ökonomen oft fordern, etwa weni-ger und vor allem vernünftiger zu regulieren, damit die positiven Marktkräfte befreit wer-den. Noch wichtiger aber ist, die grössten Probleme der Schweiz schnell und konkret an-zugehen. Die jetzt keimende grundlegende Verunsicherung über die Zukunft kann dabei hilfreich sein, denn sie wirkt wie ein Schleier der Ungewissheit, hinter dem Eigen- und Partikularinteressen an Einfluss verlieren und am allgemeinen Bürgerwohl orientierte Ansätze viel bessere Chancen haben. Dieses besondere Zeitfenster muss genutzt werden. Dazu drei konkrete Vorschläge:

Verkehrspolitik. Heute wird der Verkehr nach amtlichen Schätzungen mit rund 15 bis 18 Milliarden Franken jährlich subventioniert. Gerade infolge Corona wurde der Unsinn der subventionierten Überauf-blähung des Verkehrs sichtbar. Tatsächlich gibt es keinen Grund, den Verkehr zu sub-ventionieren. Vielmehr sollte strikte Kosten-wahrheit gelten, genauso wie in all den anderen «lebenswichtigen» Sektoren wie Wasser-, Lebensmittel-, Strom-, Telefon-, Internet- oder Gasversorgung. Der Privat-verkehr und möglichst jeder einzelne Fahrzeugführer muss die von ihm mitver-ursachten externen Kosten durch Umweltschäden, Lärm und Unfälle übernehmen, die sich insgesamt auf eine Höhe von 7 Mil-liarden Franken jährlich belaufen. Dann gibt es keinen Grund mehr dafür, den öffentlichen Verkehr mit rund 8 Milliar-den Franken jährlich zu subventionieren. Durch Kostenwahrheit wird nicht nur das Verhalten jedes einzelnen Verkehrsteil-nehmers verantwortungsvoll, sondern auch die öffentliche Verkehrsdebatte. Die Benutzer von Auto, Bahn, Tram, Bus und Velo würden ihre oft überzogenen Ansprüche an den Ausbau «ihrer» Verkehrswege schnell überdenken. Dadurch würde der Verkehr effizienter und die Lasten für Um-welt, Mensch und Volkswirtschaft kleiner. Die durch diese Reform freigesetzten Res-sourcen im Umfang von über 15 Milliarden jährlich würden einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Krise und Sicherung unserer Zukunft leisten.

Klimapolitik. Die internationale Klima-politik war schon vor Corona sehr teuer und unwirksam. Nach Corona ist sie erst recht Makulatur, weil in noch mehr Län-dern schlichtweg die Ressourcen für eine solch ineffektive Politik fehlen. Tatsächlich wies die Klimapolitik zahlreiche Gemein-samkeiten mit der Anti-Corona-Politik auf. Die Regierungen haben viele gesellschaftliche Kosten ihrer Politik vernachlässigt. Effiziente und damit ressourcenmobilisie-rende Klimapolitik heisst: Kostenwahrheit. Dafür braucht es eine CO₂-Abgabe, die die geschätzten zukünftigen Schäden den heutigen Verursachern anlastet. Das gibt den Konsumenten und Produzenten die richtigen Anreize, Emissionen zu min-dern und klimafreundliche Technologien zu entwickeln. Eine optimale CO₂-Abgabe sollte alle Emissionen erfassen, heute – ge-mäss Nobelpreisträger William Nordhaus und einer Gruppe von über 3500 amerika-nischen Ökonomen mit 27 Nobelpreis-trägern sowie dem Internationalen Wäh-rungsfonds – rund 40 Franken pro Tonne CO₂ betragen und schrittweise moderat

steigen. Für die Schweiz bedeutet eine CO₂-Abgabe von 40 Franken rund 1,5 Milliarden Franken jährlich und damit knapp ein halbes Mehrwertsteuerprozent, was für Bürger und Wirtschaft leicht tragbar ist. Das gilt erst recht, wenn das Prinzip der Kostenwahrheit vollständig umgesetzt wird: Weil sie allen Akteuren die richtigen Anreize gibt, werden die meisten heutigen Regulierungen des Energieverbrauchs hinfällig, was enorme zusätzliche Ressourcen freisetzt. Zudem können die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe für die Senkung anderer Steuern eingesetzt werden.

Altersvorsorge. Mit Corona wird unsere heutige Altersvorsorge erst recht unerschwinglich. Die Beitragszahlungen und die Kapitalerträge der Kassen sinken, und das Vorsorgekapital ist dramatisch geschrumpft. Deshalb führt jetzt erst recht kein Weg mehr an einer längeren Lebensarbeitszeit vorbei. Angesichts der «Überalterung» ist das aber kein Problem: Die Bürger werden ja älter, weil sie im Regelfall länger fit und vital bleiben. Altern heisst heute mehr gesunde Lebensjahre und ein höheres gesellschaftliches und wirtschaftliches Produktionspotenzial. Die Ressource Altersarbeit muss nur freigesetzt werden. Dazu müssen die Hindernisse für Arbeit im Alter abgebaut werden, etwa so: Wer vor 65 bereit ist, die Rente ein paar Jahre aufzuschieben, soll neu nicht mehr in der Zukunft eine höhere Rente erhalten, sondern sofort einen Rabatt auf die Beitragssätze. Zudem soll Arbeitseinkommen ab etwa 67 nur noch zur Hälfte besteuert werden; das brächte viel freiwillige Altersarbeit und so auch zusätzliche Steuereinnahmen. Diese sollen nicht in den allgemeinen Steuertopf, sondern in die Altersvorsorge gelenkt werden. So profitieren alle: Junge, arbeitende Alte, pensionierte Alte und die Wirtschaft.

5. Reformfähigkeit institutionalisieren

Diese Reformen müssen schnell, aber natürlich nicht alle sofort umgesetzt werden. Wenn Regierung und Parlament sie glaubwürdig ankündigen und angehen könnten, hätte das schon eine sehr positive Wirkung. Aber sind Regierung und Parlament genügend glaubwürdig?

Die weitere Entwicklung dürfte zeigen, dass die Schweizer Corona-Politik zwar nicht gut, aber wenigstens etwas besser als die der meisten europäischen Länder war. Um den kleinen Vorsprung zu halten, sollte jetzt sofort der Aufbau von Institutionen starten, die den Reform-Elan stärken und verstetigen. Dazu schlagen wir zweierlei vor:

Alternativen für «alternativlose Politik» dank Gegenvorschlagskommissionen. Demokratie beruht darauf, dass die Bürger stets zwischen realistischen Alternativen wählen können. Deshalb sollten auf Bundesebene und in den Kantonen Gegenvorschlagskommissionen nach dem Vorbild der kommunalen Rechnungsprüfungskommissionen (in Gemeinden mit einer Gemeindeversammlung) eingerichtet werden, die vom Volk nach dem Mehrheitsverfahren direkt gewählt sind. Diese Kommissionen haben keinerlei Entscheidungsgewalt, sondern einzig die Aufgabe, Kritik an den Vorschlägen von Regierung und Parlament zu äussern und konkrete Gegenvorschläge zu

Demokratie beruht darauf, dass die Bürger zwischen realistischen Alternativen wählen können.

entwickeln. Die Bürger stimmen dann über die drei Alternativen ab, die Vorschläge des Parlaments und der Gegenvorschlagskommission sowie den Status quo. Die Wahl der Kommissionsmitglieder nach dem heute in der Schweiz für Regierungswahlen üblichen Mehrheitsverfahren mit mehreren Sitzen in einem grossen Einheitswahlkreis garantiert, dass die Kommission parteilich breit zusammengesetzt ist und Gesamtinteressen vertritt. Solche Kommissionen haben viel stärkere Anreize als Politiker und Parteien, konstruktiv zu politisieren. Denn ihr Erfolg hängt einzig davon ab, ob ihre Vorschläge die Zustimmung des Volkes finden.

Systematisches Benchmarking. Wegen des Erfolgs der Schweiz fehlt oft der Druck, nötige Reformen anzugehen. Deshalb sollten wir die Schweiz statt mit den direkten Nachbarländern vor allem mit besonders erfolgreichen Ländern – etwa den skandinavischen Staaten und Singapur – sowie mit erfolgreichen Regionen in Deutschland und Österreich vergleichen. Auch einzelne Schweizer Kantone und Regionen sollten systematisch mit erfolgreichen ausländischen Regionen verglichen werden. Der Bund soll ein solches Benchmarking im Sinne regelmässiger, gezielter, leistungsorientierter Vergleiche veranlassen.

Zusammenfassung

Die Zwangsmassnahmen der Schweizer und anderer Regierungen verursachen schwerwiegendste Schäden in Wirtschaft, Kultur, Sport, Politik und selbst im Gesundheitswesen, die auch mit dem langsamen Abbau der Massnahmen weiter anwachsen. Obwohl die Schweizer Corona-Politik besser als diejenige der meisten europäischen Länder war, wirkt sich die schlechte wirtschaftliche Situation im Aus-

land immer stärker auf den Wohlstand der Schweiz aus. Zugleich droht das Politik-Vertrauen der Bürger zu leiden, weil die Fehler nun sichtbarer werden.

Zur Bewältigung der Krise müssen wir die direkten Auswirkungen von Corona besser bewältigen, die bisher brachliegenden Ressourcen mobilisieren und das Vertrauen in die Politik erhöhen. Dieser Beitrag schlägt dafür fünferlei vor: Hinsichtlich Corona muss die Regierung (i) eine sorgfältigere, objektivere Informationspolitik betreiben und eine unabhängige Wahrheitsfindungskommission einsetzen, (ii) die wichtigste und in der Krise anwachsende Ressource, die von Corona Genesenen und damit Corona-Immunen, zertifizieren und von Einschränkungen befreien, (iii) zur Abfederung der Corona-Krise weniger auf staatliche Ausgabenprogramme und mehr auf steuerliche Anreize setzen. Zur weiteren Mobilisierung von Ressourcen müssen wir (iv) die bisher vernachlässigten Reformen, etwa in den Bereichen Verkehrs-, Klima- und Altersvorsorgepolitik, ernsthaft anpacken. Um die Glaubwürdigkeit dieser Reformvorhaben abzusichern und das Vertrauen der Bürger in die Politik zu sichern, müssen wir (v) die Institutionen weiterentwickeln. Insbesondere brauchen wir eine volksgewählte Kommission, welche die oft von Partialinteressen und Umverteilungsanliegen dominierten Vorlagen des Parlaments konstruktiv kritisch analysiert und Gegenvorschläge generiert, die auf die allgemeine Wohlfahrt ausgerichtet sind. Um schliesslich den Reform-Elan zu verstetigen, brauchen wir ein kluges Benchmarking, das die Schweiz an den innovativsten und erfolgreichsten Ländern und Regionen misst.

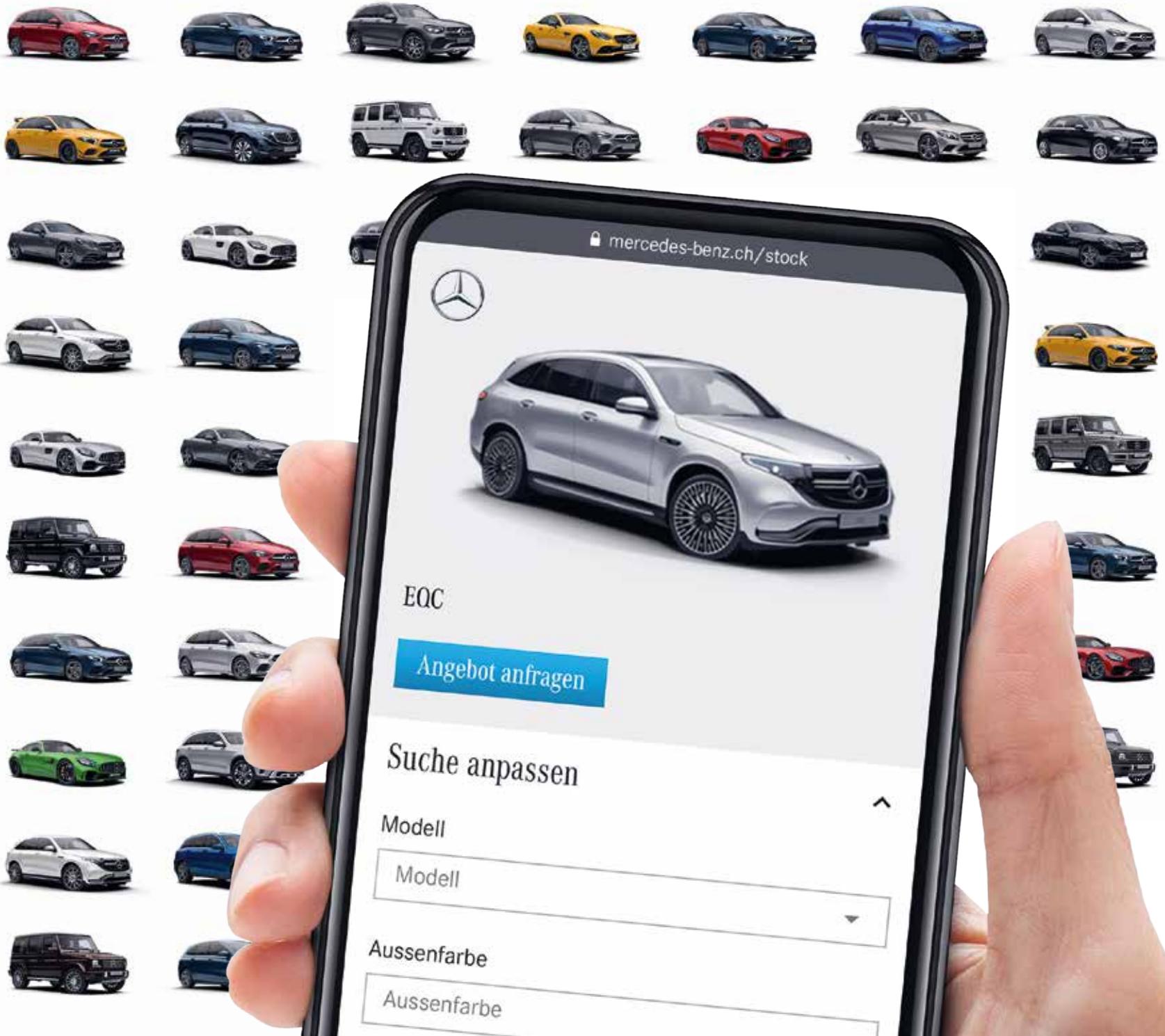
Wenn es gelingt, die Corona-Krise zur Umsetzung dieses Programms zu nutzen, wird die Krise zur grossen Chance für die Schweiz.



Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg.



David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Beide sind bei Crema-Research, Zürich, tätig.



Das Beste bestellt man online.

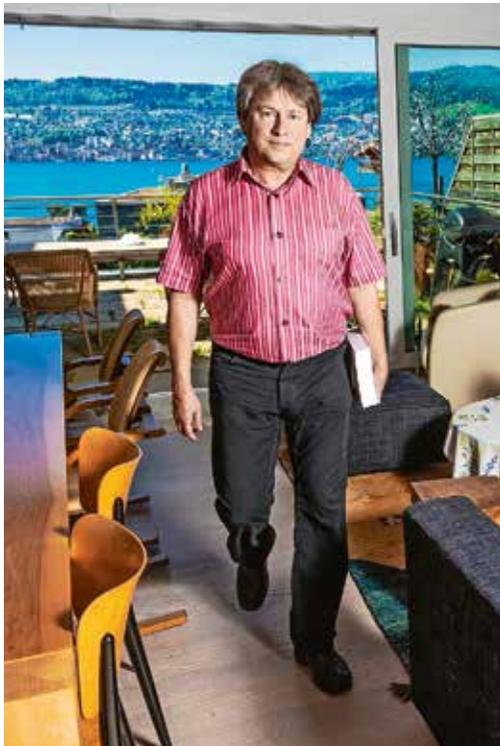
Sofort verfügbare Neuwagen mit attraktivem Leasing.
www.mercedes-benz.ch/stock



Jetzt online profitieren



Ein Schlüsselbegriff im Zusammenhang mit dem atemberaubenden Aufstieg Xi Jinpings zum Herrscher Chinas ist «Diskretion». Diese zeichnet auch seine Tochter Xi Mingze, 27, aus. Von Geburt an führt sie ein strengbehütetes Leben. Kaum ein Foto lässt sich finden. Seit dem Abschluss ihres Studiums an der Harvard University fehlt von ihr fast jede Spur. Urs Gehrigger macht sich auf die Suche nach der verborgenen Prinzessin und skizziert den Einfluss der jungen Frau auf den mächtigsten Chinesen seit Mao. **Seite 12**



Kreative Gedanken zur Krise:
Ökonom Eichenberger.

Vor einigen Tagen sandten die beiden Wirtschaftswissenschaftler Reiner Eichenberger (Uni Freiburg) und David Stadelmann (Uni Bayreuth) ein Manuskript an die *Weltwoche*: Mit welchen ökonomischen Massnahmen lässt sich die Corona-Krise bekämpfen? Die Redaktion war auf Anhieb elektrisiert von den kreativen Gedanken der beiden Wissenschaftler. Sie verdienen es, ungekürzt in die aktuelle Debatte einzufliessen. Aus diesem Grund liegt dieser Ausgabe der Aufsatz als ausführlicher Sonderdruck bei. Zum Lesen, Herausnehmen und Weitergeben. Zudem hat die *Weltwoche* einen der Autoren zu Hause besucht: Reiner Eichenberger – wer ist der mutigste Ökonom der Schweiz? **Seite 30**

Viel wird in diesen Tagen über Statistiken, Modelle und Massnahmen berichtet. Doch wie erleben die Pflegenden – also jene, die dem realen Geschehen am nächsten sind – eigentlich die

Corona-Krise? Auf Facebook fand Redaktor Alex Baur zufällig einen verstörenden Erlebnisbericht der Pflegefachfrau Simone Christinat. Obwohl Christinat sonst kaum je schreibt, verbreitete sich ihr Bericht rasend schnell im Netz. Hunderte Stellungnahmen von Pflegenden, die meisten zustimmend, weisen darauf hin, dass Christinat den wunden Punkt getroffen hat. Baur überlegte nicht lange, er setzte sich hinter Steuer und fuhr ins Klettgau, um die erfahrene Fachfrau persönlich auszufragen. **Seite 28**

Die Geschichtsschreibung fällt ein verheerendes Urteil über Spaniens Diktator Francisco Franco (1892–1975). Mit rücksichtsloser Brutalität unterdrückte er seine linken Gegner und schaffte die Demokratie ab, die erst nach seinem Tod 1979 nach Spanien zurückkehrte. Doch diese unumstrittenen Fakten seien nicht die ganze Wahrheit, schreibt Nicholas Farrell. Francos vernichtender Sieg im Spanischen Bürgerkrieg und seine hartnäckige Neutralität im Zweiten Weltkrieg hätten Spanien und ganz Westeuropa nicht nur vor Stalin, sondern auch vor Hitler gerettet. **Seite 40**

Eigentlich wollte Ländlerkönig Carlo Brunner seinen 65. Geburtstag mit über hundert Gästen bei sich zu Hause in Schindellegi feiern und dann mit seinem Fanklub nach Mallorca reisen. Das Coronavirus durchkreuzte die Pläne. Brunner ging stattdessen mit seiner Partnerin für ein paar Tage in die Berge. Danach fand er Zeit, die *Weltwoche* durch Küsnacht am Zürichsee zu führen, wo seine lange, erfolgreiche Karriere begann. **Seite 46**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR HANDWERKERSTELLEN

Mit www.workerjobs.ch die besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

worker jobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Mitglied der Chefredaktion: Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Michael Bahnerth, Alex Baur, Erik Ebner, Katharina Fontana, Urs Gehrigger (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Thomas Renggli, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Caroline Grimm, Jasmin Karim (*Bildredaktion*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Beat Zaugg, Dieter Zwicky
Website: Alex Merz, Tim Tassonis
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga Huber

Finanzen und Personal: Bich-Tien Ton Köppel (*Leitung*)

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst:
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarkung: GLA United
Tarife und Buchungen: weltwoche@gla-united.com

Betriebsleiter: Samuel Hofmann
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Ihr Immobilienraum?



3 ½ - 4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 **Oetwil a.d.L.**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.erlenkönig.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8309 **Birchwil**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnung
8413 **Neftenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis 1'560'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.chlimbergsteig.ch



5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'271'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Eigentumswohnungen
8332 **Rumlikon**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab 881'000.-, Bezug ab Winter 2021/22
www.grueens-doerfli.ch



4 ½ Zi. Eck-Einfamilienhaus
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis 1'494'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.luckenholz.ch



5 ½ Doppel-Einfamilienhäuser
8332 **Rumlikon**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab 1'291'000.-, Bezug ab Winter 2021/22
www.grueens-doerfli.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8070 **Dietikon**, Land Josef Tel. 044 316 13 11
Preis CHF 901'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.duo-dietikon.ch



6 ½ und 7 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 **Ottenbach**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab 1'332'000.-, Bezug ab Herbst 2021
www.nidolino-ottenbach.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/



3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8136 **Gattikon**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/



4 ½ Zi. Terrassenwohnung
8103 **Unterengstringen**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 1'841'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.sparrenberg.ch



5 ½ Zi. Eigentumswohnung
8484 **Weisslingen**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab CHF 1'371'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.paradislig.ch



3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 506'000.-, Bezug ab Herbst 2020
www.ammuelibach.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 4 ½ - 6 ½ Zi. EFH
8127 **Aesch-Maur**, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.chridlerpark.ch



7 ½ Zi. Einfamilienhäuser inkl. Parkierung
8450 **Dorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab CHF 1'100'000.-, Bezug ab Sommer 2021
www.calmacasa.ch



3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'116'000.-, Bezug ab Herbst 2021
www.leuberg.ch



3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8615 **Wermatswil**, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.solevista.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8610 **Uster**, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können?
Melden Sie sich bei unserem Chef ulrich.koller@lerchpartner.ch oder per Telefon 052 235 80 00.

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner

YouTube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

EIGENHEIMMESSE SCHWEIZ
Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
3. - 6. Sept. 2020, Messe Zürich, Halle 5

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
26. - 28. März 2021, Lake Side Zürich

Stand April 2020

Planwirtschaft

Die Schweiz kommt sich abhanden mit Corona.

Von Roger Köppel

Allmählich regt sich Widerstand. Unternehmer Nick Hayek wirft dem Bundesrat «Ängstlichkeit» vor. Die letzten Auftritte der Regierung seien eine «Katastrophe». Roche-Präsident Christoph Franz fordert «mehr Mut» beim Ausstieg aus der Seuchewirtschaft. Die grösste Machtballung des Bundesrats seit 1848 löst auch bei den Leuten zusehends Empörung aus. Inzwischen dämmert es vielen: Das diktatorische Notregime muss enden.

Übertrieben? Nein. Diktatur heisst Entscheidung von oben ohne Vetorecht von unten. Mit dem Coronavirus hat der Bundesrat die Staatsordnung auf den Kopf gestellt, die Parlamente entmachtet, die Bürgerrechte ausser Kraft gesetzt und massive Eingriffe vorgenommen in die Freiheit von Wirtschaft und Eigentum. Rechtfertigungsgrund für diese demokratiezertrümmernden Massnahmen war eine Katastrophe, die bis heute nicht eintrat. Die Frage, ob auf dem Weg der bundesrätlichen Selbstermächtigung alles mit rechten Dingen zugeht, beantworten führende Schweizer Verfassungsjuristen mit Nein.

Blieben wir fair: Am Anfang überschätzten es die meisten. Man hatte ein gewisses Verständnis für den Bundesrat, der einfach schaute, was die anderen machen, und seinen Mittelweg als wissenschaftlich fundierte Strategie verkaufte. Das unbekannte Virus aus den chinesischen Fledermäusen beflügelte die Angstlust der Medien. Immer furchterregendere Gerüchte schafften es auf die Titelseiten der Portale. Die Hysterie gipfelte erst kürzlich in der Meldung, in der Schweiz sei eine gesunde Neunjährige durch das Coronavirus dahingerafft worden. Tatsächlich war die Neunjährige zum Zeitpunkt ihres Todes 109 Jahre alt gewesen. Es gab offenbar ein Problem der Fax-Übermittlung im zuständigen Gesundheitsamt.

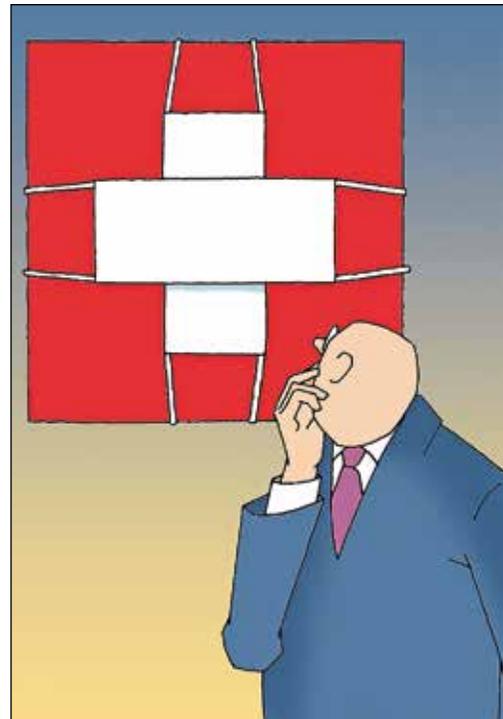
Irren ist menschlich, aber wenn der Irrtum systematisch und politisch wird, muss man aufpassen. Die Corona-Panik fusionierte mit der linken Leidenschaft für immer mehr Staat, und die Bundesräte waren dankbar. Zur Ruhigstellung des Publikums gab es tägliche Einschüchterungen mit irreführendem Zahlenmaterial. Vor den Augen der Fernsehzuschauer begannen die Kurven zu flimmern, Infektionsraten, Sterblichkeit, dazwischen Bilder von Särgen aus Italien. Die Nation fieberte mit, wenn Dr. Daniel Koch, der höchste

Corona-Abgesandte des Bundes, mit freundlicher Grabesstimme über die dann immer gerade doch nicht eingetretene Überlastung der Beatmungsstationen in den Spitälern dozierte. Vielleicht ist es ja tatsächlich der Arbeit dieses umsichtigen, durch nichts aus der Ruhe zu bringenden Beamten zu verdanken, dass der Ernstfall bis heute ausblieb.

Nur: Die Zweifel wachsen. Es gibt keine Daten, die uns in der tröstlichen Gewissheit bestätigen, dass der Bundesrat verhältnismässig handelte, als er beschloss, die Pandemie, so es denn eine ist, durch eine mutwillig herbeigeführte Wirtschaftsrezession samt weitgehender Narkotisierung des Rechtsstaats zu bekämpfen. Laut neusten Zahlen hat die erste Pandemiewelle von Corona dazu geführt, dass in den ersten sieben Wochen dieses Jahres schweizweit weniger Menschen gestorben sind als in den meisten anderen Jahren seit 2015 im vergleichbaren Zeitraum. Bei den Gesunden unter 65jährigen liegt das Sterberisiko durch Corona praktisch bei null. Eigentlich könnten sie alle zurück an die Arbeit, in die Schule, ins Leben.

Derweil versinkt der Staat im Chaos seiner Planwirtschaft. Ein Hauch von DDR durchweht das Land. Bürokraten regieren in Rätseln. Staatsmacht stumpft ab. Der Etatismus beginnt die Gedanken zu vernebeln. Fast auf den Knien dankten viele Bürgerliche zunächst dem Bundesrat für seine ach so grosszügigen «Hilfen» und «Rettungspakete». Müssen die Unternehmer dem Staat jetzt auch noch danke sagen, wenn sie Ersatz fordern für den Schaden, den ihnen die Regierung mit ihren Anordnungen einbrockt? Der Bund «rettet» gar nichts, er entschädigt nur für die Verwüstungen seiner Politik. Das ist kein Jubelgrund, das ist eine Selbstverständlichkeit.

Liberalismus bedeutet nicht, dass man sich von seiner Regierung widerstandslos die eigene Firma ruinieren lassen muss. Bundespräsidentin Sommaruga leistete sich an einer Medienorientierung den Seitenhieb, sie verstehe nicht, warum Medienkonzerne Kurzarbeit anmelden. Es gebe doch so viel zu

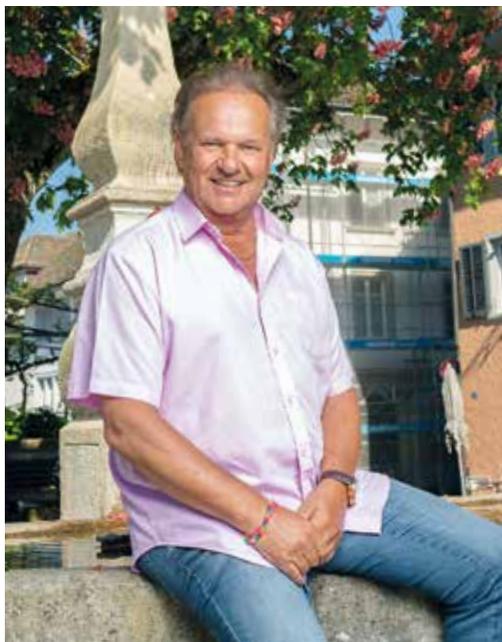


schreiben. Vielleicht versteht sie es wirklich nicht. Die Medien leben auch vom Anzeigengeschäft, das der Bundesrat mit seiner Politik in Brand setzte. Kurzarbeit wiederum ist eine Versicherung, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer genau für solche Notfälle einzahlen. Sommarugas Kritik an der Kurzarbeit für Verlage ist die Kritik des Brandstifters an der Feuerversicherung seiner Opfer.

Es wird jetzt Zeit, aus dem Wahnsinn auszusteigen. Die Schweiz kommt sich abhanden mit Corona. Mit jeder Woche, die der Shutdown länger dauert, verliert die Wirtschaft sechs Milliarden. Die politische Friedhofsruhe ist das Umgebungsgeräusch autoritärer Staaten. Planwirtschaft und Zentralismus breiten sich aus. Bezirzt und fasziniert huldigen die Journalisten den «brillanten Kommunikatoren» Alain Berset und Daniel Koch. Auch Fidel Castro kommunizierte glänzend. Rasend schnell, schneller noch als das Virus, verbreitet sich der faule Zauber charismatischer Herrschaft in der Schweiz.

Warum ist die Schweiz eigentlich von einem Armenhaus in der Mitte Europas zu einem der reichsten Staaten der Welt geworden? Sicher nicht, weil sie dem Zentralismus und der Planwirtschaft gefrönt hätte. Die Schweiz kam nach oben, weil sie auf Marktwirtschaft und Föderalismus setzte. Eigenverantwortung statt Fremdbestimmung. Die Probleme werden dort gelöst, wo sie anfallen. Die Bürger, nicht die Regierenden sind der Chef. Die Macht des Staates bricht sich an der kontrollierten Anarchie einer direkten Volksherrschaft. Das Coronavirus gefährdet Menschen und ist tödlich für die Schweiz. Es infiziert die Politik und zerstört die Freiheit.

Alt Nationalrat Hermann Hess, Inhaber Hess Investment Gruppe, Amriswil
«Das Corona-Virus ist ein neues Risiko, mit dem wir wohl einige Zeit leben müssen. Immer noch sind rund 90 Prozent der Sterbefälle auf andere Ursachen zurückzuführen. Wir müssen rasch zur Eigenverantwortung zurückkehren und den enormen volkswirtschaftlichen Schaden begrenzen.»



Gute Laune: Musiker Carlo Brunner. Seite 46



Traumfrau: Michelle Obama. Seite 38



«Seit sechs Wochen bedauere ich, nicht Schwede oder Schweizer zu sein.»

André Comte-Sponville: Seite 48

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 9 Kommentare
Corona und der Verfassungsbruch
- 10 Schule Reif für Ferien
- 10 Europa Trio catastrophal
- 11 Eilmeldung
Gekaufte Experten
- 12 **Kopf der Woche** Xi Mingze:
Chinas verborgene Prinzessin
- 20 Mörgeli Epidemiologen, Virologen,
Marxologen
- 20 **Bodenmann**
Jetzt Notstrom-Aggregate aus China
- 21 Medien
Warten auf Herdenimmunität
- 21 Die Deutschen Nein, danke!

Inland

- 16 **Triumph der Staatsmacht**
Der gefährliche Glaube an die autoritäre nationale Führerschaft
- 18 **Grosszügige Laune der Natur**
Mythos Vierwaldstättersee
- 24 **Weltwunder aus Basel** Interview mit Roche-Chef Christoph Franz
- 26 **Verlage Ringier im Dienst** des Bundesrats
- 28 **Aufstand des Pflegepersonals** Gegen den Shutdown
- 29 **Botschaften, die Hoffnung machen** Thomas Renggli zur Ausnahmezeit
- 31 **Ärzte**
Holt jetzt die Freiheit zurück

- 35 **Kompromittiert**
Wirbel um das Bundesstrafgericht
- 36 **Pierre Kohler** Der Alt-Nationalrat und die Miss-China-Wahl im Jura

Ausland

- 38 **Michelle Obama**
Ein halbes Land träumt von ihr
- 39 **Inside Washington** König de Blasio
- 40 **Francisco Franco** Nicholas Farrell über den spanischen Diktator
- 48 **André Comte-Sponville** «Das Elend in der Welt ist mörderischer»

Wirtschaft & Wissenschaft

- 27 **Der Bundesrat macht es gut**
Gegenrede von René Beyer
- 30 **Reiner Eichenberger** Der Ökonom kritisiert das Krisenmanagement
- 34 **Kommt die Inflation?**
Notenbanken öffnen die Schleusen
- 37 **Tourismus**
Corona als Tourismusseggen

Kultur & Gesellschaft

- 32 **Loredana Zefi** «Ich will die Schweiz niemals in der EU sehen»
- 46 **Carlo Brunner** Ein Spaziergang mit dem Ländlerkönig
- 49 **Gefallene Engel**
Die Strokes sind zurück
- 50 **Bunny-Tod im Blätterwald**
Ende des Männermagazins *Playboy*

- 51 **Unterhaltung**
Quibi und Quarantäne
- 56 **Endlich raus!** Tomas Niederberghaus über die Lust am Reisen

Rubriken

- 9 **Im Auge** Rui Pinto
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** Marcel Ospel
- 22 **Thiel** Posteingang
- 22 **Leserbriefe**
- 44 **Ikone der Woche**
Otto Dix' «Grossstadt»
- 52 **Fast verliebt** Spieglein, Spieglein
- 52 **Knorrs Kultur**
Hindernisparkours durch Mexiko
- 53 **Unten durch** Weitsprung
- 54 **Wein** Der diskrete Charme des Cru Bourgeois
- 54 **Die Bibel** Kur anstatt Wellness
- 55 **Auto** Porsche Macan GTS
- 55 **Jazz** Buddy Rich Septet
- 58 **Tamaras Welt**
Angela, Jacinda und Ing-wen



Aus Liebe zum Dorf, wo man die dicksten Fische freilässt.

Der seltene Palée-Kaviar, der so vorsichtig gewonnen wird, dass die Fische danach munter weiterschwimmen, gehört zu Onnens VD wie der Volg. Und wie in Onnens sind unsere Läden für über 580 Schweizer Dörfer da: klein, aber grossartig für alles, was man für Alltag und Festtag braucht. Darunter viele Spezialitäten von lokalen Produzenten rund ums Dorf, die wir persönlich kennen. Genauso wie unsere Kundinnen und Kunden. Aus Liebe zum Dorf.

Entdecken Sie die ganze Dorfgeschichte: volg.ch

Volg
frisch und fründlich



Unabhängig. Kritisch. Gut gelaunt.

Chefredaktor Roger Köppel kommentiert von Montag
bis Donnerstag die Themen des Tages.
www.weltwoche.ch/daily



Corona und der Verfassungsbruch

Von Katharina Fontana — Der Bundesrat regiert das Land mit «Notrecht». Damit handle er gegen die Verfassung, sagt Staatsrechtler Andreas Kley.



Fundamentaler staatsrechtlicher Kurswechsel: Gesundheitsminister Berset.

Ein Prager Amtsgericht hat den Tschechen wieder mehr Freiheit verschafft. Die Corona-Ausgangsbeschränkungen stützten sich nicht auf eine genügende Rechtsgrundlage und seien deshalb unzulässig, urteilte das Gericht vor wenigen Tagen. In Israel hat ein Gericht dafür gesorgt, dass die Überwachung von Handys von Viruskranken mangels Gesetzesgrundlage gestoppt werden muss. In Bayern wurde das Verkaufsverbot für grosse Geschäfte gerichtlich für verfassungswidrig erklärt. Und in der Schweiz? Im März reichte ein Verein beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen die Covid-19-Massnahmen des Bundesrates ein mit der Begründung, diese verletzen die Verfassung. Der Verein blitzte erwartungsgemäss ab, da das Gericht die Bundesratsverordnung als solche nicht überprüfen darf; anfechtbar sind einzig die darauf gestützten konkreten Verfügungen.

Das Parlament taucht auf

Die Frage, ob der Bundesrat in der Corona-Krise rechtmässig handle, beschäftigt inzwischen auch das Parlament. Die oberste Gewalt im Bunde, die inmitten der Frühlingssession abgetaucht ist und das Heft wochenlang der Exekutive überlassen hat, will abklären, ob die Landesregierung befugt war, zu tun, was sie getan hat: die Grundrechte drakonisch zu beschneiden, Milliardenkredite zu beschliessen oder in die politischen Rechte einzugreifen. Mehr und

mehr stimmen auch Staatsrechtler in den Chor ein, äussern Bedenken und finden, man müsse über die Grundlagen und Grenzen des «Notrechts» diskutieren. Bereits einen Schritt weiter ist Andreas Kley, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich: Er hält das Vorgehen des Bundesrates in verschiedener Hinsicht für verfassungswidrig. Kley kritisiert, dass selbst Juristen den Eindruck erweckten, als sei die verfassungsmässige Ordnung, wie im Zweiten Weltkrieg, derzeit suspendiert und als dürfe der Bundesrat eine notrechtliche Coronavirus-Diktatur ausüben. Denn das treffe nicht zu.

Dazu ein Blick auf die Rechtsgrundlagen: Als die Landesregierung am 13. März die Schulen schloss und grössere Versammlungen verbot, stützte sie ihre Verordnung unter anderem auf Artikel 185 Absatz 3 der Bundesverfassung. Dieser ermächtigt den Bundesrat, «Verordnungen und Verfügungen zu erlassen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit zu begegnen. Solche Verordnungen sind zu befristen.» Drei Tage später führte die Landesregierung in einem weiteren Schritt Grenzkontrollen ein, schloss Läden und Restaurants. Nun berief sie sich nicht mehr auf die Verfassung, sondern auf Artikel 7 des Epidemiengesetzes (EpG): «Wenn es eine ausserordentliche Lage erfordert, kann der Bundesrat

»» Fortsetzung auf Seite 10

Ware Wahrheit



Rui Pinto, Geheimnishändler.

Bewundernswert, wie Rui Pinto, 31, auch nach einem Jahr Dämmerung in Portugals Hochsicherheitsgefängnis und abgeschnitten vom Computer noch all die Codes zu seinem Cyber-Universum im Kopf behalten kann. Sie sind seine Lebensversicherungspolice. Allein schon 70 Millionen oder 3,4 Terabyte Dokumente der «Football Leaks» hatte er den Medien aus seinem Versteck in Ungarn zugespielt und damit Stars wie Cristiano Ronaldo ans Messer der Steuerfahndung und den tricksenden Scheich-Milliarden-Klub Manchester City aus der Champions League befördert (Fall noch hängig). Der geniale Hacker und Studienabbrecher in Geschichte, Rui Pinto, ist schon anhand seiner originellen Igelfrisur als kreativer Fussballfan zu erkennen. Für seinen Rücktransfer nach Portugal waren sechs Anklagepunkte massgebend, daraus erwachsen, während er in Isolationshaft sass, entgegen den Auslieferungsverträgen 147 Delikte, im Salamiverfahren seiner Anwälte mit der Justiz reduziert auf 90 Punkte. Was immer noch auf dreissig Jahre hinter Gittern hinauslaufen könnte.

Und jetzt ist er plötzlich auf freiem Fuss, das heisst im komfortablen Hausarrest in Lissabon, weil er mit seinem virtuellen Schlüsselbund Zugriff hat auf die Kleopatra und Kleptokratin und reichste Frau Afrikas, auf Isabel dos Santos, 47. Sie ist die Tochter des ewigen sozialistischen Monarchen Angolas, José Eduardo dos Santos, und einer russischen Schachmeisterin. Die Familie soll dem Staat 32 Milliarden Dollar aus dem einst florierenden Ölgeschäft und den Diamantenminen abgezockt und viele davon im einstigen Mutterland Portugal versteckt haben. Die «Luanda Leaks» deckten das korrupte Netzwerk der unheimlichen Königin Afrikas auf. Als Enthüller bekannte sich Rui Pinto, wie auch immer er das aus seiner Zelle heraus angestellt hatte. Eben noch war er der Cyber-Kriminelle, der im verrufenen Fussballgeschäft als Einziger vor Gericht gestellt werden sollte. Wunderbare neue Wirklichkeit, Wahrheiten als Ware, staunt der normale Passwortvergessliche. Peter Hartmann

für das ganze Land oder für einzelne Landesteile die notwendigen Massnahmen anordnen.»

Das Parlament hat mit Artikel 7 EpG eine aus Sicht der Exekutive geradezu traumhafte Norm geschaffen. Sie ist so weit gefasst, dass sie der Regierung sozusagen Superkompetenzen verleiht: Solange der Bundesrat meint, dass die Epidemie nicht im Griff ist – was noch einige Zeit dauern mag –, ist er der Chef und kann so viele Anti-Seuchen-Massnahmen beschliessen, wie er für nötig hält. «Ohne diese befristen oder sie nachträglich vom Parlament absegnen lassen zu müssen», sagt Staatsrechtler Kley. «Und er darf dabei auch von bestehenden Bundesgesetzen abweichen. Das Parlament hat ihm diese Befugnis im EpG ausdrücklich gegeben.» Die Schulverbote, Ladenschliessungen oder Versammlungsverbote, die sich auf das EpG stützen, erachtet Kley deshalb als rechtlich zulässig.

«Kolossal falsch»

Gleichzeitig hat der Bundesrat aber weitere, teils weitreichende Covid-19-Verordnungen beschlossen, bei denen es nicht um die Seuchenbekämpfung als solche geht, sondern um sekundäre Themen: um Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung, den politischen Rechten oder der Justiz. Diese Verordnungen stützen sich explizit nicht auf das EpG, sondern auf Artikel 185 Absatz 3 BV. Bundesrat und Verwaltung sprechen hier von «notrechtlichen» Massnahmen. Aus Sicht von Andreas Kley ist dieses Vorgehen unzulässig, der Bundesrat breche die Verfassung. «Artikel 185 Absatz 3 BV ist keine «Notstandsnorm» und erlaubt es der Regierung nicht, «Notrecht» zu setzen und – wie er dies aktuell tut – Gesetze abzuändern. Das war in der alten Verfassung so, und das hat sich mit der nachgeführten Verfassung von 1999 nicht geändert, auch wenn dies heute gerne behauptet wird.»

Dabei handelt es sich nicht um eine juristische Spitzfindigkeit, sondern um einen fundamentalen staatsrechtlichen Kurswechsel, der weit über die Corona-Zeit hinaus bedeutsam sein wird und den Kley für «kolossal falsch» hält. «Wenn man anfängt, Artikel 185 Absatz 3 BV umzuinterpretieren und daraus eine uneingeschränkte notrechtliche Befugnis des Bundesrates abzuleiten, vergrössert dies die Macht der Regierung und der Verwaltung – zu Lasten der Demokratie und des Föderalismus.» Für den Staatsrechtler sind es denn auch etatistische Strömungen, die das «Notrechtsdenken» vorantreiben und die bei den heutigen Parlamentariern bedauerlicherweise kaum auf Gegenwehr stossen würden. Kley sieht nur einen Weg, wie der Bundesrat bei schwersten Problemen uneingeschränkt Notrecht erlassen und Gesetze derogieren darf: Indem er sich von der Bundesversammlung ausserordentliche Vollmachten geben lässt, wie in Kriegszeiten.

Schule

Reif für Ferien

Von Alex Baur — Wenn die Matura nicht durchgeführt wird, sollte man sie ganz abschaffen.

Obwohl nur wenige Gymnasiasten durchfallen, haben die meisten Angst vor der Matura. Viele Schüler bekommen bei der «Reifeprüfung» (so die deutsche Übersetzung) zum ersten Mal ein wenig die Härten zu spüren, die das Leben so mit sich bringt. Wenn sie versagen, hat das Konsequenzen. Allerdings kann die Prüfung notfalls (teilweise) wiederholt werden, die Vornoten fliessen in die Bewertung ein. Eine echter Härtestest ist die Matura längst nicht mehr. Sie hat vor allem symbolischen Charakter.

4 Prozent rasseln durch

Nun wollen wegen Covid-19 die meisten Kantone ganz oder teilweise auf die Prüfung verzichten (ein Entscheid auf Bundesebene stand bei Redaktionsschluss noch aus). Die Schüler hätten zu wenig Zeit, um sich bis Juni fit zu machen, wird argumentiert, die Abstandsre-

«Reife» würde bedeuten, dass die Jugendlichen in der Lage sind, eigenständig zu lernen.

geln könnten in den Prüfungszimmern nicht garantiert werden. Gemäss Silvia Steiner, Zürcher Regierungsrätin (CVP) und Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz, würden lediglich 4 Prozent der Maturanden «durchrasseln». Es sei daher zulässig, auf die Prüfung zu verzichten.

Wenn das der Wert einer Maturaprüfung ist, sollte man sie gleich ganz abschaffen. Denn «Reife» würde bedeuten, dass die erwachsen gewordenen Jugendlichen in der Lage sind, eigenständig zu lernen, sich den Umständen anzupassen und auch unvorhersehbare Widrigkeiten zu überwinden. Dass den Jugendlichen, die gesundheitlich ohnehin kaum gefährdet sind, die Wahrung der Abstandsregeln nicht garantiert werden könne, mutet nachgerade lächerlich an. Wenn diese Sorge ernst wäre, hätte man die Prüfungen auf Juli oder August verschieben können.

Doch der wohlverdiente Urlaub nach so viel Shutdown-Stress ist offenbar wichtiger. Es passt ins Bild, dass Klimastreiker wie Jonas Kampus (Juso) mit der Unterstützung der rot-grünen Mutterparteien nun an vorderster Front für die geschenkte Matura weibeln. Warum eigentlich braucht es Prüfungen, so fragt man sich, ja warum sollen sie überhaupt noch studieren, wo sie doch schon alles wissen?

Europa

Kernschmelze

Von Wolfgang Koydl — Corona macht Brüssel zu schaffen. Das Vertrauen schwindet rasch.



Schönwetter: EU-Chefin von der Leyen.

Wie wenig sich die Bilder glichen: Russlands Präsident Wladimir Putin liess sich vor der Militärmaschine filmen, die medizinische Hilfsgüter nach Italien brachte. EU-Chefin Ursula von der Leyen posierte beim Händewaschen und summete die Europahymne. Preisfrage: Wem trauen die Italiener mehr in einer Krise zu – Moskau oder Brüssel?

Die Antwort hat die jüngste Umfrage des Eurobarometers geliefert: Nur noch 45 Prozent der Italiener haben Vertrauen in die EU. Ähnlich sieht es überall in Europa aus: Selbst bei den europhilen Deutschen glaubt nur mehr jeder Zweite an das europäische Projekt, und 43 Prozent der Europäer vermuten, dass die EU geschwächt aus der Corona-Krise hervorgehen wird.

Sterbehilfe?

Vorausgesetzt, dass sie die Pandemie überhaupt überlebt. Denn die Seuche führt vor, dass Brüssel letzten Endes nur ein Schönwetterprojekt ist. Wäre das nicht schon schlimm genug, werden Kommission, Rat und Parlament zudem von Personen geführt, die selbst weniger schwierigen Herausforderungen nicht gewachsen wären. In der Krise werden sie gleichsam zu einem «Trio catastrophal».

«Die Inkompetenz schreit zum Himmel», stöhnt ein EU-Bürokrat unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Das gelte vor allem für Ursula von der Leyen: «Jetzt rächt sich, dass man die Spitzenämter im Schnäppchenkeller zusammengeklaut hat, anstatt unbequeme, starke Persönlichkeiten zu suchen.» Dennoch könnte das Trio historische Bedeutung erlangen – als unfreiwilliger Sterbehelfer der EU.



Unter Kontrolle: Christian Althaus, Uni Bern.



Hohe Frequenz: Marcel Salathé, ETH Lausanne.



Fehlende Transparenz: Monika Bütler, HSG.



Stützung der Wirtschaft: Jan-Egbert Sturm, ETH Zürich.



Brisante Kurve: Tanja Stadler, ETH Zürich.

Eilmeldung

Eingebettete Experten

Von Beat Gygi — Die Diskussionen über die Corona-Politik werden von ein paar Experten geprägt. Die meisten zählen zur Task-Force der Regierung.

Wenn öffentlich über Pandemiepolitik diskutiert und berichtet wird, gibt es ein gutes halbes Dutzend Experten, die immer wieder im Vordergrund stehen. Marcel Salathé, Epidemiologe der ETH Lausanne, hat in hoher Frequenz öffentliche Auftritte und äussert sich nach früherer Kritik seit jüngerer Zeit zumeist so, dass er nicht so weit vom Kurs des Bundesrats entfernt liegt. Aus der Gruppe der Modellbauer, die das Ausbreiten von Infektionen mathematisch berechnen, steht Christian Althaus (Uni Bern) an vorderster Front. Auch er rief früher nach mehr Staatsmassnahmen, hat kürzlich nun aber bekräftigt, dass die Shutdown-Massnahmen des Bundes Wirkung zeigten, die Ausbreitung sei quasi unter Kontrolle, dank Interventionen.

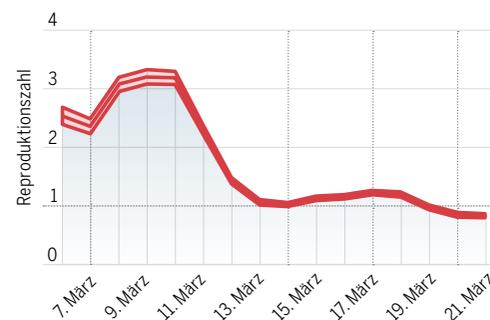
Brisanter bleibt die Diskussion um eine Grafik der Mathematikerin Tanja Stadler von der ETH Zürich, die mit ihrer Forschungsgruppe ebenfalls Modelle über die Ausbreitung der Viren erstellt. Die am 8. April veröffentlichte und am 21. April aktualisierte Meldung über den Verlauf der sogenannten Reproduktionszahl hat in der Corona-Debatte in der Schweiz Aufsehen erregt. Die Grafik legt den Schluss nahe, die strengen Shutdown-Massnahmen seien in Wirklichkeit nicht nötig gewesen. Die Kurve wird hier noch einmal dargestellt (sie erschien bereits in der *Weltwoche* vom 23. April).

Die heisse Stelle ist beim 13. März. An diesem Datum berührt die Kurve, von weit oben herkommend, den Wert 1. Anschliessend verläuft sie flach und zeigt keine stärkeren Schwankungen mehr. Diese Zahl gibt, grob gesagt, Aufschluss darüber, wie stürmisch oder wie gemässigt sich das Virus in der Gesellschaft ausbreitet. Wenn sie über 1 liegt, dann steckt eine Person mehr als eine weitere an, so dass die Zahl der Infektionen exponentiell wächst, quasi stürmisch. Liegt die Reproduktionszahl bei 1 oder darunter, verläuft die Ansteckung flach oder gar abflauend.

Stadlers Kurve besagt also, dass die Ausbreitung des Coronavirus am Freitag, 13. März, schon stark gedämpft beziehungsweise gebändigt war. Damals herrschte das Regime von Schliessung, Distanzhaltung sowie Fünfzig-Personen-Obergrenze für Ansammlungen. Der strenge Shutdown mit dem Betriebsverbot für mehrere Branchen und den enormen wirtschaftlichen Kosten wurde dagegen erst am Montag, 16. März, erlassen – also zu einem Zeit-

Gebremster Schwung

Entwicklung der Reproduktionszahl bei Ansteckungen mit dem Corona-Virus



QUELLE: J. SCIRE U.A., ETH ZÜRICH

Die Ausbreitung war am 13.3. schon stark gedämpft.

punkt, als die Kurve schon flach war. Die Botschaft der Kurve, wonach die Eindämmung bereits vor dem Shutdown so stark war, wurde breit aufgegriffen, etwa von Professor Pietro Vernazza, Chefarzt Infektiologie am Kantonsspital St. Gallen. Und im Ausland spielte sich Gleiches ab: Das staatliche deutsche Robert-Koch-Institut veröffentlichte am 16. April eine fast gleich aussehende Kurve der Reproduktionszahl für Deutschland. Am 21. April wurde Stadlers Darstellung der Befunde dann überarbeitet. Es wurden zum Beispiel bestimmte Annahmen über die Fristen zwischen dem Auf-

treten erster Symptome und dem Testergebnis geändert. Das Resultat war, dass die neue Kurve per 13. März noch klar über 1 lag und erst im Laufe des Shutdowns darunter sank. Damit wurde Stadlers Berechnung zu einer Stütze des bundesrätlichen Kurses: Der Shutdown sei nötig gewesen, und sie bekräftigte es im Schweizer Fernsehen. Aber die frühere Kurve ist noch da und gibt immer noch zu diskutieren.

Am Wochenende erfuhr die Landesregierung auch von ökonomischer Seite Unterstützung. Monika Bütler, Ökonomieprofessorin an der Universität St. Gallen, nahm in der *NZZ am Sonntag* unter dem Titel «Angst essen Wirtschaft auf» die Politik in Schutz: Egal, was sie in der Corona-Krise tue, sie könne nur danebenliegen. Ein beträchtlicher Teil des Einbruchs sei auch darauf zurückzuführen, dass sich die Menschen aus Angst vor Ansteckung selber zurücknahmen, nicht nur die staatlichen Massnahmen seien schuld an den Kosten. Der Artikel wirkt eindrücklich, auch mit Blick auf die beigefügten Angaben zur Autorin: Mitglied des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank sowie der Verwaltungsräte von Schindler und Huber+ Suhner.

Zehn Beratergruppen

Eine Angabe fehlte jedoch, die in diesem Zusammenhang wichtig ist: Bütler ist auch in der «Swiss National Covid-19 Science Task Force» tätig. Ausgehend von der ETH-Task-Force, wurde diese Institution gegründet, damit die Wissenschaft die Behörden im Kampf gegen die Epidemie möglichst gut unterstützen könne. Auftraggeber sind der Krisenstab des Bundesrates, das Bundesamt für Gesundheit, das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation und ihre Departemente. Die Task-Force besteht aus zehn fachorientierten Expertengruppen. Den Vorsitz der Ökonomiegruppe hat Monika Bütler, prominente Mitglieder sind David Dorn (Universität Zürich), Beatrice Weder di Mauro (Genf) und Jan-Egbert Sturm (ETH Zürich), der für eine starke Stützung der Wirtschaft plädiert. Chef der Gruppe digitale Epidemiologie ist Marcel Salathé, in der Gruppe Daten und Modellbau sind Christian Althaus und Tanja Stadler mit von der Partie. Rund sechzig Corona-Expertinnen und -Experten hat die Regierung auf diese Weise institutionell um sich geschart.

Chinas verborgene Prinzessin

Von Urs Gehriger — Zwei Frauen prägten Leben und Karriere von Chinas Präsidenten Xi Jinping. Seine Frau, Opernstar Peng Liyuan, verhalf ihm mit ihrer Goldstimme zu nationalem Glanz. Doch es ist seine Tochter, die ihm besonders ans Herz gewachsen ist. Seit sie in Harvard studierte, fehlt von ihr jede Spur.

Er wuchs in einer Höhle auf und ackerte täglich bis an den Rand der Erschöpfung. Sie flog in die geistige Kaderschmiede des kapitalistischen Rivalen und residierte in gediegener Bohème. Sein Schulzimmer war der Schweinestall, die Vorgesetzten verprügelten ihn. Sie teilte den Vorlesungssaal in Harvard mit den Welteliten und liess sich in die Geheimnisse der Psychologie einweihen.

Xi Jinping und Xi Mingze – Chinas neuer Kaiser und seine Prinzessin. Ihre Leben folgten unterschiedlichen Pfaden, doch eines haben sie gemeinsam: Sie geben praktisch nichts Privates preis. Diskretion ist das Fundament von Xi Jinpings Erfolg. Das kleinste Detail über seine Familie könnte von Feinden genutzt und ihm zum Verhängnis werden.

Weggefährte Maos

Wie rigoros Tochter Xi Mingze das Prinzip Diskretion lebt, zeigt sich allein daran, dass sich praktisch kein Foto findet, das ihr zweifelsfrei zugeordnet werden kann. Als sie 2010 an die Elite-Universität Harvard übersiedelte, schrieb sie sich mit falschem Namen ein. Sporadisch berichten Medien von Bodyguards, getarnt als Mitstudenten. Von gelegentlichen Fahrten mit der U-Bahn ist zu lesen. Ansonsten finden sich kaum Spuren von jener Frau, die dem chinesischen Präsidenten mehr am Herzen liege als alles andere im Leben.

Es heisst, Xi Jinping habe sich sehnlichst eine Tochter gewünscht. Als ihn 1992 das Glück fand, nannte er sie Mingze, was so viel bedeutet wie «hell», «glänzend». Den Namen habe sie auf Wunsch des Grossvaters erhalten, schreibt Martin MacMillan in seinem Buch über die Familie.* Die Enkelin sollte eine «aufrechte und saubere» Person werden. Und so den Ruf der Familie, der schwer gelitten hatte, in frischem Licht erhellen.

Grossvater Xi Zhongxun war ein Weggefährte Maos, gehörte zur führenden Elite der Kommunistischen Partei Chinas und residierte in einem Flügel des Kaiserpalastes. 1963 fiel er in Ungnade und wurde beschuldigt, ein Komplott geschmiedet zu haben. Vom kleinen Xi Jinping verlangte man, dass er den Vater öffentlich denunziere. Im Alter von fünfzehn Jahren folgte der nächste Schock für den Jungen. Zusammen mit Millionen Chinesen wurde er aufs Land geschickt, wo Mao die städtischen Eliten «von den Armen und Bauern umerziehen» liess. Mehrfach versuchte er zu fliehen. Es war die Zeit der Kulturrevolution



Niemand weiss, wie sie heute aussieht: Präsident Xi Jinping mit Tochter Mingze.

(1966–1976). Millionen starben, auch Xis Schwester wurde in den Selbstmord getrieben.

Sechs Jahre dauerte Xis Martyrium in der Provinz. Er überlebte, indem er sich seinen Peinigern fügte. Und sie umarmte. «Man kann dies mit dem psychologischen Phänomen des Stockholm-Syndroms vergleichen», sagt Biograf Yu Jie. «Xi kam zum Schluss, dass er die Macht ergreifen musste, um nie wieder Opfer zu sein. Aus diesem Grund hat er Maos Methoden übernommen. Heute kann man fast sagen, dass er ein kleiner Mao ist.» Nach seinem Exil schickte sich der 21-jährige Xi Jinping an, den Ruf der Familie zu rehabilitieren. Er begann ganz unten und arbeitete sich die Parteihierarchie hoch. Bescheidenheit und Fleiss sind chinesische Urtugenden. Xi

hat sie zum Lebensprinzip perfektioniert. Er impfte dieses auch seiner Tochter ein.

In Harvard ist Xi Mingze nicht der einzige Spross chinesischer Prominenz. Auf dem Campus verkehrt auch Bo Guagua, Enkel eines der «acht Unsterblichen» der Kommunistischen Partei und Sohn des Politbüromitglieds Bo Xilai, eines direkten Rivalen Xi Jinpings (2012 fiel er wegen Korruption in Ungnade). Während Bo mit dem Porsche auffuhr und mit Kung-Fu-Filmstar Jackie Chan Partys schmiss, führte Xi Mingze ein genügsames Dasein. «Sie ist ein Bücherwurm, sehr ruhig und fleissig», zitiert die *Mail on Sunday* einen ihrer Bekannten.

Mingzes Familie ist einzigartig, nicht bloss wegen ihres berühmten Vaters. Mao sagte

einst: «Frauen halten den halben Himmel hoch.» Mingzes Mutter hatte ihn ganz allein hochgehalten, lange bevor Xi Jinping zur nationalen Grösse aufgestiegen war. Peng Liyuan war die berühmteste Sängerin des Landes. Das Sprungbrett zu ihrem Erfolg war die Volksarmee.

Singende Visitenkarte

Marilyn Monroe hat vor US-Truppen in Korea geträllert. Elvis Presley stürzte sich kurzzeitig in die GI-Uniform. Dass ein Musikidol allerdings Karriere im Militär macht, und dies im Rang eines Generalmajors – das gibt es nur in China. Wenn sich Pengs glasklare Sopranstimme in «Mein Vaterland» oder in «Die Menschen meines Dorfes» in schwindelerregende Höhen sang, schmachteten die Herzen der Funktionäre und Generäle.

Durch seine Heirat mit Peng steigerte Xi Jinping seinen Bekanntheitsgrad schlagartig. Beobachter bemerken, dass sie ihm bei öffentlichen Auftritten Zeichen gibt, wann er lächeln, wann er applaudieren muss. Sie wurde seine glänzende Visitenkarte, die ihm im Volk zu Popularität verhilft.

Peng Liyuans Popularität verbot es, dass sie ihre Karriere nach der Heirat an den Nagel hing. Während die Mutter glänzte, der Vater in der Partei buckelte, blieb das Mädchen in der Obhut der Grosseltern von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Offenbar hat Mingze nicht das Talent

«Sie kann nicht so gut singen wie ich. So stellt sich die Frage, was aus ihr einmal werden soll.»

der Mutter geerbt. Peng sagte offen und ein wenig grausam: «Sie kann nicht so gut singen wie ich. So stellt sich die Frage, was aus ihr einmal werden soll.» Mingze entschied sich für die Fremdsprachenschule in Hangzhou, die bereits Xis Schwestern besucht hatten. Doch in ihr schlummerte der Traum von Amerika.

Auch ihre Eltern warfen früh ihre Augen auf den kapitalistischen Rivalen. Die Kommunistische Partei Chinas befahl allen Funktionären: «Macht Geschäfte!» 2005 begab sich der Vater auf Business-Tour. Und Mutter Peng sang sich 2006 bis in die Hochburg des Kommerzes. Bei einem Gastspiel in New York schlüpfte der Opernstar in die Rolle der Mulan, der Heldin eines chinesischen Volksmärchens über eine junge Frau, die sich als Mann verkleidet, um den Platz ihres kranken Vaters in der Armee einzunehmen. Doch in der Neuen Welt wollte ihr Stern nicht funkeln. Die Presse nahm kaum Notiz.

Nichts ist bekannt über den innerfamiliären Disput um die Karriereplanung der Tochter. Doch 2010 gelang es Xi Mingze, sich ihren Traum zu erfüllen. Ihre Identität war «weniger als zehn» Dozenten und Studenten be-



Schmachtetende Herzen: First Lady Liyuan.

kannt, berichtet der Korrespondent der japanischen Zeitung *Asahi Shimbun*. Offenbar blühte sie auf im Duft der freien Welt und wohnte «aufmerksam» aus der «obersten Reihe» Diskussionen über Rivalitäten in der chinesischen Kommunistischen Partei bei. Sie war mitten im Studium, als ihr Vater 2012 an Chinas Staatsspitze katapultiert wurde. Selbst jetzt gelang es ihr in Kooperation mit der Universitätsleitung, so diskret zu bleiben, dass nicht ein einziges Bild von ihr an die Presse geraten ist.

Derweil dringt zu Hause in China durch Indiskretion ein Dokument an die Öffentlichkeit, das die Stossrichtung von Xi Jinpings Politik offenbart. Sie steht zu den Idealen, deren Vorzüge seine Tochter täglich geniesst, in scharfem Widerspruch. Das parteiinterne Schriftstück, bekannt als «Dokument Nummer 9», ist ein heftiger Angriff auf die freiheitlichen Ideale des Westens. Es nennt sieben westliche Ideen, die für China die grösste Gefahr darstellen würden, darunter die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die universellen Menschenrechte und die Pressefreiheit. Und es mahnt zur Wachsamkeit gegenüber der «Infiltration» durch diese gefährlichen, fremden Ideen.

Im Mai 2014 läuft Xi Mingzes Zeit in der geistigen Oase ab. Sie ist 22. Wie vor ihr Franklin D. Roosevelt, Henry Kissinger oder Barack Obama nimmt sie an der Ivy League ihr Diplom entgegen. Dann verlässt sie den Ort so leise, wie sie gekommen war. Zurück in Peking, verschwindet sie hinter den Mauern des Schweigens, die den Präsidenten umgeben.

Inzwischen haben Xis Ideen China erobert. Er entfaltet einen beispiellosen geopolitischen Machtanspruch. Jetzt wird klar, dass Xis Ambition keine Grenzen kennt. Er lässt die Amtszeitlimite aufheben, die Mao eingeführt hatte, um sicherzustellen, dass kein Mann je so mächtig wird wie er. «Dies ist ein Mann», so Henry Kissinger über Xi, «der sehen will, ob sich sein Erfolg mit dem Maos messen kann.» Während der Vater nach den Sternen greift,

fehlt von Tochter Xi Mingze jede Spur. Einmal wurde sie gesichtet, wie sie ihre Eltern auf einer Reise nach Yan'an besuchte, jener ländlichen Region, in die ihr Vater zu knochenharter Erziehungsarbeit gezwungen worden war. Einmal hiess es, Vater Xi habe sie als persönliche Beraterin eingesetzt. Bilder aus Xis Entourage werden analysiert, aber niemand weiss, wie sie heute genau aussieht.

Zurück in Amerika?

In den chinesischen Medien im Ausland ist Xi Mingze derweil ein Lieblingssujet. Letztes Jahr häuften sich Berichte, sie sei todunglücklich im abgeschotteten Leben in ihrer Heimat. «Die freiheitsliebende Xi» fühle sich «wie eine Gefangene». Sie weine sehr viel. «Still und leise» sei sie Anfang 2019 in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Quellen werden namentlich zitiert, die von einer Rückkehr an ihre Alma Mater berichten, wo sie ihre Promotionsarbeit schreiben wolle. In Harvard schweigt man diskret.

Der Wahrheitsgehalt der Exil-chinesischen Regenbogenpresse kann nicht überprüft werden. Sie ist bekannt dafür, Zweifel und Zwiekracht zu streuen. Fest steht, dass Frauen in Chinas Politik nicht in den Himmel wachsen. First Ladies und Präsidententöchter übernehmen eine ausschliesslich unterstützende und dekorative Rolle. Karrieren wie jene von Hillary und Chelsea Clinton oder wie man sie unter Demokraten derzeit von Michelle Obama erhofft, sind in China ausgeschlossen. Für Familien von Funktionären ist Politik tabu. Erst recht, wenn man im Land des grossen Rivalen ausgebildet worden ist.

* Martin MacMillan: Together They Hold Up the Sky. Fast Pencil, 2012. 342 S., Fr. 41.90

Im Artikel zitierte Dokumente und Quellen sind unter www.weltwoche.ch/Dokumente/einsehbar.

VALUES WORTH SHARING

«Unser langfristiges Denken hilft uns, mit kurzfristigen Veränderungen umzugehen.»

Elena Sager, LGT Mitarbeiterin seit 2006



Private Banking

lgt.ch/values

Personenkontrolle

Berset, Maurer, Kälin, Aeschi, Schwab, Nordmann, Bruderer, Schneider, Ermotti, Narasimhan, Esken, Al-Abri

Alain Berset, Sonnenkönig, ist seit Wochen auf allen Kanälen präsent und überstrahlt seine sechs Kolleginnen und Kollegen um Sphären. Der sozialdemokratische Gesundheitsminister wird von den Medien als strenger, aber gütiger Landesvater gelobt, der seine Schützlinge unter Kontrolle hat. Die journalistische Schwärmerie geht aber weit darüber hinaus: Berset gilt als cooler Hipster der Landesregierung, wird gar als der neue James Bond bezeichnet. Diese Woche nun kam der Freiburger im *Migros-Magazin* gross heraus: eine mehrseitige, praktisch textfreie Bildstrecke, die den Bundesrat bei seiner wichtigen Arbeit zeigt. Man sieht Berset im Lift, man sieht ihn, wie er telefoniert oder hochkonzentriert am Schreibtisch sitzt. Und wie er nach getaner Arbeit in Jeans und Lederjacke seine Berner Wohnung ansteuert. Da sage noch einer, in der Schweiz gebe es keine Hofberichterstattung. (fon)

Ueli Maurer, Krisenbänkler, feiert sich selbst. Gegen 17 Milliarden Franken hätten die Banken bisher an Notkrediten ausbezahlt und 109 000 Anfragen bearbeitet, schwärmte der Finanzminister und SVP-Bundesrat kürzlich vor den Medien. Dass die Kreditvergabe derart reibungslos funktioniere, sei nicht selbstverständlich. Sein Departement werde inzwischen mit Anfragen aus aller Welt überhäuft. Unter anderem von verschiedenen Finanz- und Wirtschaftsministern aus europäischen Staaten. Dabei funktioniert das System ganz einfach: Die Banken verteilen grosszügig Geld an die notleidenden Unternehmen. Kann eines die Kredite nicht zurückzahlen, springt der Bund ein. Und am Ende zahlen wir alle die Zeche. Wirklich raffiniert. (hmo)

Irène Kälin, Träumerin, landete einen Medien-coup mit kurzer Halbwertszeit: Vor zehn Tagen bestätigte die Aargauer Nationalrätin der Grünen und Mitglied der Verwaltungsdelegation (VD) gegenüber dem *Sonntagsblick*, Parlamentarier hätten Anträge gestellt auf Taggelder für ausgefallene Kommissionssitzungen und die abgebrochene letzte Woche der Frühlingssession. «Es gab einzelne Nachfragen an die Adresse der Verwaltungsdelegation», liess sich Kälin zitieren. Die Geschichte wirbelte viel Staub auf. Und dann dementierten plötzlich die Parlamentsdienste, dass es jemals entsprechende Anträge gegeben habe. Entweder hat Kälin alles geträumt. Oder es gab tatsächlich eine solche Diskussion in der VD, ohne dass aber jemand



Aus aller Welt: Finanzminister Maurer.



Alles nur geträumt? Nationalrätin Kälin.

förmlich einen Antrag gestellt hat. Damit hätte Kälin das Kommissionsgeheimnis verletzt, indem sie Details gegenüber den Medien ausplauderte. Beide Varianten gereichen Irène Kälin nicht gerade zur Ehre. (hmo)

Thomas Aeschi, Dompteur, will der Landesregierung Einhalt gebieten. Es hat sich in den letzten Jahren eingebürgert, dass der Bundesrat per Verordnung neue Regeln erlässt, die entweder über die vom Parlament erlassenen Gesetze hinausgehen oder diesen sogar widersprechen. Aus



Nenad Mlinarevic, Wirt und Mitinhaber Auswärts GmbH, Zürich

«Wir haben schnell auf die Krise reagiert und einen Take-Away-Service hochgezogen. Im Moment ist Flexibilität gefragt: Alles, was wir tun können, ist uns auf die Situation einzustellen. Eine erzwungene Öffnung der Gastronomie unter strengen Gesundheitsauflagen macht aus meiner Sicht keinen Sinn, so geht das Restaurantenerlebnis verloren.»



Was zählt: SPD-Chefin Esken.



Zuwachs: Nestlé-Chef Schneider.

diesem Grund hat Aeschi, SVP-Fraktionschef und Nationalrat aus dem Kanton Zug, per parlamentarischer Initiative ein sogenanntes Verordnungs veto angeregt. Damit könnte das Parlament bundesrätliche Verordnungen mit einem Veto belegen. Was die aktuellen Coronanotverordnungen des Bundesrats betrifft, stellen sich aber zwei Probleme: Erstens fehlt noch die Zustimmung des Ständerats für das Inkrafttreten von Aeschis parlamentarischer Initiative, und zweitens stellt sich die Verwaltung auf den Standpunkt, dass das Veto auf die speziellen Ausnahmeverordnungen betreffend die Corona-Krise keine Anwendung fände. (fsc)

Philippe Schwab, Tätschmeister, sorgt mit eigenmächtigem Gebaren immer wieder für Irritationen. Schwab ist sozusagen der Chefverwalter des Parlaments. Momentan liefert er sich mit Volksvertretern ein Gerangel über die Frage, ob Kommissionen auch ohne die ausdrückliche Zustimmung des Parlamentsbüros tagen dürfen. Um den Generalsekretär der Parlamentsdienste auszubremsen, hat SP-Fraktionschef Roger Nordmann sogar extra ein juristisches Gutachten anfertigen lassen. Und noch in einem weiteren Punkt sorgt Schwab für hochgezogene Augenbrauen: bei den Kosten für die

Corona-Sondersession Anfang Mai. Diese findet in der politisch gut verhandelten Bernexpo statt – dem Verwaltungsrat gehört die frühere SP-Ständerätin **Pascale Bruderer** an. Für die viertägige Sondersession stellt der Messeveranstalter eine Rechnung über 2,1 Millionen Franken. Wie der *Tages-Anzeiger* vermeldet, kostet allein die Raummiete für vier Sitzungssäle 91 398 Franken – pro Tag. Jetzt stellt sich die Frage, wo und zu welchem Preis die ordentliche Sommersession im Juni stattfindet. Die Messe Luzern hat den dreiwöchigen Parlamentsbetrieb für 1,6 Millionen Franken offeriert. Dies geht aus Unterlagen hervor, die der *Weltwoche* vorliegen. (fsc)

Mark Schneider, Ernährer, hat ein hervorragendes Ergebnis für das erste Quartal 2020 vorgelegt. Der Nahrungsmittelgigant Nestlé, bei dem Schneider als CEO amtiert, hat zwischen Januar und März weltweit Nahrungsmittel im Wert von 20,8 Milliarden Franken verkauft, was gegenüber dem Vorjahr einem organischen Umsatzwachstum von 4,3 Prozent entspricht. Dies teilte der Konzern in Vevey am Freitag mit. Gut gearbeitet hat auch die UBS unter CEO **Sergio Ermotti**. Sie verbuchte einen Quartalsgewinn von 1,2 Milliarden Franken. Gute Zahlen kamen ferner aus Basel, wo Novartis-Chef **Vas Narasimhan** am Dienstag ein starkes Umsatz- und Gewinnwachstum für das erste Quartal bekanntgab. Im Maschinenraum der Schweizer Wirtschaft laufen einige Aggregate bis jetzt auf Hochtouren. (fsc)

Saskia Esken, aufmerksamkeitsheischende Sozialdemokratin, setzt auch in Zeiten von Seuche und Wirtschaftskollaps eigene Prioritäten. Lauthals echauffierte sich die deutsche SPD-Chefin über ein Piktogramm, mit dem ein Baumarkt von Familienbesuchen abriet. Denn die Strichmännchen bildeten die klassische Rollenverteilung mit grossem Mann, kleiner Frau und zwei Kindern ab, wettete Esken. Wie gut, wenn man weiss, was wirklich wichtig ist. (ky)

Scheich Zaher Al-Abri, Sittenwächter, will im Sultanat Oman für strenge Zucht und Ordnung sorgen. Bei Frauen solle man bloss die beiden Handflächen und das Gesicht zu sehen bekommen, so der islamische Gelehrte und Mitglied des omanischen Staatsrates. Vor Make-up und anderen Methoden, mit denen sich die Ladys künstlich schön machen wollen, warnt er eindringlich. Wer sich Puder oder Farben auftrage, ende später als runzelige alte Pflaume und gehe das Risiko von Hautkrankheiten, vielleicht sogar von Krebs ein. Als Kronzeugin für seine Moral zitiert er nicht das Wort des Propheten, sondern ein Sexsymbol aus Hollywood: Marilyn Monroe. Sie habe Frauen vor Männern gewarnt, die sich wie raubtierartige Wölfe auf ihre Beute stürzten, um sie zu verzehren. (ph)

Nachruf



Empfühlungsgenie des Zweiergesprächs.

Marcel Ospel (1950–2020) — Als ich ihn im Frühling 2007 persönlich kennenlernte in seinem Büro an der Bahnhofstrasse, stand er im Zenit seiner bewundernswerten Laufbahn. Die Medien rühmten. Sein Unternehmen mischte in den USA bei den Grossen mit. Die UBS galt als unsinkbar. Ihr Management wurde als Dream-Team gefeiert. Gut, da und dort stänkerten Zeitungen an den hohen Löhnen herum. Ausserdem stand Ospel unter Verdacht, weil er sich kritisch über die EU und freundlich über Blocher geäussert hatte.

Ich habe mich oft gefragt, ob die Häme, die später über ihn ausgekübelt wurde, auch damit zu tun hatte, dass sich Ospel politisch immer leicht ausserhalb der engen Toleranzschreibergärten der hiesigen Medienszene bewegte. Möglicherweise ist diese Einschätzung aber zu melodramatisch, zu wehleidig. Unter seiner Führung avancierte die UBS zu einem weltweiten Finanzgiganten. Aber sie stürzte mit verbrannten Flügeln eben auch brutal wieder ab. Da gehört es zum Wesen der Marktwirtschaft, dass der gut bezahlte Chef für alles, was schiefläuft in seinem Betrieb, den Kopf hinhalten muss.

Vielen Leuten reichte nicht, dass Ospel zurücktreten musste, öffentlich angefeindet wurde und Millionen von Boni zurückzahlte, ohne sich deswegen wie andere einen Heiligenschein aufzusetzen. Und sicher stimmt es ja auch, dass einige der Manager damals zu unversehrt aus den Trümmerhaufen der Finanzkrise abschleichen konnten.

Trotzdem ging mir dieses Vergeltungs- und Verketterungsbedürfnis gegen Ospel und Co. auf die Nerven. Denn viele von denen, die hinterher die Bankchefs regelrecht hängen sehen wollten, waren vorher die Ersten gewesen, die ihnen im Fieber steigender

Aktienkurse ihr Geld nachgeworfen hatten, um sie gierig zu noch riskanteren Anlagen anzutreiben. Raffsucht kommt auf allen Stufen der Gesellschaft vor.

Und Neid macht blind. Ospel wurde über Nacht zum Landesverräter gestempelt, als sich seine UBS weigerte, die darniederliegende Swissair 2001 mit Krediten zu versorgen. Seine Kritiker vergessen, dass die nationalheilige Fluglinie, deren Hinschied ich als Klotener aufrichtig bedauerte, von ihren Managern, die sich weniger aus dem Airlinegeschäft als aus der Politik rekrutiert hatten, systematisch zu Boden gewirtschaftet worden war. Einer maroden Firma sollte eine Bank allerdings kein Geld geben, auch wenn das Schweizerkreuz auf der Heckflosse leuchtet.

Als Mensch entsprach Ospel überhaupt nicht dem Klischee des gefühlkalten Rendite-Monsters, das die Medien von ihm zeichneten. Im Gegenteil. Ich habe selten einen empfindsameren Menschen kennengelernt, der gleichzeitig die Fähigkeit besass, einen Konzern von 80 000 Mitarbeitern über einen längeren Zeitraum äusserst erfolgreich und sogar gut gelaunt zu führen.

Wenn ich ein Merkmal seiner Persönlichkeit besonders betonen müsste, dann wäre es seine entwaffnende Liebeshwürdigkeit. Marcel Ospel war mit seiner sanften, tastenden Stimme ein Einfühlungsgenie des Zweiergesprächs, ein humorvoller Menschenfänger, mit dem man gerne seine Zeit verbrachte. Man hat von aussen oft den falschen Eindruck, es stünden Betonklötze an der Spitze der Konzerne. Aus der Nähe betrachtet, sind es einfach aussergewöhnliche Menschen, aber Menschen mit allem, was dazugehört.

Marcel Ospel, der Banklehrling, der sich aus eigener Kraft hochgearbeitet hatte, war überzeugter Schweizer und Basler. Das prägte ihn vielleicht am meisten. Über das Baslerische kann ich als Zürcher kein kompetentes Urteil abgeben, aber als Patriot war er auf dem Bankenplatz eine Ausnahmeerscheinung wie aus einer anderen Zeit. Ihm war seine Heimat wichtig, die Politik, und zwar nicht nur bei Steuern und Regulierungen, sondern umfassend. Er stand zur Schweiz, zu ihrer weltoffenen Unabhängigkeit und zu ihrer freiheitlichen Demokratie, die er durch einen EU-Beitritt gefährdet sah.

Seine schwere Krebserkrankung trug er mit Würde und Kraft. Aufopferungsvoll wie eine Intensivkrankenschwester kümmerte sich seine Frau Adriana um ihn, unterstützt von den Zwillingen. Am letzten Samstag, eine Woche nach Ostern, ist Marcel Ospel im Kreis seiner Familie von seinen Schmerzen erlöst worden. *Roger Köppel*



Neues Bewusstsein für die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft.

Schweiz

Triumph der Staatsmacht

Von Urs Paul Engeler — Macht die Regierung die Menschen mittellos und ängstlich, wächst sogar in der scheinbar soliden direkten Demokratie der gefährliche Glaube an die autoritäre nationale Führerschaft.

Arm, allein, abhängig: Das Negative-^{Triple-A} beschreibt umfassend das unschöne neue Leben der Menschen im Land. Nicht eine Naturkatastrophe hat sie über Nacht in diese bitteren Lagen gestossen; es war das Diktat aus Bern. Es ist auch keine «Corona-Krise», unter der sie zu leiden haben; es ist ein inszeniertes Polit- und Funktionärsprogramm. Nicht ein tückisches Virus aus Wuhan macht die Leute arbeitslos, einsam und zu Fürsorgefällen; es sind die Anordnungen und Bussenandrohungen von Bundesbeamten und Regenten. Polizeipatrouillen und andere Kontrolleure sorgen dafür, dass der elende Zustand Bestand hat.

Donnerknall

Unheimlich ist es geworden in der Schweiz. Was am 13. März als Donnerknall begann und von vielen Verblüfften noch als Happening ge-

lebt wurde, hat sich nach bald zwei Monaten zur trostlosen Normalität verstetigt. Nichts ist mehr, wie es in einem demokratisch geordneten, verlässlichen, prosperierenden Staat sein müsste. Grosse Teile des geltenden Rechts sind per Dekret ausser Kraft, demokratische Prozesse werden ausgesetzt, das überrumpelte Parlament nickt nur noch, der neue Überwachungsstaat (Contact-Tracing-App) wird forciert, ganze Branchen sind amtlich stillgelegt, Zehntausende suchen bereits die Arbeitsämter auf, bisher solvente Firmen müssen den Staat um Geld anbetteln, über Jahre aufgebaute Reserven der öffentlichen Kassen werden innert Wochen geplündert, es gedeihen behördliche Willkür und finanzielles Allotria, die Wirtschaft schrumpft und schrumpft; wie stark sie abmagert, weiss niemand. Und die Menschen gehen, misstrauischen Blicks und teilvermummt, einander in den leeren Strassen und

Zügen meterweit aus dem Weg: Ein jeder ist des andern Feind und möglicher Todbringer.

Covid-19 ist nicht ganz harmlos, aber wie gefährlich das Virus wirklich ist und wie tödlich es wirkt, das weiss niemand. Jede Aussage dazu ist derzeit wissenschaftlicher Humbug. Gezählt werden die positiv Getesteten (in der Schweiz gut 29 000) und die Toten (rund 1350). Daraus errechnen Alarmtrompeter Angst machende Mortalitätsraten. Doch niemand kennt die Zahl der tatsächlich Infizierten. Denn nur das Verhältnis der (gar nie erfassbaren) Zahl aller Personen, die mit dem Virus in Kontakt kamen, zu der Anzahl Todesfälle liesse überhaupt eine seriöse Aussage über die Risiken zu. Zwei Vergleichszahlen rücken die angeblich katastrophale Lage in den Normalbereich: 2015 raffte die Grippewelle 2500 Personen hinweg.

Kommt erstens dazu, dass nur wenige der «Corona-Opfer» obduziert wurden, um die

exakte Todesursache und die Rolle der Vorerkrankungen zu eruieren. Und: Seit Anfang März, als die Beamten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) begannen, die sogenannten Corona-Sterbefälle zu addieren und massenmedienwirksam Tag für Tag zu publizieren, starben in der Schweiz andere 10 500 Menschen. Da mit ihnen keine Politik zu machen ist, werden sie nicht als BAG-Propagandamittel verwendet, sondern landen unbeachtet in der allgemeinen Statistik.

Unter die Fahnen des Vaterlands

Gegen 8000 Soldatinnen und Soldaten, als grösste Mobilmachung der Schweizer Armee seit dem Zweiten Weltkrieg gefeiert, wurden Mitte März unter die Fahne des Vaterlands gerufen. Weil eher störend als brauchbar, werden sie, nun ohne Pauken und Trompeten, zu Tausenden wieder nach Hause geschickt. Spitäler melden Kurzarbeit an und erklären leise, dass gar nie eine echte Versorgungsnotlage eingetreten sei. Aus all den realen Fakten lässt sich kein totales Versammlungsverbot begründen und ganz gewiss nicht die schwere Schädigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Es schwirrten auch schon viele Viren durch die Lüfte und Lebensäfte – HIV, Sars, Mers oder die Vogelgrippe, die der BAG-Beamte Daniel Koch 2007 noch mit der belächelten Empfehlung bekämpfte, Schutzmasken zu kaufen (50 Stück pro Person). Warum aber greifen die Bundesbehörden jetzt zum sozialen und ökonomischen Holzhammer, um eine überschaubare Störung der Volksgesundheit zu bekämpfen?

Bern hat seit vier Jahren ein neues Machtmittel: das «modernisierte» Epidemien-gesetz, das in seinen Konsequenzen nie richtig diskutiert wurde. Der mögliche «Impfzwang» gab (zu) viel zu reden, die neuartigen Kompetenzen des Bundesrates bei «besonderen» und «ausserordentlichen» Lagen hingegen rutschten unter der Schwelle der öffentlichen Wahrnehmung in die Gesetzessammlung. Ruft die Regierung (in eigener Kompetenz und ohne Rücksprache mit Parlament, Parteien und Verbänden) die zweite Stufe aus, so kann sie selbstherrlich ziemlich alles fordern oder verbieten, was sie will. Dabei ist sie allein sich selbst Rechenschaft schuldig, was per definitionem ohne Konsequenzen bleibt.

Autoritäres Regime

Notrecht, wie die Polizeigeneralklausel nach Artikel 185 der Verfassung allgemein genannt wird, müsste nach Lehre und Praxis zwei Bedingungen zwingend erfüllen: Dringlichkeit und Verhältnismässigkeit. Beide Voraussetzungen fehlen. Muss die Politik derart überstürzt handeln, dann hat sie zuvor die Situation falsch eingeschätzt, also versagt. Schon Mitte Januar wurde Covid-19 ausserhalb Chinas nachgewiesen; am 30. Januar warnte dann

die Weltgesundheitsorganisation WHO vor einem globalen Auftreten des Virus. Was tat der weise Bundesrat? Er unterliess vorsorgliche Planungen (Spitalkapazitäten, Masken etc.) und frühzeitige Reisebeschränkungen – und stürzte Mitte März mit willkürlichen und immer wieder geänderten Erlassen das Land ins Dauerchaos.

Die Debatte über die Frage, ob diese Notverordnungen angemessen seien oder ob es Alternativen gäbe, erübrigt sich. Es gibt in Zeiten des autoritären Vollmachtenregimes keine Instanz, die Zweck- und Verhältnismässigkeit obrigkeitlicher Befehle beurteilt. Es ist der Bundesrat, der eigenmächtig selbst erklärt, dass alles, was er befiehlt, «verhältnismässig» und richtig sei. Gleich verhält es sich mit der Frist: Wie lange der Ausnahmezustand dauert, setzt allein die Regierung fest. So absolut und selbstbezogen funktionieren Monarchen, Junta-Obristen und andere Diktatoren.

Im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, als der Bundesrat die demokratischen Rechte ebenfalls aussetzte und mit Notverordnungen agierte, kritisierte der unbeugsame liberale Staatsrechtler Zaccaria Giacometti die Berner Methoden vernehmlich als «kommissarische Diktatur». Ein anderer spottete, die Schweiz werde von «sieben Diktatoren und einem General» regiert. Aktualisiert lautet diese Formel: Die Bürger haben sieben Diktatoren und einem Arzt zu gehorchen.

Notrecht ist die wohlfeilste Art, zu regieren. Wer das Instrument in der Hand hält und damit über eine kaum beschränkte Polizeigewalt verfügt, braucht keine Argumente und kein Geschick. Und er darf gar mit breitem Applaus der zu vielen rechnen, die zur Fügsamkeit verkrümmt worden sind und unfrei die vermeintlich starke Führung anhimmeln. Selbst in scheinbar soliden Demokratien wächst so gefährlich der Glaube an die starke Führerschaft. Das freiheitliche und (selbst)verantwortungsvolle Denken erodiert.

Unterwerfung und Zäsur

Der Mechanismus dieser Unterwerfung ist ebenso perfid wie fatal. Der Staat tritt in der Doppelrolle von Vernichter und Wohltäter auf. Mit seinen Notverordnungen macht der Bundesrat Millionen von Menschen ärmer. Mit Dutzenden von Milliarden, die über Steuern

und Abgaben refinanziert werden müssen, verspricht er, die serbelnden Betriebe und armen Bürger aus den prekär gewordenen Verhältnissen zu erlösen, die er selbst verursacht hat. Das ist kein Nullsummenspiel, weder ökonomisch noch politisch, noch mental. Die Wohlfahrtsverluste sind enorm, aus hoffnungsvoll dynamischen Unternehmern werden über Nacht Staatsabhängige, und Mittelständler, die ihr Leben eigenverantwortlich fristen wollten und konnten, müssen bei den Sozialwerken anklopfen. Das Land hat sich tief gewandelt.

Die Repräsentanten der Sozialindustrie bejubeln bereits deren Wachstumschancen. Walter Schmid, als ehemaliger Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) ein führender Vertreter dieser Sparte, freute sich im Gespräch mit Radio SRF über die raschen «tektonischen Verschiebungen in der Sozialpolitik», die er sich so nicht hatte vorstellen können. Verstummt sei die kleinliche Kritik am Sozialstaat, der nun als unentbehrliche Infrastruktur geschätzt werde. Auch spektakulär gescheiterte Ideen wie das bedingungslose Grundeinkommen für alle müsse nun «im neuen Lichte betrachtet werden».

Noch grundsätzlicher bringt der linke deutsche Soziologe Heinz Bude in einem SRF-Interview die politische Abkehr von der individuellen Verantwortung auf den Punkt: «Es gibt ein neues Bewusstsein für die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft: Den Bürgerinnen und Bürgern ist klargeworden, dass in der Situation der Gefahr der Staat die entscheidende Handlungsinstanz ist, die den Schutz für alle gewährleisten kann.» Jetzt sei «die Akzeptanz da» für den Ausbau des Sozialstaats. Dies könne man politisch nutzen.

Die liberale und darum prosperierende Wirtschaft hat die aus Karl Marx' Schriften abgeleitete Verelendungstheorie endgültig widerlegt. Das dynamische Handeln des freien Menschen ist eine Erfolgsgeschichte und hat keine Zustände produziert, die Umstürze in sozialistische Regimes und Staatswirtschaft hätten begründen können. Was die linken Theoretiker und Revolutionspropheten nicht hatten herbeischreiben können, setzt der Bundesrat in der Praxis um. Per Staatsgewalt zwingt er die Bürger in die Misere, aus der er sie mit neuer Staatsmacht erretten will.

Auch wenn der Bundesrat irgendwann auf seine undemokratischen Vollmachten verzichten sollte: Die Folgen werden bleiben. Staatsrechtler Andreas Kley sieht die grösste Gefahr nicht im Missbrauch des Notrechts, sondern subtiler in der «Veränderung der Haltung von Regierung und Parlament», die sich «zunehmend an das Notrecht als Handlungsinstrument gewöhnen».

Das Corona-Notrechtsregime ist keine Episode, es ist eine staatspolitische Zäsur. Ein gewaltiger Etatismus-Schub hat eingesetzt.



Jürg Suter,
CEO Bettenfachgeschäft
Schlafwohl, Baar

«Mit dieser übervorsichtigen Exit-Strategie wurde viel Goodwill verspielt.

Unerklärlich, warum keine Nachkorrektur erfolgte und der Detailhandel nicht früher wieder öffnen darf. Es zählt jeder Tag.»

Grosszügige Laune der Natur

Von Peter Keller — Am Vierwaldstättersee begannen die Ursprünge der Eidgenossenschaft. Man kann sich fragen, ob sich diese grandiose Landschaft den passenden Mythos gesucht hat oder umgekehrt.

Er mochte die Nacht lieber als den Tag. Vielleicht lag es daran, dass seine Sinne auch so schon überreizt waren. 1881 weilte König Ludwig II. von Bayern für gut zwei sommerliche Wochen am Vierwaldstättersee. Mit dabei im Gepäck Schillers Drama «Wilhelm Tell» – und der junge, aufstrebende Schauspieler Josef Kainz. Ihn hatte der bayerische Monarch ausserkoren für die Rolle eines der drei Freiheitshelden, die auf dem Rütli den Schwur der Schwüre ablegten. Nun sollte sich Kainz also von den Originalschauplätzen für die geplante Neuinszenierung am Münchner Hoftheater befüßeln lassen.

Für 600 Franken mietete Ludwig II. das Dampfschiff «Waldstätter» samt Besatzung, nach heutiger Kaufkraft für rund 7000 Franken am Tag. Von Luzern aus steuerte der schwärmerisch veranlagte König und Freund der Künste, bekannt für seine märchenhaften Bauten wie das Schloss Neuschwanstein, den noblen Schwyzer Kurort Brunnen an, wo er sich in der Villa Gutenberg einquartierte. Die «Waldstätter» hatte mit geheizten Kesseln rund um die Uhr am Quai zu warten, bis Ludwig II. mit seiner Entourage nachts auftauchte und ablegen liess in Richtung der kleinen Wiese gegenüber, die den mythischen Schauplatz bildete für den Bund der alten Eidgenossen: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern [...]. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.»

Diese und andere Verse hatte Josef Kainz immer wieder unter dem Sternenhimmel vorzutragen, umrahmt von Alphörnern und Jagdhornklängen. Sein Publikum: ein für wenige Stunden berauschter, einsamer König, der «im heiligen Feuer für alles Hohe, Reine und Ideale» erglühte, wie er einmal an Richard Wagner schrieb – und sich dafür umso unglücklicher verstrickte in der realen Welt der Machtpolitik. Lieber hing er seinen nächtlichen Fantastereien nach; als junger König hegte er gar den Plan, die Rütliwiese zu kaufen und darauf ein Schloss zu errichten.

«Wie ein Traum», gesteht Ludwig später seinem jugendlichen Begleiter, «liegt unser Aufenthalt in der Schweiz hinter mir.» Die Kulisse für die exzentrische Reise des bayerischen Monarchen scheint tatsächlich eher einem künstlerischen Entwurf entsprungen zu sein als einer grosszügigen Laune der Natur. Wie freundliche Tentakel umarmt und umschlingt der Vierwaldstättersee die Berge, die ihn umsäumen. Die britische Königin Victoria, die 1868 von Luzern aus die Zentralschweiz bereiste, rühmte in

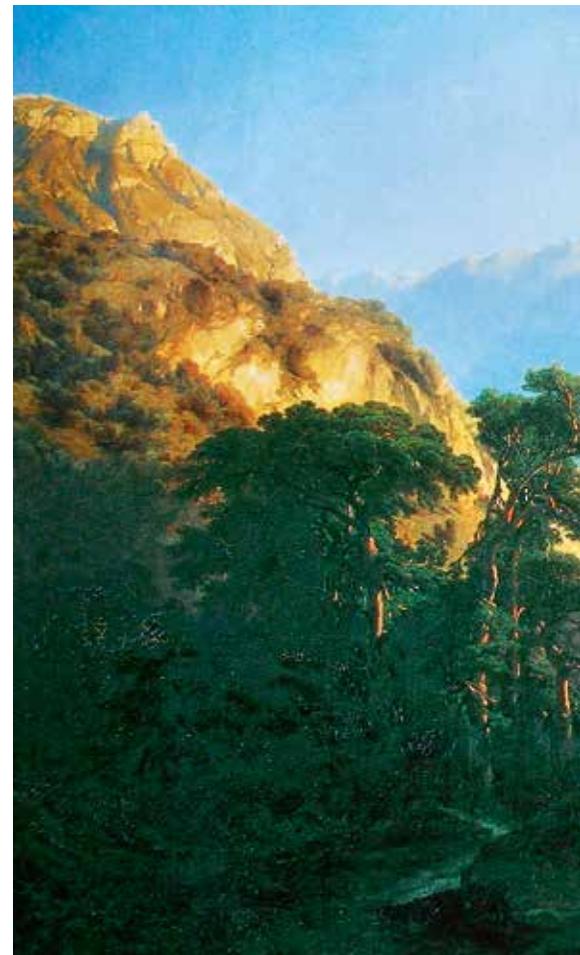
ihrem Tagebuch die «wunderbare Farbe» des Gewässers, die von Saphirblau bis Smaragdgrün variiere. Über dem See die «sonnigen Weiden», die «hohen Felsen», der Wald, die Berge, «hinter welchen noch höhere Eisgebirge ragen», wie Friedrich Schiller die Landschaft beschrieb, die er selber nie besucht hatte, aber durch sein dichterisches Porträt prägte.

Palmen und Feigenbäume

In der Regel begegnet der Besucher dem Vierwaldstättersee an seinem sanften, offenen Ende – in Luzern. Hier stehen am rechten Seeufer touristische Zeugen der Belle Epoque wie das Hotel «Palace». Gegenüber wartet die Dampfschiff-Flotte auf Gäste, dazwischen tummeln sich Schwäne und Pedalos. Aber eigentlich müsste die Reise am anderen Ende des Luzerner Sees beginnen, wie das 115 Kilometer lange und bis zu 214 Meter tiefe Gewässer im Mittelalter noch hiess. Der Vierwaldstättersee entspringt zwischen Furka und Oberalp, wo die Quellen der Reuss liegen. Diese pumpt bei Flüelen das Gebirgswasser zwischen die steil aufragenden Felsen ins schmale Seebecken.

Der Waadtländer Landschaftsmaler Alexandre Calame hat diesen fast unwirklichen, ersten Abschnitt des Vierwaldstättersees 1849 auf Leinwand gebannt. Menschenleer, die Seeoberfläche spiegelglatt, allein die feinen Wolken am Himmel verraten etwas Bewegung. Ganz am Horizont türmt sich der Uri-Rotstock auf. Rechts vorne sind Bäume zu sehen, die eher an südliche Pinien erinnern als an ein Alpengewächs. Aber die scheinbare Schroffheit der umliegenden Berge täuscht: Dank des häufigen Föhns wachsen an den geschützten Stellen des Urnersees Palmen und Feigenbäume.

Bis zur Eröffnung des Seelisbergtunnels war nur die rechte Seeseite mit einer Strasse erschlossen, und das auch erst seit den 1860er Jahren. Vorher mussten sämtliche Personen



Magie, die kein Massentourismus zu zerstören vermag:

und Güter, die über den Gotthardpass befördert werden sollten, auf Schiffe verladen werden. Trotz der zerklüfteten Landschaft und der politischen Kleinräumigkeit entwickelte sich rund um den Vierwaldstättersee ein Kulturraum gemeinsamer Prägung, wie das «Historische Lexikon der Schweiz» vermerkt: mit Genossenschaften, frühen Formen der demokratischen Beteiligung, sogenannten «Landsgemeinden», einer eigenständigen Rezeption der italienischen Renaissance und des Barocks und der Herausbildung einer starken katholischen Identität im Zuge der Gegenreformation.

Schöne Freiheitsgeschichte

Sein Name hat der See von den drei, später vier Waldstätten, die sich an seine Ufer schmiegen. Eine Fremd- und Selbstbezeichnung, wie sie etwa in den Waffenstillständen ab 1318 mit Österreich auftaucht: «die lantluite gemeinlich in dien waltsteten zu Uren, ze Switz und ze Underwalden». Hier beginnen die Ursprünge der Eidgenossenschaft, und man kann sich fragen, ob sich eine Landschaft den passenden Mythos gesucht hat oder umgekehrt eine dänische Wandersage mit einem heldenhaften Apfelschuss sich fast zwingend in dieser voralpinen Szenerie niederlassen musste. Egal. Genauso wenig sollte man sich die schöne Freiheitsgeschichte zerreden lassen von kleinerbsigen Zeitgeisthistorikern.



Martin Jucker, Gründer und Inhaber Jucker Farm, Seegräben

«Die Strategie soll nicht während der Krise geändert werden. Wir hoffen aber auf eine baldige Öffnung der Gastronomie. Die Umsatzeinbussen schmerzen. Als Bauern freut uns die hohe Nachfrage in den Hofläden.»



«Am Urnersee» von Alexandre Calame (1849).

Die Erbauer des Bundeshauses wussten schon, weshalb sie den Maler Charles Giron beauftragten, in einer Art Bühnenbild die Rütliwiese, den Vierwaldstättersee und dahinter den Talkessel von Schwyz mit den beiden Mythen im Nationalratssaal darzustellen. In der Vorstellung des Architekten Hans Wilhelm Auer sollten die zu vereidigenden Bundesräte den Rütli Schwur symbolhaft nachvollziehen. «Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.» Noch besser ist natürlich das Original, und man darf auch ganz unpolitisch die Stationen von Tell abreisen, wenn immer möglich auf einem der Raddampfer, und dann dem Schillerstein zuwinken, der silbrig-grau vor schattigen Felsen aus dem Wasser ragt.

Es würde eigentlich keine Corona-Zwangsferien in der Schweiz brauchen, um den Vierwaldstättersee zu bereisen. An der Promenade von Brunnen gibt es wunderbare, frei zugängliche Badestellen. Glücklicherweise ist, wer ein Plätzchen auf einem Boot ergattert und die versteckten Buchten abfahren kann. Man darf dabei auch eines dezenten Voyeurismus fröhnen. Während die herrschaftlichen Anwesen vom Land her zumeist blickdicht hinter hohen Mauern liegen, öffnen sie sich in Richtung See. Auf der Landzunge Hertenstein bei Weggis steht die Villa Senar, die sich der Komponist Sergei Rachmaninow in den Jahren 1931 bis 1933 im Bauhausstil erstellen liess. Seine dort

entstandene, eher wilde Rhapsodie über ein Thema von Paganini lässt sich allerdings nur schwer mit der idyllischen Umgebung in Verbindung bringen.

Man kann einen Mythos nicht herbeibefehlen. Niemand hat die Rigi in einem Katalog bestellt. Oder den Pilatus. Die Schönheit des Vierwaldstättersees lag da wie ein ausgepacktes Geschenk. Man musste es bloss erkennen und

etwas daraus machen. Die Briten brachten den Tourismus in die Schweiz, und ein paar gewitzte einheimische Pioniere bauten für die Gäste schicke Hotelpaläste und technische Wunderwerke: wie 1871 die erste Bergbahn Europas von Vitznau auf die Rigi; 1889 folgte die bis heute steilste Zahnradbahn der Welt von Alpnachstad auf den Pilatus. Natürlich trägt diese Bezähmung der Bergwelt auch eine Form der Entzauberung in sich. Andererseits zeigt sich gerade von dort oben die ungebrochene Magie dieses verschlungen-schönen Sees, die letztlich kein Massentourismus zu zerstören vermochte.

Von dieser Widersprüchlichkeit, die Mythen aushalten müssen, zeugt auch die letzte Anekdote. Der Schriftsteller und spätere Literaturnobelpreisträger Carl Spitteler, der sich mit seiner Familie in Luzern niedergelassen hatte, verfasste im Auftrag der Gotthardbahn-Gesellschaft einen Reiseführer zur Bahnfahrt in den Süden. Er sparte nicht mit schwungvollen Adjektiven, da geht es an den «villenbekränzten Hügeln» Luzerns vorbei zur Küssnachtbucht mit ihrem «derben Ultramarin», bei Brunnen erkennt er im See ein «wunderbares Schillern», einem Pfauenschweif vergleichbar. So dichtet und flötet Spitteler über 250 Seiten. Für sein Buch «Der Gotthard» kassierte er ein grosszügiges Vorabhonorar. In einem privaten Brief an seinen Freund Josef Viktor Widmann klingt es freilich anders: «Ich hasse im Grunde die Berge, weil sie kälten und [...] den Horizont verringern», schreibt Spitteler. Seine Lieblingsfantasie sei jetzt, «den Gotthard mit allen Alpen mit Dynamit in die Luft zu sprengen [...], damit wir italienische Luft direct bekämen».

Quelle zur Reise Ludwig II. in die Schweiz: Liebe und Leid am Rütli. Die Zeit, 10.12.1986

«Neugier und Freude altern nicht.»

Danilo Zweifel
Leiter Kundenbetreuung und
Beratung Pensionskassengeschäft
zum selbstbestimmten Leben

Epidemiologen, Virologen, Marxologen

Von Christoph Mörgeli

Zu Corona, Grippe und Wirtschaft äussert sich im *Sonntagsblick* der emeritierte Sozialhistoriker Jakob Tanner, seinerzeit Mitautor der Schrift «Krise: Zufall oder Folge des Kapitalismus – Eine Einführung aus marxistischer Sicht». Nach den Virologen und Epidemiologen melden sich jetzt auch noch die Marxologen. Ein Tanner-Doktorand beschreibt «Schädlinge» wie «Pilze, Viren und Bakterien» als «wissenschaftliches und politisches Konstrukt» sowie als «gesellschaftliches Dispositiv».

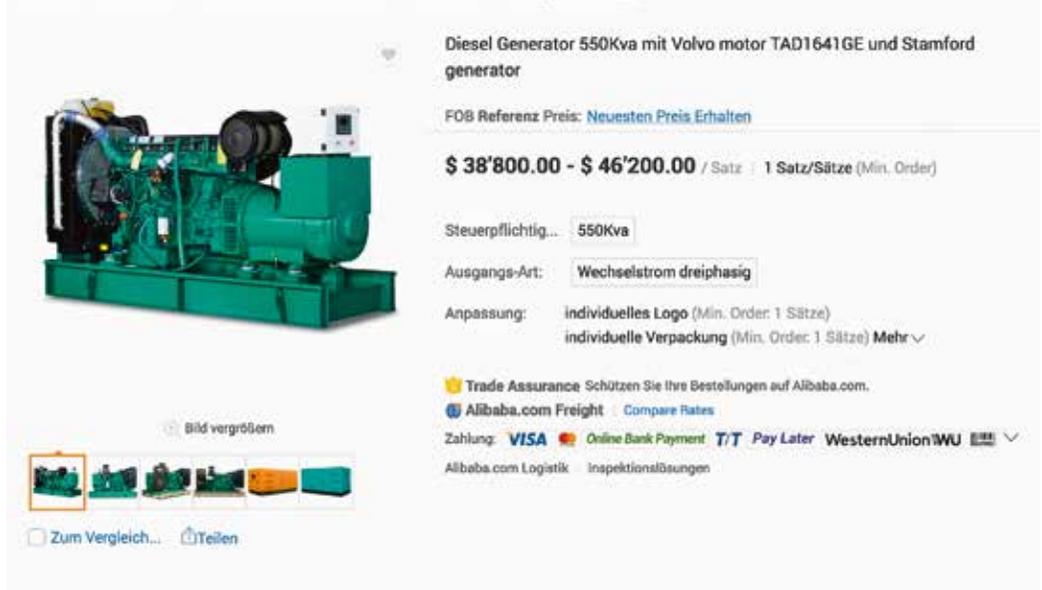
Je gelehrter, desto verkehrter. Die Corona-Krankheit ist weder wissenschaftliches oder politisches Konstrukt noch gesellschaftliches Dispositiv. Sondern leider eine real existierende, hochansteckende Viruserkrankung. Weiter befindet der pensionierte Universitätsprofessor Jakob Tanner: «Je länger der Lockdown, desto besser für die Wirtschaft.» Tanner hat zwar noch nie im Leben in der Wirtschaft gearbeitet, weiss aber ganz genau, «dass ein Lockdown selbst aus wirtschaftlicher Optik sinnvoll ist».

Der 69-jährige marxistische Universitätsprofessor verzehrt eine fette Rente und muss bis zum Lebensende keine materiellen Probleme befürchten. Als Mitglied der Bergier-Kommission steckte er 311 531 Steuerfranken ein, ohne zum 26-bändigen Bericht eine einzige Zeile beizutragen. Jetzt sagt der Staatspensionär Tanner den Hunderttausenden von Werktätigen, die um ihre Existenz kämpfen und deren Arbeitsplätze gerade vernichtet werden: Seid froh, wenn grosse Teile der Wirtschaft so lange wie möglich verboten sind, denn das stärkt die Wirtschaft.

Auch hat Professor Jakob Tanner herausgefunden, dass das Truppenaufgebot anlässlich des Generalstreiks von 1918 angesichts der herrschenden Grippepandemie «das Gegenteil des Versammlungsverbots und eine epidemiologisch bedenkliche Konzentration» gewesen sei. Die Versammlungen der linken Streikenden hingegen hätten «dazu beigetragen, dass die Ansteckungskurve ab Mitte November wieder abflachte». Das Grippevirus hat sich also bei den bösen Soldaten verbreitet, bei den lieben Demonstranten aber achtungsvoll zurückgezogen. In Wahrheit haben die Grippe-Infektionen schon seit Mitte Oktober 1918 – also schon einen Monat vor dem Generalstreik – ständig abgenommen. Das Beispiel von Jakob Tanner zeigt, wie ein marxistischer Professor aus seinen Vorurteilen eine Wissenschaft bastelt.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Startseite > Alle Branchen > Elektrische Geräte und Zubehör > Generatoren > Dieselsegeneratoren [Abonnieren Handel Alarm](#)



Diesel Generator 550Kva mit Volvo motor TAD1641GE und Stamford generator

FOB Referenz Preis: **Neuesten Preis Erhalten**

\$ 38'800.00 - \$ 46'200.00 / Satz 1 Satz/Sätze (Min. Order)

Steuerpflichtig... 550Kva

Ausgangs-Art: Wechselstrom dreiphasig

Anpassung: individuelles Logo (Min. Order: 1 Sätze)
individuelle Verpackung (Min. Order: 1 Sätze) Mehr ▾

Trade Assurance Schützen Sie Ihre Bestellungen auf Alibaba.com.

Alibaba.com Freight Compare Rates

Zahlung: VISA Online Bank Payment T/T Pay Later WesternUnionWU

Alibaba.com Logistik Inspektionslösungen

Bild vergrößern

Zum Vergleich... Teilen

Der Trost: Wir kommen oft spät, aber selten zu spät.

Bodenmann

Jetzt Notstrom-Aggregate aus China

Von Peter Bodenmann — Endlich sind die Masken-Maschinen da.
Wann rüstet das VBS die Schweiz mit chinesischen Generatoren aus?

Wir lernen jeden Tag viel Neues über das *W*cheibe Virus. Die Anzeichen verdichten sich, dass es so etwas wie Hintergrund-Immunität gibt: Wer aufgrund eines Coronavirus eine Erkältung eingefangen hat, ist absehbar gegen Covid-19 immun. Und somit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Professor Martin Bachmann vom Inselspital mit seinem Totimpfstoff auf dem richtigen Weg ist. Dies auch aufgrund von Tests mit vergleichbaren Impfstoffen und Rhesusaffen in China.

In der Schweiz werden pro Tag immer weniger Menschen neu infiziert. Der Übergang zur Rückverfolgung der einzelnen Fälle durch die Kantonsärzte steht vor der Tür. Dann wird sich auch die Frage klären lassen: Bringen Masken etwas, oder schaden sie mehr? Masken für alle sind absehbar nicht matchentscheidend, und vermutlich schaden sie mehr.

Trotzdem atmet die Schweiz auf. Denn ausgerechnet aus China treffen jetzt in Kloten Maschinen ein, mit denen man sowohl einfache Wegwerf-Schutzmasken wie auch FFP2-Masken produzieren kann. So schlecht scheinen die chinesischen Maschinenbauer nicht zu sein.

Man hätte diese Maschinen früher und somit zum halben Preis kaufen können. Wenn denn das System Schweiz antizipieren könnte. Der Trost: Wir kommen oft spät, aber selten zu spät. Lernen Gesellschaften aus gemachten Fehlern?

Eine der grösseren Gefahren für die Schweiz ist ein mehrere Wochen dauernder Blackout

des Stromnetzes. Aus welchen Gründen auch immer. Die Lösung ist einfach: Jedes halbwegs funktionierende Spital verfügt über eine Notstromanlage. Alle Beatmungsgeräte funktionieren bei Stromausfall störungsfrei weiter.

In der Nähe jedes 16-kV-Transformators müssten wir umgehend einen kleinen Notstromgenerator einbauen, damit man jede Grossüberbauung und jedes Mini-Quartier frequenzgesteuert jederzeit autonom versorgen kann. Verglichen mit Maskenmaschinen, sind Stromgeneratoren Otto-Normalverbraucher-Maschinen. Die Chinesen bieten ihre Produkte auf Alibaba an.

Die Armee hat zu schnell zu viele Soldaten angeboten. Kann passieren. Anstatt neue, unnütze Kampfflugzeuge zu beschaffen, müsste die Armee flächendeckend Notstrom-Aggregate finanzieren. Subito und nicht erst, wenn ein Blackout alle Lichter gelöscht hat. Der Bundesrat müsste besser heute als morgen ein Beratergremium unter dem Vorsitz von Silvio Borner schaffen, das ihn bei der Umsetzung unterstützt.

Nachfrage: Könnte man diese Generatoren nicht auch in der Schweiz produzieren? Logo, aber wir produzieren lieber Pillen und Luxusuhren. Leider.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Warten auf Herdenimmunität

Von Kurt W. Zimmermann — Unsere Journalisten sind im Höhenrausch. Plötzlich wird gelesen, was sie schreiben.

In diesen Tagen wundern sich selbst erfahrene Chefredaktoren über den Wandel in ihrem Beruf.

Patrik Müller etwa, der oberste Chefredaktor der CH-Media-Gruppe, zu der Blätter wie *Aargauer Zeitung*, *Luzerner Zeitung* und *St. Galler Tagblatt* gehören, beschrieb seine Verwunderung so: «Journalismus hat an Bedeutung gewonnen.»

Kollege Arthur Rutishauser, der oberste Chefredaktor der TX Group, zu der Blätter wie *Tages-Anzeiger*, *Berner Zeitung* und *Basler Zeitung* gehören, beschrieb seine Verwunderung so: «Zeitungsartikel lösen ein enormes Echo aus.»

Journalismus ist bedeutend. Zeitungsartikel werden gelesen.

Es sind dies zwei Erfahrungen, die heutige Journalisten zuvor kaum je machen konnten. Seit Mitte der neunziger Jahre erlebten sie den Niedergang ihrer Branche. Die Leser nahmen in Scharen Reissaus, und die sinkenden Erträge trieben viele Blätter ins Defizit. Und das Vertrauen in den Journalistenberuf erreichte inzwischen einen Tiefstwert, der in der Nähe des Wertes von Versicherungsvertretern liegt.

Und jetzt das. Durch Corona gewannen die Zeitungen, von *NZZ* bis *Blick*, Millionen an zusätzlichen Nutzern und verkauften Tausende von neuen Abonnements. Und, noch schöner, selbst das lädierte Berufsbild wurde poliert. Man ist wieder wer, man ist jetzt «systemrelevant».

Die Frage dabei ist: Hat die unerwartete Erweckung des moribunden Gewerbes auch zu einem neueren Journalismus geführt?

Tatsächlich hat Corona den Journalismus verändert, in einem Punkt zum Guten, in einem Punkt zum Schlechten.

Zum Guten entwickelte sich der Themenzugang. Auffallend an Corona war die Rückkehr eines Genres, das fast vergessen schien. Es war die Rückkehr des Informationsjournalismus.

In den letzten Jahren war der reine Transport von Information in den Medien kaum noch attraktiv. Fakten waren eher zweitrangig. Viel reizvoller war die personalisierte und moralisierende Skandalisierung der News.

Diesmal war es anders. Die Mehrheit der Journalisten besann sich auf die frühere Tugend der Faktenvermittlung zurück, sie produzierten Information statt Interpretation, angereichert mit Grafiken und Datenreihen. Sie lieferten zur Pandemie eine Faktendichte und Faktenfülle ab, die ungewohnt war. Diese neue Sachbezogenheit war konträr zu den oft inhaltsarmen, aber ideologisch aufge-



Gewinn für die Zukunft: CH-Media-Chef Müller.

ladenen Nachrichtenzugriffen, die von EU bis Klimaerwärmung zuvor der Normalfall waren.

Zum Schlechten hingegen entwickelte sich die Debattenkultur. In den letzten Wochen taten Redaktionen sehr wenig, um den alten Vorwurf der Mainstream-Medien zu widerlegen. Erst verspotteten sie kollektiv die frühen Corona-Warner im Parlament, dann machten sie wie die Lemminge rechtsumkehrt und wurden zu strammen Regierungssprechern, denen kein Shutdown hart genug sein konnte, dann schwenkten sie als Herde auf eine sanfte Lockerung des Ausnahmezustands ein, und demnächst werden sie im Chor die Rückschläge der Corona-Strategie kritisieren, die unausweichlich kommen werden.

Corona war nahe am Rudeljournalismus. Abweichende, weil wirtschaftsnahe Stimmen zum Notregime, etwa in *NZZ* und *Weltwoche*, waren für die regierungstreue Branche keine diskursive Bereicherung, sondern eher eine Beleidigung.

Über alles gesehen, hat Corona den Journalismus dennoch verbessert. Das Virus hat ihn faktischer und informativer gemacht. Die Leser schätzten das. Wenn es so bleibt, ist das ein Gewinn für die Zukunft.

Was es nun noch braucht, ist eine Herdenimmunität der Journalisten. Das ist Immunität gegen die eigene Herde.

Nein, danke!

Von Henryk M. Broder — Lieber Torte als Trockenbrot.

Plötzlich wünschen sich alle die Entschleunigung, weg von der Hektik des Alltags, hin zum entschleunigten Leben ohne Aktions- und Konsumzwang. Corona, so kann man es derzeit überall



hören und lesen, habe auch gute Seiten, Familien würden zusammenrücken – manche sogar zu viert oder fünft auf sechzig Quadratmetern, die Leute würden sich gegenseitig helfen und Rücksicht aufeinander nehmen, die Jungen sich um die Alten kümmern und die Satten den Hungrigen beistehen. «Not macht erfindisch», ist die Losung des Tages. Deswegen schneiden sich jetzt viele die Haare selbst, und wenn es sich um «Promis» wie Carmen und Robert Geiss handelt, dann ist auch das Fernsehen dabei. Ein Gastronom, der sein Lokal wegen der Corona-Regeln schliessen musste, sagt: «Bei all dem Schlechten, das gerade über uns hereinbricht, finde ich es herrlich, was daraus entstehen kann.» Zuletzt habe er sich gemeinsam mit seiner Partnerin auf der Couch ein Konzert «per Internet-Stream angesehen». Ein Tennisprofi, der derzeit nicht spielen kann, sagt, er habe «kein Problem mit der Situation». Und «irgendwie genieße» er «die Zeit jetzt, weil man ja weiss, dass man nichts verpasst».

Nun kann ich mich, anders als etliche meiner Zeitgenossen, noch gut an die Zeit vor Corona erinnern, als man die Wahl hatte, in einem Café Zeitung zu lesen oder in einem Supermarkt einzukaufen, ohne auf Abstandsregeln achten zu müssen. Das ist erst ein paar Wochen her, aber viele haben es schon vergessen und singen das Hohelied auf eine «neue Normalität», die «kreative Kräfte» freisetzen würde. Ich kann mich auch an ein Buch erinnern, das vor zwanzig Jahren in einem deutschen Verlag erschienen ist: «Ich sterbe vor Hunger!» Kochrezepte aus dem Konzentrationslager Ravensbrück», voller Ideen für einen kreativen Umgang mit Kartoffelschalen und anderem Abfall. Wer wollte, konnte schon immer «entschleunigt» leben, niemand wurde gezwungen, übers Wochenende nach Saigon zu fliegen oder eine Kreuzfahrt in der Karibik zu buchen. Bornholm war auch okay. Man musste nicht in Lokalen tafeln, in denen ein «feines Prosecco-Süppchen» auf der Speisekarte stand. Die Freunde der «Entschleunigung» sollen meinetwegen Brot essen, wenn der Kuchen alle ist. Ich bleibe bei der Esterhazy-Torte.



Thiel

Posteingang

Von *Andreas Thiel*

Sommaruga: Ein Papeterist fragt, ob mit der Covid-19-Verordnung 2 die Epidemie verhindert, reduziert oder bloss verlangsamt werden soll.

Berset: Er soll die Verordnung lesen.

Sommaruga: Dort steht offenbar mal das eine und mal das andere. Er fragt weiter, weshalb er nach dieser Verordnung zwar «Radiergummis» und «Büroklammern», aber keine «Globen» und «Taschenrechner» verkaufen dürfe. Ob wir befürchteten, jemand könnte nachschauen, wo Wuhan liege, oder nachrechnen und herausfinden, dass wir mit völlig falschen Zahlen operierten.

Berset: In den Aktenvernichter.

Sommaruga: Der ist kaputt, seit du an der Feier zur Ausrufung des Notstands die Verfassung geschreddert hast. Und jetzt fragt der Fussball-Hooligan-Klub Muttenz, ob mit den Grundrechten des Bürgers auch das Gewaltmonopol des Staats aufgehoben sei.

Berset: Sie sollen einen Staatsrechtler fragen.

Sommaruga: Hier fragt ein Staatsrechtler, ob er schon mal eine neue Verfassung verfassen solle und in welches Gefängnis wir dann am liebsten ...

Berset: Gibt es keine positiven Reaktionen?

Sommaruga: Christian Levrat gratuliert zur nachhaltigen Zerschlagung der freien Marktwirtschaft und lobt im Speziellen die Idee mit der Plünderung der ALV. Er bittet uns aber, seinen Lohn als Berufspolitiker sicherzustellen.

Berset: Weshalb sollte sein Lohn nicht sicher sein? Ich habe es in meinem Leben als Berufspolitiker noch nie erlebt, dass mein Lohn nicht kam. Aber wo sind unsere Bundesratskollegen?
Sommaruga: Schau zum Fenster hinaus. Jemand hat mit Kreide grosse Pfeile auf den Bundesplatz gemalt, die im Kreis rumführen. Viola, Guy und Karin folgen diesen nun schon seit 45 Minuten.

Berset: Was ist sonst noch in der Post?

Sommaruga: Die Armbrustschiesvereine Uri, Schwyz und Nidwalden laden uns zur Besichtigung der Hohlen Gasse ein.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Leserbriefe

«Es sind doch Allmachtsfantasien, zu glauben, durch Ausgangssperren lasse sich das Problem lösen.» *Frederik Briner*

Verstand und Glaube

Nr. 17 – «Der ungläubige Papst»; Peter Keller über Papst Franziskus

Papst Franziskus muss seinen Stuhl Petri nicht räumen, nur weil er sich an die Corona-Abstandsregeln hält. Auch die Schweizer Bischofskonferenz macht es richtig, wenn sie dazu aufruft, die Anordnungen von Bund und Staat strikte zu befolgen. Die Kirchen sind gut beraten, in dieser Zeit nicht auszuscheren und ihr eigenes Süsschen zu kochen. Verstand und Glaube schliessen sich nicht aus.

Deborah Ess, Zürich

Kapitäne ohne Matrosenlizenz

Nr. 17 – «Der Spuk muss ein Ende haben»; Editorial von Roger Köppel

Stoppt den Wahnsinn, nämlich die Beurteilung der Realität unter dem Einfluss von Ängsten! Der Bundesrat liess sich von Experten und Beamten mit Tunnelblick beraten, welche die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen ausblendeten und die sich mehr und mehr in Widersprüche verstrickten. Die Stärke unseres freiheitlichen Landes liegt darin, dass nicht der Staat, sondern der einzelne Bürger darüber befinden kann, welche Chancen er nutzen und welche Risiken er selber tragen will. *Heinz Kyburz, Meilen*

Was macht der Kapitän eines Kriegsschiffes, wenn sein Schiff von einem Torpedo getroffen wird: alle Schotten dicht! Danach folgt eine Analyse, in welchem Schiffsteil diese wieder geöffnet werden können. So einfach ist das. Bei uns wurde nicht einmal bei den Einfallsstörern im Tessin und in der Westschweiz dieses einfache Prinzip angewendet. Aber wen wundert das in Anbetracht unserer Kapitäne in Bern ohne Matrosenlizenz?

Peter Bosshard, Dübendorf

Ich brauche weder Bundes- noch Regierungsräte, die denken, ich könne mich anstecken im Töffhelm, im eigenen Auto, auf dem einsamen Waldspaziergang oder beim Kauf von Blumen. Als Erwachsener halte ich den Sicherheitsabstand ein, trage eine Maske, wo es Sinn macht, kämpfe gegen Muskelschwund, Depression und Vereinsamung. Es sind doch Allmachtsfantasien, zu glauben, durch Ausgangssperren lasse sich das Problem lösen. Singapur hat es mit Tests und Vorsichtsmassnahmen besser gemacht und dem Virus den Schrecken genommen.

Frederik Briner, Windisch



«Betet um Einsicht, Geschick und Klugheit.»

Freudige Gewissheit

Nr. 16 – «Und seid ihr nicht willig»; Kommentar von Peter Keller

Alte Menschen waren zu allen Zeiten nur Ballast für die junge Generation. Aber wir Alten haben eine freudige Gewissheit: Gemessen an der Weltenzeit, wird es kaum einen Wimpernschlag dauern, bis diese Jungen auch so alt sind wie wir jetzt. Sie werden staunen, wie schnell das alles gegangen ist! *Hannes Gasser, Zollikofen*

Es ist eine Tragödie. Durch das Wegsterben alter Menschen und den Verlust von deren Weisheit gehen uns die Säulen der Gesellschaft verloren. *Hans Staub, Lyss*

Politische Ohnmacht

Nr. 16 – «Seidenfadedünn»; Editorial von Roger Köppel

Blinde Willkür, die auf politische Ohnmacht hinweist. Gezieltes Krisenmanagement sieht anders aus! Es ist anzunehmen, dass die Folgen erst die wirkliche Krise einleiten werden. *Alexander Maresca, Dornach*

Erstaunlich, wie unterschiedlich ein Virus wirken kann. Bei einigen löst es eine Grippe aus, bei Politikern und Beamten eine Psychose. *Roberto Annaheim, Aarau*

Betet zu unserem Landesvater, Bruder Klaus, um Einsicht, Geschick und Klugheit, und betet dafür, dass unsere Politiker ihren Eid auf

die Verfassung und die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen und höher einschätzen als Eigeninteresse und Machtpolitik.

Michael Zimmermann, Heiligkreuz

Dankbarkeit lernen

Nr. 16 – «Hurra, hurra, die Schule pennt»;
Kommentar von Christoph Mörgeli

Mich beschäftigt die Tatsache, dass Unterricht auch zu Hause stattfinden soll. Wo lernen die Kinder ihre Schuhe binden? Wo lernen sie Dankbarkeit? Wo lernen sie, dass es Liebe in Form von Zuwendung und Einanderhelfen gibt? Ein Kinderpsychiater sagte einmal, Lesen, Schreiben und Rechnen sind nur wichtig, wenn sie dazu dienen, unsere Kinder menschlicher werden zu lassen. *Monika Beer, Fischenthal*

Würdig einer Diktatur

Nr. 16 – «Showdown in der Arztpraxis»;
Alex Baur zum Fall um Thomas Binder

Als ich über den Vorfall gelesen habe, dachte ich: Fake News. Offenbar nicht. Dass man jemanden unter dem Vorwand einer ausserordentlichen Situation auf diese Art und Weise kaltstellt: Gestapo und KGB lassen grüssen. Die Verantwortlichen müssten für den Rest ihres Lebens von jeder politischen Aktivität ausgeschlossen bleiben. Das Gleiche gilt für die Justiz-Verantwortlichen. Die Gesellschaft muss vor solchen Leuten geschützt werden.

Milos Mancal, Männedorf

Die Geschehnisse sind filmreif und würdig einer Diktatur. Auf die politische Korrektheit, besser gesagt, die gelenkte Heuchelei, folgt der kollektive, rot-grün angehauchte Meinungsterror. Doktoriert auf dem Gebiet der Immunologie und der Virologie, als praktizierender Kardiologe weiss Thomas Binder, wovon er spricht, wenn er behauptet, dass die 5G-Strahlung gefährlicher sei als das Virus.

Christian Walther, Dornach

Schlag ins Gesicht

Nr. 16 – «Schweizerische Rundfunk-Gier»;
Kurt W. Zimmermann über die SRG

Allein dieser Artikel ist mir schon das Jahresabonnement wert, denn kein anderes Medium hat es gewagt, diesen eklatanten Misstand bei der SRG derart deutlich an den Pranger zu stellen. Der geplante Griff der SRG in den Topf für Bedürftige ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten! Ein herber Schlag ins Gesicht all jener Zwangsgebühren zahlenden Selbständigerwerbenden, die keinen Franken Staatshilfe erhalten. Fehlt nur noch, dass sich die masslose SRG bei ihrer Glückskette gleich selbst zuoberst auf die Liste setzt, wenn es um die Verteilung der gesammelten Gelder geht.

Nicolas W. Oetterli, Horgen



**Christoph J. Ehrbar,
Verwaltungsratspräsident
Hess Group, Liebefeld**

«Das Land muss den neuen
Gegebenheiten angepasst
geöffnet werden und

die Wirtschaft wieder in die Hände
der Unternehmer und Firmen gehen – ohne
neue Steuern! Direkte Demokratie und
Freiheit muss jetzt wieder gelebt werden!»

Ökonomische Lehren

Nr. 16 – «Ganz legaler Raubzug»;
Beat Gygi über Notkredite

«Die gesunden Staatsfinanzen ermöglichen den notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielraum.» Mit dieser Aussage outen sich Ökonomen der Zürcher Hochschulen mit der Ideologie eines umfassenden Marxismus mit «Caritas-Ausprägung». Eine Ideologie, die die Freiheit des Menschen durch absurde Moral ersetzt, indem sie nicht nur Firmen, sondern auch Bürger der absoluten Beamtenmacht unterstellen will, darf keine Wissenschaft sein. Es ist zu beobachten, dass die Mehrheit der «Geldgeschenke» des Bundes und der Schweizerischen Nationalbank entweder wieder in die Finanzmärkte verschwinden oder falsch eingesetzt werden, nämlich bei der Verhinderung von notwendigen, strukturellen Rationalisierungen. Zombie-Firmen und -Selbständige dürfen nicht die Zukunft der ökonomischen Lehre sein. *Luis Frei, Bubikon*

Unser Gewerbe hat es hart getroffen, denn eigentlich beginnen die Märkte und Chilbis bereits im Frühjahr. Die Schausteller und Marktfahrer sind alle mit Herzblut tätig, und wir kennen kein Pensionsalter. Vom Bund gibt

es nicht die erhoffte Hilfe, denn wenn man über 65 Jahre alt ist, gibt es keine Unterstützung mehr. Die meisten haben nur die AHV, denn die Vorsorge wurde vielfach in den Betrieb gesteckt. Den Jungen geht es nicht besser. Wie soll man in unserem Gewerbe noch existieren können, wenn die Chilbi nicht weitergeführt werden kann? Ich vermisse die leuchtenden Augen der Kinder und der Erwachsenen.

Esther Howald, IG Chilbi und Märkte

Immenser Schaden

Nr. 16 – «L'Etat, c'est moi»; Erik Ebnetter über
das Krisenmanagement des Bundesrats

Dass mit den tiefgreifenden Massnahmen die Wirtschaft immensen Schaden erleidet, zeigt mir ein orientierungsloses und konzeptloses Vorgehen der Schweizer Regierung. Andere Regierungen (Schweden) haben aus meiner Sicht differenzierter gegen die Ausbreitung des Coronavirus gehandelt. *Roland Grigioni, Chur*

Die Begründung für die Verlängerung des Shutdowns liegt auf der Hand: Es fehlt seit Ausbruch der Pandemie an Schutzmaterial, vor allem Masken, Schutzkleidern und Desinfektionsmitteln. Weil die Lieferungen erst gegen Ende April erfolgen werden, was der Bundesrat natürlich wusste, hat er den Shutdown bis zu diesem Zeitpunkt verschoben.

Ronald Wild, Zollikon

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Über nicht publizierte Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Was können KMU von Banken erwarten?

Ab Montag, 6. April, täglich um 17.35 Uhr auf



und ab Montag, 13. April,
täglich um 17.25 Uhr auf

TELE Z

und unter:

www.fokus-kmu.tv

Weltwunder aus Basel

Die Pandemie macht die Bedeutung der Schweizer Pharma-Industrie spürbar. Was die beiden Weltmeister aus Basel leisten, ist bemerkenswert. Besonders viele Augen sind nach den Lobeshymnen aus dem Weissen Haus auf Roche gerichtet. Wir haben mit VR-Präsident Christoph Franz darüber gesprochen. *Von Roger Köppel*

In Seuchenzeiten kommt die Wirklichkeit ans Licht. Das Unwichtige wird noch unwichtiger, das Grundsätzliche, das Wesentliche tritt hervor. Zum Beispiel das Weltwunder der schweizerischen Pharma-Industrie.

Man kann es gar nicht oft genug betonen. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze. Den Reichtum kann man hier nicht einfach aus der Erde pumpen. Man muss ihn selber herstellen. Und Not und Mangel machen bekanntlich erfinderisch.

Dies ist in Kurzform die Geschichte der Basler Chemie- und Pharma-Industrie. Weil es am Rheinknie ausser Wasser keine natürlichen Ressourcen gibt, haben Chemiker und Tüftler neuartige, künstliche Rohstoffe erfunden, erfinden müssen, Pülverchen und Substanzen zusammengemixt, arrangiert aus den Elementen dieses Planeten.

«Grossartige Firma»

Das Resultat sind zwei Pharma-Milliardengiganten, die beide seit Jahrzehnten aus der mittelgrossen Schweizer Traditionsstadt heraus die Welt nicht nur erobert haben, sondern zu einem besseren und gesünderen Ort machen, Jahr für Jahr, Novartis und Roche. Nach unerwarteten Jubelhymnen aus dem Weissen Haus sind besonders viele Augen jetzt auf Roche gerichtet.

Unerwartet ist der Jubel deshalb, weil amerikanische Präsidenten eigentlich nie ausländische Firmen loben und schon gar nicht schweizerische, wie wir seit der Finanzkrise wissen.

US-Präsident Donald Trump allerdings, dieses stabile Genie des Unkonventionellen, rühmte den Konzern kürzlich in höchsten Tönen als «grossartige Firma». Sie mache einen «unglaublichen Job». Man dürfe hoffen, ergänzte der mächtigste Mann der Welt, dass dank den Corona-Tests von Roche die Pandemie wirksamer eingedämmt und ein schnellerer Ausweg aus dem Shutdown gefunden werde.

Über «Zoom» erreichen wir Christoph Franz, den Verwaltungsratspräsidenten dieses objektiv fantastischen Schweizer Unternehmens mit seinem Jahresumsatz von 61 Milliarden Franken bald in der Höhe des schweizerischen Staatsbudgets. Der 59-jährige deutsch-schweizerische Doppelbürger, Vater von fünf Kindern, hat den Industrieolymp dank seinen Leistungen als Chef der

Swiss und der Lufthansa erklimmen. Seit März 2014 leitet er mit Erfolg und glücklicher Hand die Geschicke des Basler Pharma-Riesen.

Heute erfinden, was man morgen braucht

Die Pandemie erlebt er im Home-Office als «intensiven» Ausnahmezustand: «Enorm wach, hoher Adrenalinpegel, hirnzermarternde Nächte.» Noch nie habe er sich persönlich und zeitlich derart für die Firma engagiert. Man spüre es intuitiv: «Jetzt kommt's darauf an.» Roche verwirkliche in diesen Wochen gerade das Leitmotiv des Unternehmens: «Doing now what patients need next». Heute muss erfunden werden, was die Patienten morgen brauchen.

Er habe den Corona-Tsunami kommen sehen, erzählt der studierte Wirtschaftsingenieur. Doch Form und Ausmass hätten ihn Bescheidenheit gelehrt. Laufend mussten Erkenntnisse korrigiert werden. Es brauche

Es brauche jetzt den Mut, mit «grösseren Schritten» aus dem Stillstand auszusteigen.

Flexibilität im Denken. Und so richtig die Massnahmen der Regierungen beim Shutdown gewesen seien, so wichtig sei jetzt der Mut, die harte Medizin wieder abzusetzen: «Sonst wird sie immer giftiger für die Wirtschaft und für die Gesellschaft insgesamt.»

Noch rätseln die Experten, wie schlimm die Krankheit wirklich sei. Franz warnt davor, Covid-19 zu unterschätzen. Er habe sich die Lungenbilder auch jüngerer Patienten in den Spitälern angeschaut. Langzeitschäden seien da zum Teil schon absehbar.

Schlimmer als die Grippe

Seine eigene Meinung bilde er sich durch Zugang zu hervorragenden Quellen der Wissenschaft: «Ich halte es für eine sehr gravierende Pandemie.» Vor allem die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Erregers bedrücke ihn wie auch dessen Unberechenbarkeit. Solange man nicht wisse, warum die einen fast nichts spüren und die anderen schwerste Verläufe haben bis zum Tod, sei enorme Vorsicht geboten. Covid-19 sei «schlimmer und weniger beherrschbar als eine saisonale Grippe».

Grosse Anerkennung zollt der Roche-Präsident dem schweizerischen Gesundheits-

wesen. Trotz den hohen Infektionsraten seien die Spitäler nicht an ihre Grenzen gestossen, während sie in anderen Staaten kollabierten. Die «Hochleistungsfähigkeit» der Ärzte und Pfleger sei beeindruckend, «und was uns hier vor Schlimmerem bewahrt und beschützt hat, kann uns Mut machen auf dem Weg in die Zukunft».

Mehr Mut beim Ausstieg

Wir streifen die Massnahmen des Bundesrats. Franz denkt liberal. Sein Herz schlägt auch für die mittelständischen Unternehmen. Die Rettungspakete des Bundes findet er richtig, falsch hingegen wäre nun eine «staatliche Generalgarantie für alle». Das sei nicht finanzierbar. Es brauche jetzt den Mut, mit «grösseren Schritten» aus dem wirtschaftlichen Stillstand auszusteigen.

Franz formuliert es diplomatischer, aber seine Argumentation geht in die gleiche Richtung wie die von Swatch-Chef Nick Hayek, der dem Bundesrat in einem aufsehen erregenden *Blick*-Interview «Ängstlichkeit» vorgeworfen hat. Franz: «Nicht radikal öffnen, aber wir müssen aus diesem Shutdown mit einer gewissen Geschwindigkeit herausfinden. Mit jedem weiteren Tag ohne Öffnung kommen zahlreiche Unternehmen näher ans wirtschaftliche Aus.»

Noch nie in seinem Berufsleben habe er die existenzielle Dimension der eigenen Dienstleistung stärker erlebt. Vielen sei gar nicht bewusst gewesen, dass es bei Roche neben der pharmazeutischen Sparte noch eine Sparte Diagnostik gebe. Inzwischen ist das «Testen» in aller Munde. Tests werden in den Medien gleichsam als antivirale Wunderwaffe gepriesen. Zu Recht?

Weltmeister der Diagnostik

Mit berechtigtem Stolz blättert Franz durch die Fakten. Roche gehört zu den Weltmeistern der Krankheitsdiagnostik. Jeder Erdenbürger werde im Durchschnitt pro Jahr dreimal auf Roche-Geräten getestet. «Das ist», sagt Franz, «ein unglaublicher Beitrag an das weltweite Gesundheitswesen.»

Es waren auch die Basler, die während der Corona-Pandemie als Erste einen molekularen Hochleistungstest auf den Markt brachten. Jetzt sind sie dabei, einen «erstklassigen Antikörpertest» zu lancieren. Was sogar das Weisse Haus erfreute. Dank Roche werden wir wissen, wer die Infektion schon hinter



«Meine Frau endlich wiederzusehen, ist mein grösster Lichtblick»: Roche-Präsident Franz.

sich hat und ob bereits Infizierte noch ansteckend sind. Bald werde Roche in der Lage sein, mehrere zehn Millionen, bald mehr als Hundert Millionen solcher Tests pro Monat zu produzieren, sagt Franz. Ein kleines Wunder der Geschwindigkeit auch dies.

Auch bei den Medikamenten vorne

Wann werden wir Medikamente, allenfalls Impfstoffe gegen Covid-19 haben? Die Vorzeichen sind günstig. Roche war weltweit führend bei der Erforschung der Vogelgrippe 2005 und der Schweinegrippe 2009, Stichwort «Tamiflu». Es gebe zunehmend Hinweise, dass das Arthritis-Medikament Actemra bei Patienten mit schweren Covid-19-Lungenentzündungen eine positive Wirkung zeige, erklärt Franz. Klinische Studien laufen noch. Bis Mitte Jahr rechnet der Roche-Präsident mit den Ergebnissen.

Länger dauert die Entwicklung eines Impfstoffes. Franz dämpft übertriebene Erwartungen, doch auch hier gibt es Lichtblicke. Normalerweise braucht es Jahre, aber die Industrie arbeitet mit Hochdruck. Es sei denkbar, so Franz, dass man in achtzehn Monaten eine Impfung habe. Schnellere Resultate zu fordern, sei weltfremd. Einen Impfstoff gebe man ja nicht hundert Kranken, sondern acht Milliarden Gesunden. Das Risiko von Nebenwirkungen sei sorgfältig zu eliminieren.

Trumps Wertschätzung

Die Zeit drängt, der Vielbeschäftigte trägt die Verantwortung für 94 000 Mitarbeiter. Hat ihn das Trump-Lob erfreut, gab es sogar Kontakte zum Weissen Haus? Nein, er habe den Präsidenten noch nie getroffen, sagt Franz, aber «das, was er geäußert hat, diese Wertschätzung hat mich enorm gefreut, vor allem für all meine Kolleginnen und Kollegen, die 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche durchgearbeitet haben, um neue Tests zu entwickeln und neue Produktionslinien für Medikamente aufzugleisen».

Kann eine Firma wie Roche die Reise Flughöhe überhaupt halten? Wie sichert man als VR-Präsident, zudem branchenfremd, den stratosphärischen Erfolg? Franz zögert keine Sekunde: «Es braucht eine Kultur, die die Mitarbeiter zu immer neuen Innovationen anspricht.» In der pharmazeutischen Industrie sei der langfristige Erfolg davon abhängig, dass man die alten Erfindungen stets durch neue ersetze. Roche gebe den Mitarbeitern den Freiraum, sich zu entfalten. Deshalb gelinge es bis heute, die weltweit grössten Talente für die Firma zu begeistern.

Als Präsident müsse er einen hervorragenden Verwaltungsrat zusammenstellen und zusammenhalten. Gleichzeitig sei es sehr wichtig, die Eigentümerfamilie, die bei Roche nach wie vor die Mehrheit habe, «in ihrer Loyalität und in ihrer emotionalen Unter-

stützung zu bestärken», damit die Erfolgskultur eine langfristige Perspektive habe.

Ein Herz für die Swiss

Zum Schluss noch ein Seitenblick auf die Aviatik. Nach dem selbstverschuldeten Schweizer Swissair-Debakel hat Franz als Deutscher für die Schweiz eine neue erfolgreiche Airline geformt, die Swiss. Obwohl er sich gewählt ausdrückt, spürt man schnell, dass er für die aktuelle politische Kritik an der Swiss-Staatshilfe wenig Verständnis aufbringt. Er ruft in Erinnerung, dass nicht Managementfehler, sondern staatliche Massnahmen im Gefolge einer Pandemie die Airline auf den Boden zwingen. Die Swiss und die Lufthansa seien gut geführt, konservativ finanziert, die Swiss mit einem soliden Stossdämpfer an Eigenkapital. Es geht nicht um Subventionen an einen maroden Betrieb, sondern um einen Überbrückungskredit.

Franz rät davon ab, den Staat zur Übernahme von Aktien zu drängen, sich unternehmerisch zu engagieren: «Die Swiss und die Lufthansa haben kein unternehmerisches Problem. Doch wenn der Staat mal drin ist und wenn dann staatliche Wünsche drin sind, dann wird es ein politisches Unternehmen. Und das war der Untergang schon mancher stolzer Airline.» Viele Schweizer juckt es dennoch, dass man der Schweizer Swissair kein Geld gab, dafür der von Deutschen kontrollierten Swiss. Auch hier winkt Franz ab: «Viele Schweizer Firmen haben ausländische Aktionäre. Entscheidend ist: Wo sind die Arbeitsplätze? Wo zahlt das Unternehmen Steuern? Wo zahlen die Mitarbeiter Steuern? Das ist ganz klar die Schweiz.»

Lichtblicke

Bevor wir uns verabschieden, riskiert der Roche-Präsident einen Blick in die Kristallkugel. Er sieht trotz überall explodierenden Arbeitslosenzahlen keinen Grund zur Verzweiflung. Die Krise sei endlich. Sie lehre uns, «dass es Risiken gibt, die wir nicht mehr sehen wollten». Man erkenne den Wert der Digitalisierung, auch den Wert einer sorgfältigeren Unternehmensführung. Eine gewisse Ernüchterung sei mittelfristig sicher heilsam. Persönlich sehnt Christoph Franz den Ausbruch aus dem Käfig seiner Quarantäne herbei. Er freue sich, nach dem Shutdown wieder bei sich zu Hause einzuziehen. Weil seine Frau die 87-jährige, gesundheitlich angeschlagene Schwiegermutter betreut, musste der Gatte Abstand halten. «Meine Frau endlich wiederzusehen, ist im Moment mein grösster Lichtblick.»

Mitarbeit: Roman Zeller

Ganzes Interview ungekürzt auf www.weltwoche.ch

Staatsverlag Ringier

Niemand verbreitet die Corona-Botschaft des Bundesrates so folgsam wie die Medien von der Zürcher Dufourstrasse. Die treuen Dienste dürften unsere Staatskasse einiges kosten. *Von Christoph Mörgeli*

Nichts konnte den grossen Verlag Ringier auf dem falscheren Fuss erwischen als das kleine Coronavirus. Der Konzern hat nämlich die reine Publizistik schon lange verlassen und stattdessen aufs vermeintlich lukrativere Unterhaltungsgeschäft gesetzt. So investierte die Ringier-Gruppe massiv in die Vermarktung und Beratung im Event-Bereich sowie ins Sportmarketing von Fussball, Eishockey, Radsport und Tennis. Aus dem Zeitungshaus sollte ein Ticketcorner werden. Doch jetzt hat die Pandemie dem lukrativen Sport ebenso den Garaus gemacht wie den Konzerten «Moon and Stars» oder «Energy Star Night», überhaupt der Rundumbetreuung von Stars und Sternchen.

Nicht einmal das «Dîner républicain» am Filmfestival Locarno ist gesichert. Und die Vermarktungsportale für Autos, Immobilien, Jobs oder Kleinanzeigen ächzen unter dem Einbruch der Corona-Krise. Hauptsächlich in eigener Sache bilanziert darum der *Sonntagsblick*, dass die Festivalsaison 2020 bereits gelaufen sei, die Veranstalter auf 1,5 Millionen Tickets sässen und Ausfälle von über 200 Millionen Franken auf die Veranstalter zukämen.

Roger Federer im Out, Marco Solari krank, Köbi Kuhn tot und die «Büetzer Buebe» im Home-Office – noch Schlimmeres kann dem Geschäftsmodell von Ringier kaum geschehen. Sogar die Sex-Inserate haben jeden Bezug zu Parfüm, Schweiß und Sperma verloren; es riecht mittlerweile nur noch nach Telefonbuch. Kein Wunder, ruft die notleidende Branche nach Direkt- oder Indirektzahlungen, und dies mit guten Erfolgsaussichten. Denn niemand hat sich die Staatsgelder so redlich verdient wie die Ringier-Medien als treue Übermittler der Staatsbotschaft. Nur wird die an der Dufourstrasse so betonte journalistische Unabhängigkeit strapaziert, wenn man Schadensersatz oder gar zusätzliche Subventionen einfordert, gleichzeitig aber die Corona-Massnahmen des Staats als Wohltat anpreist.

Interview-Orgien mit Bundesräten

Ringier-Geschäftsleiter Marc Walder hat Medienministerin Simonetta Sommaruga getroffen und sie gebeten, die Verlage mittels Notprogramm zu stützen. Er forderte auch, dass die Zeitungen «gratis» an die Haushaltungen ausgeliefert würden. Auch sonstige staatliche Zuschüsse und Zahlungen standen auf der



Schimpfen auf die «markthörigen Feinde des Staats»: Kolumnist Meyer, Geschäftsleiter Walder.

Traktandenliste. Dafür setzten die Schweizer Medien die bundesrätliche Botschaft in einem ganzseitigen Inserat auf die Titelblätter («Wir bleiben zu Hause»). Dass sich die NZZ dieser Gleichschaltung verweigerte, rügte Ringier-Chef Marc Walder scharf: «Keine Solidarität. Super schwach!» Einer «Ringier-Initiative» verdanken wir auch die Aufforderung, den «Corona-Helden» im Gesundheitswesen öffentlich zu applaudieren. In der Bundesratssitzung vom 20. März wurde allen Ernstes darüber diskutiert, ob die oberste Landesbehörde bei dieser boulevardesken Aktion mitmachen wolle.

Blick und *Sonntagsblick* veranstalten seit Wochen wahre Interview-Orgien mit Bundesräten. Dabei wird dank unkritischen Fragen jede Majestätsbeleidigung tunlichst vermie-

Tadel setzt es im *Blick* höchstens ab, wenn der Bundesrat sein Füllhorn zu knauserig ausschüttet.

den. «Ohne sie geht es nicht», titelt der *Sonntagsblick* und reiht den mit einer halben Million entschädigten «Krisenmanager» Alain Berset sorgsam ein in die Fotogalerie einer Coronagefährdeten Ärztin, einer Kinderbetreuerin, eines Sanitätssoldaten und eines Bio-Bauern. Leibchen mit dem aufgedruckten Berset-Satz «Il faut agir aussi vite que possible, mais aussi lentement que nécessaire» seien ein Verkauf-

hit, schwärmt der *Blick*. Bersets Leitspruch ist allerdings dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz abgekupfert, der schon fünf Tage früher zum Shutdown-Ausstieg geäussert hat: «So viel Freiheit wie möglich, aber so viel Einschränkung wie nötig.» Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga darf die Bevölkerung, vor allem aber den Bundesrat loben: «Wir waren weder übervorsichtig noch leichtsinnig. Wir waren realistisch.» Sie erinnert an ihre Aussage, es müsse «ein Ruck» durchs Land gehen. Diesen Spruch hat sie allerdings wörtlich vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog gestohlen.

Gieri Cavelti, Chefredaktor des *Sonntagsblicks*, ist der zuverlässigste Lautsprecher eines möglichst lang andauernden Shutdowns. Sein Credo lautet: Die Schweiz ist reich, sie kann sich das leisten, Geld darf keine Rolle spielen. Überhaupt haben wir ja die Nationalbank, die auf Hunderten von Milliarden sitzt. Der Bundesrat müsse jetzt «ein intelligentes Konjunkturprogramm schnüren – und er kann dieses auch bezahlen». Wenn Bundesräte ausnahmsweise doch kritisiert werden, sind es jene der SVP, die es wagen, auch die Interessen der Wirtschaft ins Regierungsgremium zu tragen. Ueli Maurer steht im Zielhang von Ringier, weil er das Konzept des wirtschaftlichen Totalschadens von Anfang an hinterfragt hat. Und Guy Parmelin wird im *Blick* als «schwacher Wirtschaftsminister» vorgeführt.

Ein streitender Bundesrat bloss wegen etwa 100 Staatsmilliarden – das ist für die Ringier-Medien ein Gräuel. Darum erinnert Chefredaktor Cavelti streng an einen einstigen Finanzminister, der in der Wirtschaftskrise sparen wollte, wobei er obendrein eine «Galionsfigur der Schweizer Nazis» gewesen sei. Darum soll die Wirtschaft ruhig heruntergefahren bleiben: «Bevor an einen geregelten Alltag auch nur zu denken ist, brauchen wir Zeit für Trauer und Abschied und Anteilnahme.»

«Wir sind füreinander da»

Auch Frank A. Meyer feiert den Bundesrat, der die Schweiz «umsichtig durch die Corona-Katastrophe» führe. Er schimpft über die «markthörigen Feinde des starken Staates» und lobt den «Sozialstaat» ebenso wie die Landesregierung («Gut – so wie sie ist, so wie sie handelt»). Der marxistische Historiker Jakob

Tanner darf bei Ringier unwidersprochen behaupten: «Je länger der Lockdown, desto besser für die Wirtschaft.» Er meint natürlich die marxistische Planwirtschaft. So verkündet der Boulevard – angeblich das Sprachrohr für die kleinen Leute – die weltfremde Botschaft von Akademikern und Staatsangestellten im Home-Office. Die wirtschaftliche Existenz der werk-tätigen Bevölkerung, von Lastwagenfahrern, Serviceangestellten oder Verkäuferinnen, bleibt auf der Strecke.

Christian Dorer, Chefredaktor der *Blick*-Gruppe, ist des Lobes voll: «Der Bundesrat hat bisher transparent darüber informiert, warum er was angeordnet hat.» Tadel setzt es im *Blick* höchstens ab, wenn der Bundesrat sein Füllhorn zu knauserig ausschüttet («Kitas gehen leer aus»). Selbst die unscheinbare Viola Amherd kommt auf der Leserbriefseite zu etwas Corona-Glanz: «Diese Frau bringt das Militär wieder auf Vordermann.» Und über Karin Keller-Sutter wird vermeldet: «Sie ist kompetent, gradlinig und bodenständig.»

«Wir sind füreinander da», flötet Bundespräsidentin Sommaruga in einer Titelgeschichte der *Glückspost*. Ihr «eindringlicher Appell» zum Daheimbleiben und Distanzhalten gelte nach wie vor. Die *Schweizer Illustrierte* hat sich unter Corona und Co-Chefredaktor Werner De Schepper zum Depro-Blatt gewandelt. Es wimmelt von Ganz- und Halbtoten, Kranken, knapp

Genesenen und Überforderten. Schlimmer als die Seuche sei nur der «Klimawandel mit der Trockenheit». Unerbittlich werden Abweichler vom bundesrätlichen Kurs abgestraft. So empfängt jener Tessiner Priester einen Kaktus, der sich erfrechte, am Sonntag in einer Kirche mit Mund-



«Je länger der Lockdown, desto besser für die Wirtschaft.»

schutz aus der Bibel zu lesen und Hostien an Gläubige zu verteilen.

Dafür schreibt Wirtschaftsminister Guy Parmelin in der *Schweizer Illustrierten* als «Appell des Bundesrates» einen persönlichen Aufruf zu «mehr Schweiz im Teller». Gesundheitsminister Alain Berset verfasst ein Editorial «zur Lage der Nation». Vor dem Shutdown durfte Karin Keller-Sutter im Interview verkünden: «Mein Mann hält mir den Rücken frei.» Die Komikerin Patti Basler gibt sich staatstragend und ziemlich komikfrei: «Simonetta Sommaruga macht's gut, Berset macht's gut.» Um dann pflichtschuldig noch mehr Ringier-Wärme zu verströmen: «In Alain Berset habe ich mich fast ein bisschen verliebt.»

Gegenrede

Der Bundesrat macht es gut

Wenn wir den Lockdown zu rasch aufheben, droht ein Rückfall. Das wäre erst recht verheerend für die Wirtschaft. Von René Beyer

In der letzten *Weltwoche* haben verschiedene Unternehmer und Gewerbler die Schweizer Regierung für die ihres Erachtens zu zaghafte Lockerung kritisiert. Ich halte dagegen: Der Bundesrat macht es gut! Seine Maxime «So viel wie möglich, so langsam wie nötig» kann ich nur unterstützen. Verglichen mit dem nahen und fernen Ausland, sind wir in einer guten Situation. Österreich hat es sehr gut gemacht. Bei uns erfolgt die Öffnung zwei bis drei Wochen später, aber in Österreich ging die Corona-Epidemie auch früher los.

Stellen Sie sich vor, wir hätten bereits nach Ostern die Geschäfte wieder aufgemacht. Die Gefahr wäre gross gewesen, dass der Bundesrat dann in wenigen Wochen einen Rückfall in den Shutdown hätte anordnen müssen. Warum? Ich merke an mir selber, dass ich etwas nachlässiger werde im Umgang mit den Vorsichtsmassnahmen. So geht es vielen. Leute, die noch nie im Leben etwas gepflanzt hatten, standen am Montag eine Stunde vor Ladenöffnung vor den Gartencentern Schlange. Nur ein kleiner Teil von ihnen trug Schutzmasken. Der menschlichen Vernunft kann man hier offenbar nicht uneingeschränkt vertrauen.

Umso schlimmer wäre es, wenn sich das Virus erneut ausbreiten würde und wir wiederum alles zumachen müssten. Im Gegensatz zum ersten Mal, bei dem sich die Leute im Grossen und Ganzen vernünftig verhalten haben, wäre es dann viel schwieriger, die Massnahme zu erklären und durchzusetzen. Auch für die Wirtschaft wäre ein erneuter Shutdown von zwei Monaten Gift. Viele Firmen kommen schon jetzt an ihre finanziellen Grenzen.

Ist es ungerecht, wenn jetzt Migros und Coop Velos verkaufen dürfen, das Fachgeschäft aber erst ab dem 11. Mai? Natürlich ist das eine Wettbewerbsverzerrung. Aber Migros und Coop sind im Gegensatz zu kleinen Geschäften auch verpflichtet, gewisse Notlager zu unterhalten. Sie sind systemrelevant. Man kann jetzt nicht jede Ungerechtigkeit bis ins letzte Detail regeln. Wenn es nötig ist, behebt man diese besser im Nachhinein.

Ich selber verbringe derzeit die meiste Zeit zu Hause. Dabei entdeckte ich, was man alles selber machen kann in Haushalt und Garten. Wenn es nur danach ginge, dann könnte der Shutdown auch noch länger dauern – es



Ein Dürrejahr kann es immer geben: Uhrenhändler Beyer.

gibt so viel zu tun. Einmal in der Woche gehe ich ins Geschäft an der Bahnhofstrasse für die dringendsten Angelegenheiten.

Am 11. Mai machen wir wieder auf. Die wichtigsten Arbeiten sind schon wieder angelaufen, vor allem auch bei den Uhrmachern in unserem Atelier und in der Service- und Reparaturabteilung. Die Beyer Chronometrie AG ist in der glücklichen Lage, dass sie als Familienunternehmen mit 260-jähriger Geschichte genügend Reserven aufbauen konnte, um notfalls auch ein Jahr die Löhne für unsere 67 Angestellten und die Miete zahlen zu können. Es ist mir bewusst, dass dies namentlich für erst kürzlich gegründete Unternehmen nicht möglich ist.

Hätte es jetzt die Corona-Krise nicht gegeben, wäre ich die erste Generation in unserer Firmengeschichte, die es nicht mit einer gröberen Verwerfung wie einer Pandemie oder einem Weltkrieg zu tun gehabt hätte. Dass es passiert ist, hat auch etwas Gutes: Jetzt kann man glaubwürdig erklären, dass immer genügend Geld in der Firma bleiben sollte, denn ein Dürrejahr kann es immer geben.

René Beyer ist Inhaber der Chronometrie Beyer an der Zürcher Bahnhofstrasse.

Aufstand des Pflegepersonals

Sie bekamen die fatalen Nebenfolgen der Corona-Politik als Erste zu spüren. Nun mehren sich unter den Pflegerinnen und Pflegern die Stimmen, die einen schnellen Ende des Lockdowns fordern. Simone Christinat ist eine von vielen. *Von Alex Baur*

Am letzten Freitag hatte Simone Christinat die Nase voll. In einem nüchternen Tonfall schrieb die langjährige Pflegefachfrau ihre Erfahrungen mit dem Shutdown und dessen Nebenwirkungen in der Praxis nieder. Ihr Fazit ist alles andere als schmeichelhaft für die Politik: Der Shutdown mag in den ersten Wochen angebracht gewesen sein; doch nachdem der Sturm auf die Spitäler ausgeblieben ist und nach allem, was man mittlerweile über das Virus weiss, sollte man die einschneidenden Massnahmen nach ihrer Meinung sofort beenden. Denn der Shutdown richtet nach ihren Erfahrungen mehr Leid an als das, was man damit bekämpfen will. Auch die Medien, welche die Gefahren des Virus masslos aufbauschen und die fatalen Folgen des Stillstands ignorierten, bekommen ihr Fett ab.

«Das alles passt nicht zusammen»

«In der Altenpflege versterben jedes Jahr viele Menschen an der Grippe», schreibt sie, «und es kam bisher niemandem in den Sinn, diese Leute mit über achtzig Jahren auf eine Intensivstation zu verfrachten, wo sie einsam versterben.» Und weiter: «Würde man jedes Jahr alte Menschen mit Grippe oder Lungenentzündung auf die IPS verlegen, dann wären die Stationen jedes Jahr überlastet. Was ich jetzt sehe, sind alte Menschen, die in die Depression rutschen vor lauter Einsamkeit und sich wünschen, sie könnten sterben. Menschen, deren Vitalzeichen aufgrund der aktuellen Stresssituation alarmierend sind. Erhöhte Pulsfrequenzen, Bluthochdruck und Depressionen, teils mit übermässigem Alkoholkonsum, weil sie die aktuelle Situation nicht ertragen können. Ach ja, und fast hätte ich es vergessen, nebenbei geht die Wirtschaft ja auch noch den Bach runter. [...] Gleichzeitig sehe ich unterbelegte Abteilungen in den Spitälern, leere Operationssäle und Kurzarbeit. Das alles passt für mich nicht zusammen.»

Entgegen ihren Gewohnheiten postete Simone Christinat ihren Erfahrungsbericht auf Facebook, wo sie sonst kaum in dieser Art aktiv ist. Das Resultat überrascht sie selbst, wie die Pflegefachfrau der *Weltwoche* auf Anfrage erklärte. Der Post verbreitete sich viral im Netz. Tausendfach weitergeleitet, generierte ihre Botschaft Hunderte von Kommentaren. Was dabei auffällt: Viele der Absender arbeiten selbst im Pflegebereich. Und die überwiegende Mehrheit von ihnen stimmt Christinat zu. Viele danken ihr für ihre klaren Worte, berichten über eigene negative Erfahrungen mit dem Shutdown. Obwohl



Unschmeichelhaftes Fazit: Unternehmerin Christinat.

Christinat auch Gegenstimmen explizit willkommen heisst, erheben nur wenige Einspruch.

Nach einigem Zögern empfängt uns Simone Christinat zu einem Gespräch auf ihrem Balkon im schaffhausischen Trasadingen, nahe der (geschlossenen) Grenze. Der grosse Auftritt war nie ihre Absicht gewesen. Auf der anderen Seite hat sie nichts zu verbergen. Wenn sie mit ihren Erfahrungen helfen und Leid mindern kann, dann tut sie das gerne. Es ist ihr Beruf.

Eingespernte Alte

Christinat weiss, wovon sie spricht. Seit dem Abschluss ihrer Grundausbildung (Diplomniveau II) im Jahr 2001 hat sie in verschiedenen Pflegebereichen gearbeitet. Sie hat sich weitergebildet, unter anderem mit einem «Master of Health Care Management». Nebenbei ist sie inzwischen selber mit einer eigenen Firma in der Ausbildung tätig – das heisst, sie wäre es, wenn der Shutdown nicht wäre.

Da Christinat zurzeit nicht unterrichten darf, bot sie ihre freien Kapazitäten an, wo immer diese zur Bekämpfung der Corona-Krise gefragt sein könnten. Doch ihr Engagement ist gar nicht gefragt, wie sie schnell feststellen musste, nicht, weil es ihr an Praxis mangelte (diese hat sie nie ganz aufgegeben, um à jour zu bleiben), sondern, weil die meisten Spitäler

halb leer sind. Glücklicherweise hat sie noch ihren Teilzeitjob bei einem Zürcher Spinetex-Dienst, wo ihr Einsatz geschätzt wird und wo sie das Pensum erhöhen konnte.

Bei der Pflege wird sie nun regelmässig mit dem Schicksal von unterstützungsbedürftigen Menschen konfrontiert, die eingesperrt in ihren Wohnungen und getrennt von ihren Angehörigen verzweifelt darauf warten, dass der Albtraum ein Ende nehmen möge. Doch darauf werden sie noch lange warten, sofern die Taktik des Bundes der «abgeflachten Kurve» aufgehen sollte. Denn verschwinden wird das Virus erst – darin sind sich die Immunologen weitgehend einig –, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung Abwehrkräfte entwickelt hat. Je



Matthias Schneider,
Inhaber Schneider
Innenausbau, Tann-Rüti

«Jeder, der noch am Arbeiten ist, trägt dazu bei, das Wirtschaftsrad am Drehen zu halten. Wir müssen schnellstmöglich wieder an die Arbeit. Um das zu ermöglichen, sind verantwortungsvolle Entscheidungsträger gefragt.»

flacher die Kurve, desto länger wird es dauern. Und wenn nach einer zweiten Welle die Immunität fehlt, wird halt eine dritte kommen oder auch eine vierte.

Die Berichterstattung in den Medien beachtet Simone Christinat schon lange nur noch beiläufig. Umso interessierter verfolgt sie die Fachdiskussionen im Internet. Und diese stimmen sie zuversichtlich. Neue Erkenntnisse über die Eigenheiten des Coronavirus erlauben eine gezieltere Prävention und auch eine adäquatere Behandlung. Man weiss, wen man schützen muss und wer wenig (Ausnahmen gibt es immer) zu befürchten hat.

Ebenso wichtig sind für Christinat die Erfahrungen aus der Praxis von zahlreichen ehemaligen Arbeitskolleginnen und Freunden aus den Notfallstationen, Spitälern, Pflege- und Altersheimen, mit denen sie regelmässig im Kontakt steht. Interessant sind auch die Berichte von ihrem Freund, der als Sanität-

Ausgerechnet diese trügerischen Zahlen sind heute in der Politik das Mass aller Dinge.

ter in den USA arbeitet. Was sie von all diesen Quellen zu hören und zu lesen bekommt, deckt sich selten mit den alarmierenden Meldungen in den Medien.

Es sind vor allem auch die vermeintlich objektiven Zahlen, denen die Praktikerin misstraut. Wenn jemand nach einer normalen Grippe stirbt, schreiben nach ihren Erfahrungen wenig Ärzte «Grippe» als Ursache auf den Totenschein. Es ist dann eben eine Lungenentzündung oder ein Kreislaufversagen. Wenn jetzt aber jemand stirbt, der positiv auf Corona getestet wurde, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sein Tod dem Virus zugeschrieben wird, obwohl es vielleicht gar nicht entscheidend war. Man weiss es einfach nicht. Die Kriterien sind von Land zu Land, ja von Region zu Region verschieden, sie können höchstens die frappanten Unterschiede zwischen Nachbarländern erklären. Doch ausgerechnet diese trügerischen Zahlen sind heute in der Politik das Mass aller Dinge.

Eine prägende Erfahrung war für Christinat auch die vermeintliche Schweinegrippe-Pandemie, die sie im Winter 2009/2010 hautnah miterlebte. Die meisten Prognosen erwiesen sich im Rückblick als fehlerhaft bis falsch. Nicht dass sie der Wissenschaft grundsätzlich misstrauen würde, im Gegenteil. Doch die Prognosen sind nur sinnvoll, wenn man sie dauernd an den praktischen Erfahrungen misst und die Fehler sofort korrigiert. Das wird schwierig, wenn sich die Politik einmischt. So gelangte Simone Christinat letzte Woche zum Schluss, dass man nun dringend über die Realität sprechen sollte anstatt über Szenarien, die selten so eintreffen, wie sie geplant waren. ○

Zeitgeschichte

Botschaften, die Hoffnung machen

Früh in der Corona-Krise realisierte ich: Wir erleben Historisches. Also sprach ich mit bekannten und unbekanntem Schweizern und schrieb ein Buch über diese Ausnahmezeit. *Von Thomas Renggli*

Bleiben Sie zu Hause!»: Die ultimative Weisung der Behörden ist als Journalist nicht immer einzuhalten. Zwar geben uns die neuen Kommunikationsmittel die Möglichkeit, Sitzungen und Konferenzen dezentral durchzuführen, aber der persönliche Kontakt ist für die journalistische Arbeit durch nichts zu ersetzen, schon gar nicht, wenn man auf aktuelles Fotomaterial angewiesen ist.

So hatte ich in den vergangenen Wochen das Privileg, vergleichsweise viele Menschen zu treffen und spannende Gespräche zu führen, selbstverständlich immer unter Beachtung der Abstandsregeln und anderer Vorsichtsmassnahmen. Dabei wurde mir immer deutlicher: Wir erleben ein Stück Zeitgeschichte, das keiner je vergessen wird.

So entstand die Idee, diese Phase publizistisch festzuhalten, am Beispiel von Begegnungen und Gesprächen mit Schweizerinnen und Schweizern, mit Prominenten, aber auch mit Helden des Alltags, die quasi im Auge des Sturms die Schweiz am Laufen halten: mit der Postangestellten vom Land, der Lehrerin aus dem Dorf oder der Verkäuferin aus der örtlichen Coop-Filiale.

Der Titel des Buches, «Die Schweiz steht still – Botschaften, die Hoffnung machen», bezieht sich auf die leeren Züge, verlassenen Strassen und geschlossenen Schulen. Viele Menschen hinter den Kulissen gehen ihrer Arbeit aber weiterhin nach, in anderer Form zwar, aber mit nicht minder grosser Energie.

So stiess ich mit meiner Idee praktisch überall auf offene Ohren, egal, ob bei Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist, bei Uhrenkönig Jean-Claude Biver, bei Snowboard-Olympiasiegerin Patrizia Kummer, bei Urs Kessler, dem CEO der Jungfraubahnen, bei der Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli oder bei SBB-Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar. Man spürte deutlich: Die Situation überfordert fast alle – aber umso grösser ist der Mitteilungsbedarf. Und die Menschen haben viel Zeit zum Reden.

Letztlich ist ein Mosaik aus vierzig Gesprächen und Porträts entstanden, das eine Momentaufnahme unseres Landes zeigt. SRG-Generaldirektor Gilles Marchand, ein studierter Soziologe, sagt zur Rolle der

Medien: «Auf der einen Seite gibt es einen wahnsinnigen und fast krankhaften Heissunger nach allen verfügbaren Informationen.» Es seien entsprechend viele Fake News oder Verschwörungstheorien im Umlauf. Gleichzeitig stellt er fest: «Es besteht grosser Bedarf an präzisen, mit Querweisen versehenen, überprüften und nach Prioritäten geordneten Informationen. Diese solide und fundierte Form der Nachrichten ist zwar nicht bekömmlicher, aber ermöglicht es der Bevölkerung, sich ein eigenes Bild zu machen.»

«Krieg ist immer Mord und Totschlag»

Es war mir ein Anliegen, auch mit älteren Menschen zu sprechen. Wenn von «kriegsähnlichen Zuständen» die Rede ist, müssen es jene beurteilen, die den Krieg aus eigener Erfahrung kennen. Der frühere Fifa-Präsident Sepp Blatter (Jahrgang 1936) sagt: «Krieg ist immer Mord und Totschlag. Wer die Corona-Krise mit dem Krieg vergleicht, hat den Krieg nicht gesehen.» Angesichts des wirtschaftlichen Absturzes sagt selbst der Mediziner Bernhard Sorg: «Letztlich ist alles eine Frage der Risikoabwägung. Darf man das ganze System an die Wand fahren, um einen kleinen Teil der Bevölkerung zu schützen?»

Die Auswahl der Gesprächspartner mag auch zufällig und persönlich gefärbt sein. Aber um in nur dreieinhalb Wochen ein fast 200-seitiges Buch zu verfassen, waren das Vertrauen und die Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten nötig. So liegt nun ein Werk vor, das keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder die letzte Wahrheit hat, das aber einen Blick auf die Ereignisse aus vielen Perspektiven wirft – und das vor allem auch etwas beweist: Unser Land funktioniert selbst in der Krise hervorragend. Und es geht uns in der Schweiz gut, sehr gut.



Thomas Renggli:

Die Schweiz steht still – Botschaften, die Hoffnung machen.

Erhältlich als E-Book ab Anfang Mai unter www.weltbild.ch und ab Juni im Buchhandel.

Professor Unbequem

Mit seinem Vorschlag der gelenkten Durchseuchung sorgte Reiner Eichenberger für Aufregung. Jetzt legt er mit seinem Kollegen David Stadelmann eine Agenda zur Abfederung der Coronakrise vor. Ein Besuch in Feldmeilen. *Von Florian Schwab*

Er ist der mutigste Ökonom der Schweiz, nie um eine unbequeme These verlegen. Auch in der Corona-Krise wurde Reiner Eichenberger rasch zum Mittelpunkt der Debatte, noch bevor der Bundesrat seinen Shutdown überhaupt angekündigt hatte. Am 9. März publizierte die Gratiszeitung *20 Minuten* ein Interview, in dem Eichenberger für eine «Vorwärtsstrategie» plädierte: «Gesunde aktive Erwachsene könnten sich gezielt anstecken. Je mehr Leute das Virus gehabt haben, desto weniger kann es sich ausbreiten und Alte und Schwache gefährden.»

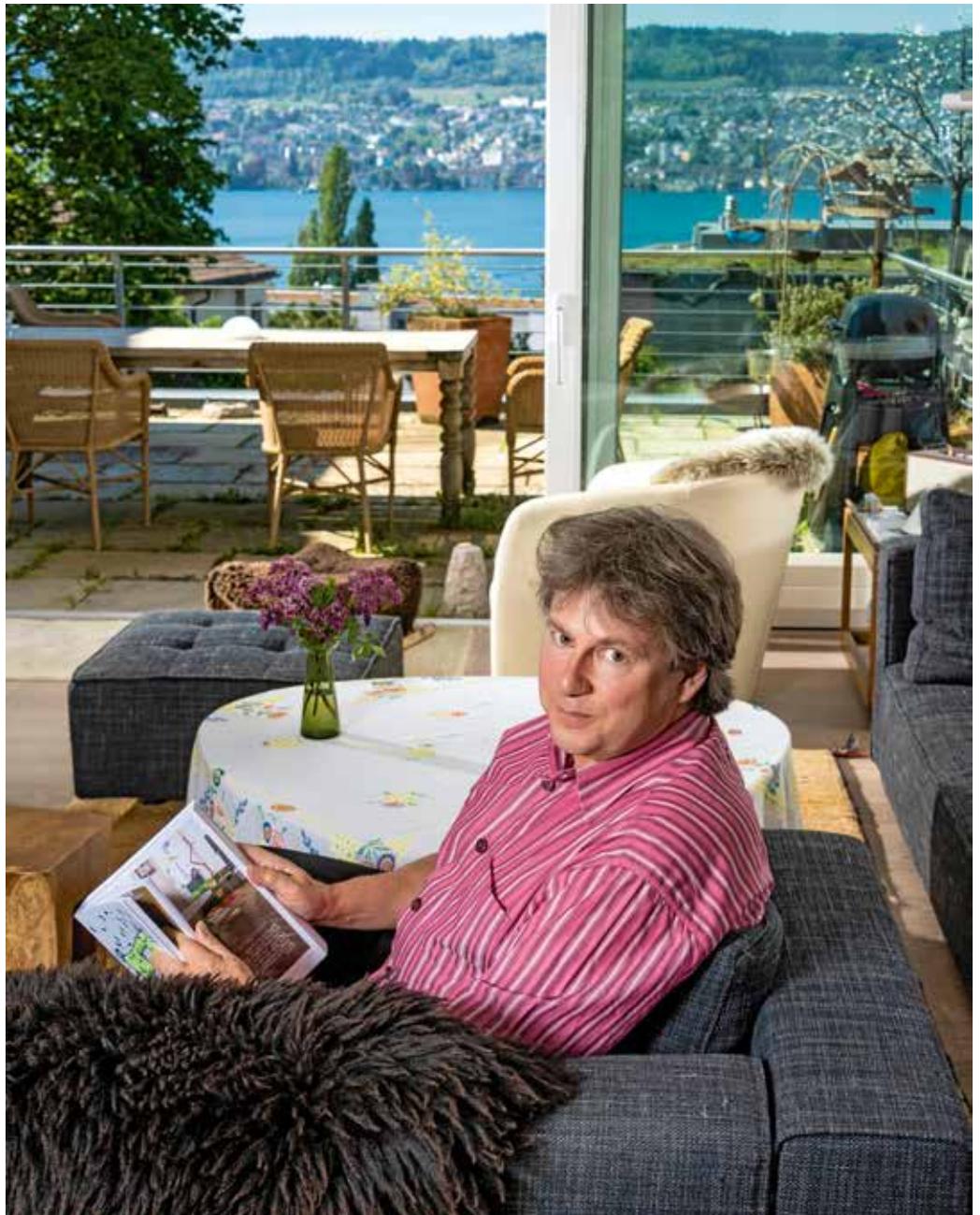
Die ehemalige SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer zog auf Twitter gegen Eichenberger vom Leder: «So ein Unsinn ist Folge, wenn beschränkte Ökonomen sich als Mediziner aufplustern.» Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gab obrigkeitlich Kontra: «Ethisch nicht zu verantworten und in der Realität nicht umsetzbar.» Auch Fachkollegen gingen in Stellung. Dina Pomeranz von der Universität Zürich stellte auf Twitter fest, Eichenberger stehe «im direkten Kontrast zur Grossmehrheit der Ökonomen». Monika Bütler von der Universität St. Gallen sekundierte dem BAG, das Konzept der medizinisch begleiteten Durchseuchung «scheitert bereits an der praktischen Umsetzung».

Freude an der Provokation

Für einen, der sich wieder einmal in die Nesseln gesetzt hat, ist der Wirtschaftsprofessor mit Lehrstuhl an der Uni Freiburg i. Ü. in bester Stimmung, als wir ihn antreffen. Mit seiner Familie bewohnt er eine schicke Villa in Feldmeilen, mit Blick über den Zürichsee. Auf dem Wohnzimmertisch liegt ein Buch über Hundeerziehung.

Reiner Eichenberger ist gemäss dem NZZ-FAZ-Ranking nach Ernst Fehr der zweiteinflussreichste Ökonom des Landes. Seine Karriere begann er Mitte der 1980er Jahre an der Universität Zürich als Assistent von Bruno S. Frey. Schon damals fiel er Kollegen als brillanter Kopf auf, zuweilen verspielt, der konventionelle ökonomische Methoden auf Fragen anwandte, die auf den ersten Blick nicht viel mit Wirtschaft zu tun haben. Diesen Ansatz vertritt er bis heute mit einer gehörigen Portion Freude an der Provokation. Sinnbildlich für den Eichenberger-Ansatz ist die wissenschaftliche Analyse «Wer ist der beste Formel-1-Fahrer?» – zusammen mit dem damaligen Studenten David Stadelmann.

Ja, sagt Eichenberger, sein erstes Kurzinterview zum Thema Corona sei kontrovers aufge-



Brillanter, zuweilen verspielter Kopf: Ökonom Eichenberger.

nommen worden. Im Gespräch mit dem Journalisten habe er ausführlich erklärt, wie er zu seiner Empfehlung komme. Schon damals habe sich abgezeichnet, dass das Virus «zwar viele Leben, aber nur wenige Lebensjahre raubt», dass die Ausgangslage in Italien und China, wo die Schreckensbilder herkämen, nicht mit der Schweiz vergleichbar sei und dass die Daten keinen Shutdown rechtfertigen würden. «Aber *20 Minuten* hat sich dann auf die peppigere gelenkte Durchseuchung gestürzt.» Zwei Wochen später folgte ein Beitrag in der

NZZ, in dem Eichenberger seine Haltung weiter ausführte. «Die Reaktionen waren grossmehrerheitlich positiv, vor allem auch von medizinischen Berufsleuten wie Ärzten und Pflegeern.»

Jetzt legt Eichenberger nach. In einem Fachaufsatz, der dieser *Weltwoche* als Sonderdruck beiliegt, entwirft er gemeinsam mit David Stadelmann eine liberale Agenda zur Abfederung der Corona-Krise. Stadelmann und er, sagt Eichenberger, «denken ökonomisch ähnlich». Die Volkswirtschaftslehre sei eine Wissenschaft zur Lösung komplexer gesellschaftlicher Prob-

leme. «Genau damit haben wir es hier zu tun.» Eichenbergers Mitautor wurde 2013 mit 29 Jahren zum Professor an der Universität Bayreuth berufen. Die letzten Wochen haben die beiden Wissenschaftler damit zugebracht, mit zahlreichen Experten aus verschiedenen Fachgebieten zu telefonieren. Eichenberger von Feldmeilen, Stadelmann von Bayreuth aus.

Das Ergebnis ist der erwähnte wirtschaftspolitische Fünf-Punkte-Plan. Dieser umfasst unter dem Kapitel «Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen» früher schon von den Autoren vertretene Rezepte: freiwillig längere Lebensarbeitszeit dank Anreizen, mehr Kostenwahrheit im Verkehr, eine billigere, wirksamere Klimapolitik. Auch die Idee, dass sich die Schweiz mit den wirtschaftlich stärksten Ländern vergleichen solle («systematisches Benchmarking»), und die Anregung, auf allen staatlichen Ebenen sogenannte Gegenvorschlagskommissionen einzurichten, welche der Exekutive Paroli bieten, sind nicht neu, jetzt aber, so Eichenberger, seien sie noch dringlicher.

Steuersenkungen und Immunisierung

Das neue Herzstück des Eichenberger-Stadelmann-Plans bilden zwei Massnahmen im direkten Zusammenhang mit der Corona-Krise. Zunächst die Einführung von Steuergutschriften für Firmen. Dazu sagt Eichenberger: «Das Kreditprogramm des Finanzdepartements war sehr gut. Wenn der Staat faktisch die wirtschaftliche Interaktion verbietet, muss er dafür eine Entschädigung leisten.» Aber bevor man jetzt den überall ertönenden Rufen nach Geldgeschenken vom Staat nachgebe, «sollten wir uns an ein paar einfache ökonomische Prinzipien erinnern». Wer jetzt mit der grossen Kelle bei den Staatsausgaben anrühre, der riskiere drei grosse Probleme: dass die Gelder verpufften, dass es zu hoher Inflation komme und dass massive Fehlanreize entstünden. «Es wäre viel klüger, mit Steuersenkungen zu arbeiten.» Damit läge es nicht am Staat, zu entscheiden, welche Firmen überleben, sondern Konsumenten und Wettbewerb übernehmen diese Aufgabe.

Ein zweiter zentraler Bestandteil des Plans ist der Aufbau einer Corona-Immunität durch «medizinisch begleitete Immunisierung». Eichenberger ist überzeugt, dass dies zu einer «volkswirtschaftlichen Ressource» werden könnte: «Stellen Sie sich vor, was für ein Standortvorteil es wäre, wenn man von der Schweiz rascher wieder international reisen könnte als von anderswo!» Anders als seine Kritiker behaupten, habe er nie eine flächendeckende Ansteckung der Bevölkerung mit dem Coronavirus gefordert. «Aber in bestimmten sensiblen Berufen wäre eine Immunisierung sehr sinnvoll und würde die rasche Öffnung der Wirtschaft stark begünstigen.» Der Ökonom ist überzeugt, dass private Anbieter bereits nach Lösungen in dieser Richtung suchen. «Zertifi-

kate über Corona-Immunität könnten ein riesiges Geschäft werden.»

Die Schweiz, sagt Eichenberger, verdanke ihren Wohlstand der Tatsache, «dass wir vieles besser machen als andere Länder». Den Fünf-Punkte-Plan sieht er als Beitrag dazu, dass das Land seine Vorteile halten könne. Bislang sei dies in der Corona-Krise unzureichend gelungen. «Zwar war unser Shutdown im Ländervergleich noch relativ mild, trotzdem sind wir damit zu weit gegangen.» Mit einer massvolleren Reaktion hätte die Schweiz, ähnlich wie Schweden, zum besseren Gegenmodell werden können. «Leider wurde ein europaweiter Konformitätsdruck erzeugt, dem sich die Schweiz als Musterschüler ebenfalls untergeordnet hat.» Die Absicht des international abgesprochenen Vorgehens sei es wohl, zu verhindern, dass unterschiedliche Ideen im Kampf gegen die Corona-Krise miteinander konkurrieren können. «Dann würde man nämlich sehen, wer es besser und wer es schlechter gemacht hat.»

Der Wirtschaftsprofessor rechnet damit, dass bei der sich nun anbahnenden Rezession auch die Rechnung für die Personenfreizügigkeit präsentiert wird. Die vielen Einwanderer aus der EU seien eher gefährdet, arbeitslos zu werden, und hätten es schwerer, eine neue Stelle zu finden als Schweizer. «Jetzt kommt der erste grosse Test der Personenfreizügigkeit.»

«Wehe, man kritisiert zu laut»

Wie man an der Corona-Krise sieht, ist Eichenberger ein Meister darin, wirtschaftspolitische Debatten loszutreten. Wäre es nicht wirkungsvoller, er würde sich im Beratungsgremium des Bundesrates für seine Ziele einsetzen? Nein, sagt der Ökonom. Als Mitglied eines solchen Gremiums sei man nicht mehr unabhängig, sondern auch der Mehrheitsmeinung im Gremium verpflichtet. Er sei froh, dass er als Professor an einer kleinen ökonomischen Fakultät seine Meinung frei äussern könne und dass er nicht gezwungen sei, Drittmittel einzutreiben. «Für volkswirtschaftliche Auftragsgutachten hat man als Kunden meistens staatliche Institutionen – wehe, man kritisiert dann die Politik zu laut.» Nach gebührender Reinigung der Hände verabschiedet sich Reiner Eichenberger per Handschlag. Das sei «immerhin besser als ein sozialistischer Bruderkuss». ○



Roman Roth,
Inhaber innoQ AG, Cham

«Das staatliche Krisenregime ist verheerend einseitig auf Virenbekämpfung ausgerichtet. Verordnet werden Massnahmen mit immensen gesellschaftlichen Auswirkungen, aber ohne Sicht auf die Konsequenzen. Ein solch eigenmächtiger Blindflug ist deplatziert.»

Gesundheit

Freiheit zurückholen

Nach dem Shutdown wartet viel Arbeit auf Ärzte und Spitäler. Sie brauchen jetzt neuen Spielraum.

Die Bekämpfung der Corona-Epidemie bindet alle Kräfte im Gesundheitssektor, allerdings nicht alle auf gleiche Weise. Die einen haben alle Hände voll zu tun, den andern sind die Hände gebunden. In den Spitälern wurde der normale Betrieb per Dekret grossenteils eingestellt, damit man für die drohende Welle von Corona-Behandlungen bereit wäre. Bis jetzt ist sie ausgeblieben. Frei gehaltene Kapazitäten dürfen nun allmählich wieder für Patien-

Gesundheitskolumne
präsentiert von
Klinik Pyramide am See



ten genutzt werden, die zurückgestellt wurden oder die sich zurückzogen hatten.

Aber selbst wenn nun eine Normalisierung einsetzt und sich Erleichterung breitmacht – die Ertragsausfälle belasten die Spitäler schwer und die gesundheitlichen Langzeitfolgen des Shutdown sind noch kaum überblickbar. Es wurden Operationen verschoben und damit verbundene Risiken erhöht. Andere Patienten mieden von sich aus das Krankenhaus, Therapien wurden verschleppt, neue Komplikationen tauchen auf. Die Isolation förderte Vereinsamung und Depressionen, Angst um Arbeitsplatz oder wirtschaftliche Existenz schlägt bei vielen auf die Gesundheit. All das braucht jetzt mehr Aufmerksamkeit.

Fast alles läuft zurzeit über den Staat. Bundesräte und das Bundesämter verfügen über eine noch nie erlebte Macht. Das führt leicht zur Stimmung, die Krise sei dank Staatsgewalt gemeistert worden und deshalb sei auch für die Zukunft mehr zentrale Steuerung das beste Rezept. Das Schweizer Gesundheitssystem ist aber anders angelegt. Wettbewerb, Eigenverantwortung, Föderalismus und Privatinitiative haben mehr Platz, als viele denken. Es gibt nicht nur hochregulierte Spitäler, sondern auch Privatkliniken, die Risiken selber tragen, nicht nur Tarifdiktate, sondern auch Wettbewerb unter Kassen, nicht nur Umverteilung, sondern auch korrekte Preis-Leistungsverhältnisse. Diesen Spielräume muss man jetzt zurückholen.

Frank Weiss

«Niemand will ich die Schweiz in der EU sehen»

Im zweiten Teil des grossen *Weltwoche*-Gesprächs spricht Popstar Loredana Zefi über ihre Bindung zu Gott, die Perfektion der Schweiz und ihre Faszination fürs Wandern.

Von Roman Zeller

Frau Zefi, um Ihren Hals tragen Sie ein grosses goldenes Kreuz. Ihre Familie gehört zur christlichen Minderheit im muslimischen Albanien. Was bedeutet Religion für Sie?

Das ist krasse Privatsphäre. Ich bin sehr, sehr gläubig, gehe oft in die Kirche, zünde Kerzen an, bete. Ich weiss, egal, wo ich hinlaufe, ich laufe mit Gott. Und weil er immer bei mir ist, bin ich überzeugt, dass ich mir meine Position, in der ich bin, verdient habe.

Glauben Sie ans Schicksal?

Ja. Gott wollte, dass es so kommt, wie es kam. Mein Weg war vorbestimmt, es gibt keine Zufälle. Mein Vater erlitt am Karfreitag vor einem Jahr einen Schlaganfall. Nach genau vierzig Tagen, an Himmelfahrt, als Jesus auferstand, starb er. Papa hat diese Daten krass getroffen.

Wie sind Sie mit dem Tod Ihres Vaters umgegangen? Woher nahmen Sie die Kraft, das Leid zu ertragen?

Hätte mir einen Tag vor seinem Tod jemand gesagt: «Loredana, dein Vater stirbt», ich wäre damit nicht klargekommen. Ich habe mich nicht wiedererkannt, es war eine unglaubliche Stärke in mir. Von allen Kindern hatte ich zu ihm die stärkste Bindung, die anderen stehen meiner Mutter näher. Der Glanz in seinen Augen hat mich so glücklich gemacht, ich konnte den ganzen Tag lachen. Sein Tod hat mich stärker gemacht, zum Besseren gewendet.

Waren Sie vorher ein schlechter Mensch?

Das nicht, aber ich wurde dankbarer. Der Tod öffnete mir die Augen dafür, die Zeit mit meiner Familie mehr zu geniessen.

Haben Sie Angst davor zu sterben?

Gar nicht. Ich bin katholisch, las die Bibel, den Koran, die Thora. Ich bin sehr interessiert an Religionen, konnte aber zu keinem der Bücher eine richtige Bindung finden. Keines ergab Sinn. Viele sagen ja, das Leben sei ein Test, um im Himmel zu landen. Ich aber glaube, das Hier und Jetzt ist bereits die Hölle.

Das klingt dunkel, sehr pessimistisch.

Nicht ganz. Ich sage: «Ey, wenn hier die Hölle ist und ich es schaffe, hier ein guter Mensch zu sein, komme ich in den Himmel.» Diese Ungewissheit, ob und wann das passiert, ist doch ohnmächtig. Wir wissen nichts, alles ist möglich. Jederzeit.

Wie würden Sie Ihre Familie beschreiben?

Ehrlich, offen und hilfsbereit. Immer. Ich war auch eines der Kinder, das nie Angst hatte. Ich habe Mozzik, meinen Freund, auch einfach heimgebracht und zu meinem Vater gesagt: «Ey Papa, das ist mein Freund.» Er war geschockt und sprachlos.

Mozzik ist Muslim. War das das Problem?

Nein. Vor zwanzig Jahren, damals wäre es vielleicht für meinen Vater ein Problem gewesen. Aber: Ich habe auch versucht, meine Eltern zu erziehen.

Zu Weltoffenheit? Moderne?

Genau. Deshalb habe ich auch Mozzik heimgebracht. Als Test. Meinen Vater überrumpelte ich komplett. Aber weil ich ehrlich und offen zu ihm war, sagte er: «Ich bin einverstanden.» Das war ganz zum Ärger meiner Schwester, sie so: «Ey Papa, geht's noch?! Als ich meinen Typen brachte, gab's voll das Drama.»

Wie sehen Sie Ihre Zukunft? Sie sind liiert, Rapper Mozzik ist noch immer Ihr Ehemann, Sie leben aber von ihm getrennt. Ein Zustand auf Dauer?

Wir sind nicht in Scheidung. Wir versuchen, einen Weg zu finden, damit es nochmals klappt mit uns. Wir kommen ja immer noch

«Ich aber glaube, das Hier und Jetzt ist bereits die Hölle.»

klar miteinander. Sollten wir aber wieder zusammenkommen, würde unser Leben nicht mehr in der Öffentlichkeit stattfinden.

Es heisst, er habe in einem Rap-Song gegen Sie geschossen.

Ja, klar. Ich wusste bereits zwei Wochen bevor das Lied herauskam, Bescheid.

Wie haben Sie reagiert, als Sie den Song erstmals hörten? Mozzik, Ihr Ehemann, nennt Sie eine «hinterhältige Füchsin».

Ich dachte: «Cool.» Und schrieb ihm: «Haha, hast du mich gemeint?» Er so: «Haha, ja. Ich will schauen, wie alle reagieren.» Ich dann: «Boa, das wird lustig.» Es sollte heissen, Mozzik und Loredana dissen, bekriegen sich. Das war aber nur Spass. Es ging uns darum, zu schauen, was die Medien draus machen, wie viel Hass sie zwischen Ehemann und Ehefrau bringen wollen.

Ihr Verhältnis zu den Medien ist angespannt. Welches sind die grössten Fake News, die Sie über sich lesen mussten?

Boa, es gibt so viele. Über mich wird so viel Bullshit geschrieben, ich habe dazu sogar einen Song gemacht. «Angst», heisst er. Da rappe ich: «Fick die *Bild*-Zeitung, fick die *Blick*-Zeitung und die *20 Minuten* ...» Lustigerweise schreiben sie seither nur Gutes über mich.

War der Bleihammer Ihrerseits nötig? Sie mussten den Medien richtig aufs Dach geben, um sie zum Schweigen zu bringen?

Ich bin so ein Mensch, ich warte lieber. Aber wenn ich komme, dann mit der Musik als Waffe, mit meinen 2,8 Millionen Followern, von denen täglich über eine Million meine Bilder und Videos anschaut. Wenn ich einen Post schreibe: «Ey, die *Bild*, *Blick* und *20 Minuten* sind Scheisse», dann wissen diese Zeitungen, meine Follower werden sie nerven. Journalisten kommen dann sehr schnell runter, kriegen Panik und fragen mich, ob ich den Post nicht bitte löschen könne.

So geht das seit dem Anfang: Loredana und die Schweizer Medien, das funktionierte nicht. Warum?

Weil ich ihnen nie mein Gesicht gab: Ich habe nie mit Zeitungen gesprochen, keine Interviews, nichts. Ich sagte immer: «Ey, ihr und was ihr schreibt, interessiert mich nicht.»

Kommen wir zu Ihrer Nationalität: Albanien, das Kosovo. Was bedeuten diese Länder für Sie?

Ich setz' voll nicht auf dieses Albanien- und Doppeladler-Flagge-Ding. Ich bin auf Abstand, was das anbelangt. Nicht, weil ich keine stolze Albanerin bin, sondern weil mein Volk nichts mit meinem Erfolg zu tun hat. Meine Landsleute wollen das hochstilisieren: «Ah, Loredana, sie ist eine von uns.» Ja, klar, das stimmt, das bin ich. Da verbrachte ich die Sommerferien, mehr kann ich gar nicht sagen. Ausser: Ich könnte niemals dort leben.

Wie kam Ihre Familie in die Schweiz? Und warum?

Mein Vater war der Erste, der kam. Mit 30, 25 oder jünger sogar. Er arbeitete, baute sich etwas auf, fühlte sich wohl und holte dann seine Familie. Mein Vater war der Schweiz immer dankbar und betonte, das Kosovo hätte



«Pilatus rauf, runter»: Rapperin Loredana.

uns nie das bieten können, was uns die Schweiz geboten hat. Daher bin ich auch ein übelst krasser Schweiz-Fan.

Was ist kulturell der grösste Unterschied zwischen Albanern und Schweizern?

Im Schweizer Staat ist Struktur drin, es geht um Leistung, um Geld. Wenn du Geld hast, hast du hier keine Probleme. Rein menschlich habe ich keine Ahnung. Ich kenne Albaner, die sind wie Schweizer und umgekehrt. Ich unterscheide nicht.

Wenn Sie gefragt werden, woher Sie sind, was sagen Sie?

Schweiz, ganz klar. Ich sag dann schon, ich bin Albanerin. Aber wo ich lebe? Immer Schweiz. Im Kosovo mache ich Ferien, da ist das Grab meines Vaters, ich lieb's, dort zu sein. Auch die Leute dort: Sie sind ent-

spannter, arbeiten weniger als Schweizer. Ich liebe es aber auch, wieder in die Schweiz zu kommen.

Wurden Sie in Deutschland nie als «die kleine Schweizerin» abgetan?

Nie, sie respektieren mich. Ich liebe es, in Deutschland zu sagen, ich sei Schweizerin, dann sind alle übelst nett. Die Schweiz ist ein Vorbild, egal wo. Wenn mich in Deutschland die Bullen anhalten, sagen die: «Was? Schweizerin? Ach ja, das sind noch normale Leute.»

Was stört Sie an der Schweiz?

Nichts, gar nichts. Die Schweiz ist das perfekte Land.

Was gefällt Ihnen am besten?

Alles. Politik, die Mitbestimmung des Volkes, völlig einverstanden. Das gibt es in

Deutschland, in ganz Europa nicht. Darum habe ich immer gesagt: Wenn die Schweiz in die EU geht, wäre das schlimm für mich, mega. Niemals will ich die Schweiz in der EU sehen. Niemals! Ich will, dass die Schweiz so bleibt, wie sie ist. Klar, «Ausländer raus», damit war ich nicht einverstanden, mein Bruder wurde ja ausgeschafft. Aber: Wenn du einen gesunden Menschenverstand hast, gibt es kein besseres Land als die Schweiz, sie ist das perfekte, bodenständige Land. Es ist so viel Geld da, so viel Reichtum, und den Schweizern merkt man es gar nicht an.

Was glauben Sie, warum ist die Schweiz so reich?

Weil wir bodenständig sind. Wenn man den Chef einer Bank trifft, mit ihm in einem Café sitzt, würde man niemals denken, dass er so viel Geld hat. Plötzlich sagt er, er sei UBS-Chef. Und du so: «Wie bitte?»

Das pure Gegenteil vom Gangsta-Rap-Business, wo alle rausposaunen, was sie haben.

Richtig. Da muss ich halt mitspielen, das ist mein Beruf. Aber ein Schweizer Bank-Typ, der das auch könnte, weil er auch Millionen hat, macht das eben nicht. Die Schweizer sind ein Fall für sich, haben ein nettes Häuschen am See, sind ganz ruhig und anständig, haben aber trotzdem 500 Millionen auf dem Konto. Merken tut man nichts, das finde ich super! Wäre ich Bank-Chefin, würde ich auch meinen netten Anzug anziehen, so tun, als hätte ich kein Geld, und immer nur Zug fahren.

Was machen Sie in Ihrer Freizeit?

Ich bin viel im Studio. Und wandern, das mache ich auch viel. Pilatus rauf, runter. Da bin ich schon sehr oft hochgelaufen. Ich bin übelst der Wander-Fan. Mozzik auch.

Sie gehen zusammen auf Wanderungen? Mit Wanderschuhen, Rucksack und Proviant?

Ja. Wir waren kürzlich auf einem Berg, übelst abgelegen. Bei einem Bauernhof arbeitete ein alter Schweizer. Er sprach Walliserdeutsch und fragte: «Loredana?» Es war lustig, ich wollte eigentlich nur auf einen Berg, wo mich niemand kennt, und dann kommt genau der. Wir waren im Nichts, es hatte nicht mal einen Coop.

Was fasziniert Sie am Wandern?

Ich will die schönsten Orte suchen, solche, die ich nie zuvor gesehen habe. Die versteckten. Wir suchen immer etwas, einen See oder so. Das haben wir, als wir in den Ferien im Kosovo waren, auch gemacht. Wir sind früher schon viel gewandert.

In Nordalbanien gibt es diese Bilderbuchlandschaft: den Koman-See. Ein verwinkelter See, ringsum grün bewachsene Berge.

Ja, genau! Diese Landschaft finde ich mega-krass. Aber das gibt es hier auch. Hier ist es auch wunderschön, in der Schweiz. ○

Kommt die Inflation?

Die Notenbanken öffnen die Schleusen. Das erhöht die Staatsschulden und verringert das Vertrauen in die Währungen. Die Risiken an den Finanzmärkten steigen. *Von Kurt Schiltknecht*

Der Vatikan und die Notenbanken haben etwas gemeinsam. Sie lieben Dogmen. Was für den Vatikan das Zölibat ist, ist für die Notenbanken das Inflationsziel von 2 Prozent. Ähnlich wie Kirchenfürsten behaupten die Notenbanken, dass sie im Gegensatz zu ihren Kritikern das Gesamtwohl des Landes und keine partikularen Interessen verfolgen. Der Fetischismus um das Inflationsziel von 2 Prozent lässt sich ökonomisch nicht begründen.

Die Messung der Inflation ist selbst unter normalen Umständen schwierig, denn nicht jede Preiserhöhung beziehungsweise -senkung ist auf eine inflationäre oder deflationäre Geldpolitik zurückzuführen. Viele Faktoren können Ursache von Preisänderungen sein: Produktivitätsverbesserungen, Innovationen, Ressourcenverknappung oder staatliche Eingriffe wie Zölle oder Steuererhöhungen. Aber auch ein exogener Schock wie die Corona-Krise kann Preisbewegungen auslösen, die nichts mit Geldpolitik zu tun haben. Niemand käme auf die Idee, den Preiszerfall beim Erdöl mit einer deflationären Geldpolitik in Zusammenhang zu bringen oder mit expansiver Geldpolitik aufhalten zu wollen. Die Notenbanken sollten darauf verzichten, eine exzessive Ausweitung der Geldmenge mit Abweichungen vom Inflationsziel zu begründen.

Schritt in die richtige Richtung

Das werden sie im Moment auch nicht tun, denn die Corona-Pandemie hat ihnen ein neues Argument für das Offenhalten der Geldschleusen geliefert. Die Zentralbanken sind heute mit einer Situation konfrontiert, die es in den letzten hundert Jahren nie gegeben hat. Allerdings verhalten sich einige Notenbanker so, wie wenn es sich nur um einen etwas grösseren Konjunkturunbruch handeln würde. Sie greifen deshalb zum Instrumentarium, das üblicherweise zur Überwindung einer Rezession eingesetzt wird. Zu wenig nehmen sie zur Kenntnis, dass die heutige Arbeitslosigkeit und der Rückgang des Volkseinkommens nichts mit Geldpolitik zu tun haben. Was Notenbanken zur Lösung der heutigen Wirtschaftsprobleme leisten können, ist marginal.

Da wegen der Staatseingriffe weniger produziert werden kann, sinkt das Volkseinkommen, und wir werden im Durchschnitt ärmer. Daran kann weder Geld- noch Fiskalpolitik kurzfristig etwas ändern. Die Wirtschaftspolitik muss sich vor allem um die Frage kümmern, wie dafür gesorgt werden soll, dass das langfristige Wirtschaftspotenzial der per Dekret geschlossenen

Bereiche intakt bleibt, dass die Lasten der Corona-Bekämpfung möglichst gerecht verteilt werden und dass eine Abwärtsspirale in der Wirtschaft verhindert wird. Geht man davon aus, dass die Wirtschaftsstruktur vor dem Ausbruch der Pandemie vernünftig war, so muss der Staat dafür sorgen, dass das stillgelegte Kapital und das Beschäftigungspotenzial nicht nur erhalten bleiben, sondern auch rasch wieder aktiviert werden können.

Indem der Staat den betroffenen Unternehmen Bürgschaften für Kredite gewährt und Kurzarbeits- und Arbeitslosenentschädigungen ausbezahlt, ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Bleiben jedoch die Geschäfte länger geschlossen, müssen anstelle der Kredite Direktzahlungen an die von der Lähmung betroffenen Personen und Firmen erfolgen. Sonst laufen die Geschäfte Gefahr, wegen Überschuldung ihre Aktivitäten einstellen zu müssen.

Solche Unterstützungsmassnahmen kosten enorm viel, vor allem wenn sie länger andauern. Wer nun glaubt, diese Kosten könnten durch das Öffnen der Geldschleusen, durch weitere Käufe von Staatsanleihen oder – wie bei der Europäischen Zentralbank (EZB) – von Ramschanleihen zum Verschwinden gebracht werden, irrt sich. Je einfacher es die Notenbanken den mit Notrecht Regierenden machen, ihren Schuldenberg wachsen zu lassen, desto grösser wird deren Lust zu noch mehr Ausgaben. Je grösser aber diese und die öffentlichen Schulden werden, desto mehr sinkt das Vertrauen in die Qualität der Staatsschulden und damit letztlich in die Währung.

Dass aufkeimende Zweifel bisher nicht stärker die Wechselkursrelationen beeinflusst haben,



Auftrieb für den Franken.

hängt damit zusammen, dass die meisten Notenbanken eine Politik der Geldschwemme verfolgen und es noch nicht klar ist, wer die grössten Sünden begeht. Allerdings zeigen sich beim Wechselkurs des Frankens trotz der enormen Ausweitung der schweizerischen Staatsschulden bereits wieder Aufwertungstendenzen. Dass nun die Nationalbank mit Interventionen dagegenhält, ist ein Fehler. Früher oder später wird die Wechselkursanpassung unausweichlich.

Lösung auf morgen verschoben

Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme ist nicht befürchten, dass sich die durch die Corona-Pandemie zusätzlich ausgelöste Geldschwemme umgehend in einer Inflation niederschlagen wird. Doch das Ausbleiben einer Inflation im Konsumbereich bedeutet nicht, dass die Geldschwemme keine Störungen zur Folge hätte oder eine spätere Inflation vom Tisch wäre. Steigende Risiken auf den Finanzmärkten sind nicht mehr zu übersehen. Die jüngsten milliardenschweren Rückstellungen der amerikanischen Banken für gefährdete Kredite lassen erahnen, was auf die Finanzmärkte und etwas später auf die Wirtschaft zukommt. Ängste vor einer neuen Bankenkrise sind nicht unbegründet. Es rächt sich, dass die Aufsichtsbehörden und Politiker es nach der Bankenkrise versäumt haben, wesentlich höhere Eigenmittel vorzuschreiben.

Es ist unverständlich, weshalb die Notenbanken bereit sind, die Geldpolitik für Aufgaben einzusetzen, die sie nicht lösen können. Die Lösung der Probleme wird dank der Geldschwemme nur auf morgen verschoben und weckt damit bei vielen die Illusion, dass mit einer unbegrenzten Geldvermehrung Wirtschaftsprobleme weitgehend problemlos gelöst werden könnten. Doch in der Vergangenheit sind alle Versuche, Wirtschaftsprobleme so zu lösen, nicht nur gescheitert, sondern haben massgeblich zur Zerstörung von Wohlstand beigetragen.

Kurt Schiltknecht ist ehemaliger Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank.

Sittenzerfall in Bellinzona

Am Bundesstrafgericht wird gestritten und intrigiert.
Die Aufsicht findet die Vorgänge nicht schlimm. Zu Recht?
Von Katharina Fontana

Aussen hui und innen pfui – an diese Redewendung fühlt man sich erinnert, wenn man an das Bundesstrafgericht in Bellinzona denkt. Im gediegenen Gebäude am Viale Stefano Francini geht es seit geraumer Zeit gar nicht würdig zu und her. Hinter der noblen spätklassizistischen Fassade werden die Messer gewetzt und Richterkollegen gemeuchelt – bildlich gesprochen zumindest. Schon seit längerem ist bekannt, dass etliche Vorgänge im eidgenössischen Gericht merkwürdig sind und der Hausseggen schief hängt («Grauzonen der Strafjustiz», *Weltwoche* Nr. 26/19).

Immer mehr machten in den Medien Vorwürfe die Runde, dass einige der zwanzig Bundesstrafrichter Spesenritter seien, ihre Arbeitszeit oftmals für Nebenjobs einsetzten, dass Tessiner gemobbt würden, dass es Günstlingswirtschaft und amouröse Affären gebe. Die Informationen, mit denen die Journalisten beliefert wurden, stammten offenkundig aus dem Gericht selber.

Vendetta?

Das Bundesgericht, das als Aufsichtsbehörde über das Bundesstrafgericht fungiert und seine Aufgabe bis dato ziemlich leger wahrgenommen hatte, konnte vor den Schlagzeilen nicht länger die Augen verschliessen. Anfang Jahr machte sich die dreiköpfige Verwaltungskommission unter dem Vorsitz von Bundesgerichtspräsident Ulrich Meyer gezwungenermassen auf, die Vorgänge in Bellinzona abzuklären. Nun die Entwarnung: Wenig bis nichts von den Vorwürfen treffe zu, teilte Meyers Gremium dieser Tage in seinem Aufsichtsbericht mit. Kein Schlendrian, kein Sittenzerfall. Gegenwärtig sei «nur eine Richterpersion an einer gerichtswinteren Liebschaft beteiligt», nämlich der Präsident der Strafkammer, der mit einer Gerichtsschreiberin der Beschwerdekammer liiert ist.

Die Richter würden miteinander zwar keinen kollegialen Umgang pflegen, heisst es im



«Stürmische Auftritte»: Bundesstrafgericht.

Aufsichtsbericht. Es sei zu Streit und «stürmischen Auftritten» gekommen, gewisse Repräsentanten zeigten einen Mangel an Takt, Anstand und Höflichkeit gegenüber den Unterebenen, es komme zu Verbalinjuriern, und die «kulturellen Eigenheiten» der Tessiner würden nicht immer genügend berücksichtigt. Der von Tessinern erhobene Vorwurf, dass sie von den Deutschschweizern und Romands gemobbt würden, trifft laut Bundesgericht indes in keiner Weise zu. Der Umstand, dass zwei Tessiner Kammerpräsidenten – Claudia Solcà und Giorgio Bomio – vom Plenum nicht wiedergewählt worden seien, liege einzig daran, dass Erstere in dieser Funktion eindeutig nicht genügt habe, während Letzterer sich bei einem Parlamentarier in unzulässiger Weise gegen die Wiederwahl von Bundesanwalt Michael Lauber ausgesprochen habe.

Alles gut also? Ein Sturm im Wasserglas? Wer sich den Aufsichtsbericht anschaut, bekommt Zweifel. Und zwar in mehrfacher Hinsicht. Ob das Bundesgericht zu einer Vendetta gegen missliebige Tessiner Richter Hand geboten hat, wie gewisse Quellen monieren, ist schwer zu beurteilen. Auffällig ist jedoch, dass Meyers Gremium die italienischsprachigen Richter unverblümt abkanzelt, bei den ande-

ren Fehlbaren indes einen viel nachsichtigeren Ton anschlägt. So etwa bei Bundesstrafrichterin Andrea Blum, welche die gerichtswinteren Probleme, die sie störten, kurzerhand ihrem Parteifreund und Vertrauten, dem SVP-Nationalrat Pirmin Schwander, zutrug und damit ins Parlament brachte. Dass Schwander Mitglied der Gerichtskommission ist, die sich um Richterwahlen kümmert, macht die Sache nicht besser. «Das direkte Angehen von Rats- und Kommissionsmitgliedern durch Übermittlung von Informationen und Dokumenten aus dem Gericht durch einzelne Richterpersonen verletzt [...] das Amtsgeheimnis», hält das Bundesgericht zu Blums Vorgehen lediglich fest. Das ist doch eine ziemlich zahme Ermahnung.

Entscheid in eigener Sache

Auch andere Richter scheinen es mit der Gesetzes- und Rechtstreue nicht so genau zu nehmen. Etwa Vizegerichtspräsident Stephan Blättler, der neben seiner Tätigkeit in Bellinzona noch SVP-Vertreter im Stadtparlament von Bülach ist, wofür er eine Bewilligung der Verwaltungskommission des Gerichts benötigt. Blättler gehört der Verwaltungskommission selber an, er befand es indes nicht für nötig, als Direktbetroffener in den Ausstand zu treten und einen anderen Richter über die Angelegenheit entscheiden zu lassen. Dem Bundesgericht ist dieses erstaunliche Vorgehen gerade mal eine Fussnote wert.

Hat Meyers Gremium die Vorkommnisse wirklich neutral betrachtet? Oder wollte es die leidige Sache einfach möglichst schnell vom Tisch haben? Dies zu beurteilen, liegt in einem nächsten Schritt an den Geschäftsprüfern des Parlaments. Die Vorgänge in Bellinzona lediglich als interne Querelen unter Richtern abzutun, die das Heu nicht auf derselben Bühne haben und die, wie der Aufsichtsbericht zeigt, ihre Kollegen teils mit Wonne anschwärzen und diesen den Posten streitig machen, greift jedenfalls zu kurz.

Zum einen muss man sich fragen, ob die Streitigkeiten und Machtspiele nicht so massiv sind, dass die Funktionsfähigkeit des Gerichts beeinträchtigt ist. Zum andern erwartet man als Bürger, dass redliche und gefestigte Persönlichkeiten die richterliche Aufgabe ausüben. Es geht um Würde und Ethos des Amtes und darum, dass Rechtsunterworfenen ein Urteil ernst nehmen können und sich nicht vor einem Augiasstall wähen. ○



Michelle Rütli-Kumli,
CEO Kumli Netzwerk,
Meisterschwanden

«Wenn wir kein soziales und wirtschaftliches Elend wollen, müssen wir jetzt, unter Berücksichtigung der Hygienevorschriften, öffnen. Denn allein in der Schweiz gibt es täglich 2000 Arbeitslose mehr!»

Sein Ding zieht er fadengerade durch

Pierre Kohler veranstaltete eine Miss-China-Wahl im Jura und machte daraus einen Film. Jetzt lässt er in Delsberg 100 000 Masken verteilen, weil er findet, die Behörden würden versagen. Der Alt-Nationalrat bleibt der ungewöhnlichste Politiker der Romandie. *Von Hubert Mooser*

Die Adresse ist in normalen Zeiten für Junge und Fussballfans ein Ausrufezeichen: die «Brooklyn Bar» an der Route de Moutier 9 in Delsberg. Besonders wenn die Fussballspiele der Champions League auf einem Grossbildschirm übertragen werden, herrscht im stillvollen Lokal Hochbetrieb. Doch am Freitag vor einer Woche traf sich hier eine ganz andere Klientel: Lokalinhaber Pierre Kohler, alt Nationalrat, alt Staatsrat und ehemaliger Bürgermeister von Delsberg, ein Hansdampf in allen Gassen, verteilte 100 000 Masken als Schutz vor dem Coronavirus gratis an die Bevölkerung.

Da stand er nun, mit einem schwarzen T-Shirt bekleidet und mit Mundschutz, verteilte eigenhändig Packung um Packung mit je fünfzig Masken an die Leute und freute sich diebisch, dass er dem jurassischen Staatsrat die Show stehlen konnte. Die Kantonsregierung hatte in den Tagen davor angekündigt, man werde am Samstag 15 000 Schutzmasken verteilen, fast siebenmal weniger als Pierre Kohler. Und die Dinger des Kantons seien erst noch zehn Jahre alt, wie Kohler nicht ohne ironischen Unterton zu verstehen gab.

Wer ihn kennt, fragt sich, ob er die ganze Aktion wohl nur geplant habe, um die Kantonsregierung schlecht aussehen zu lassen. «So ein Unsinn», wehrt sich Kohler. «Es wäre eigentlich die Aufgabe des Bundes gewesen, Masken an die ganze Bevölkerung zu verteilen.» Schliesslich habe das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in seinem Pandemieplan empfohlen, jeder Haushalt solle fünfzig Stück auf Lager halten. Dem Jurassier geht es wie vielen anderen: Es will ihm nicht ganz einleuchten, weshalb das BAG in normalen Zeiten den Kauf von Schutzmasken empfiehlt, im Falle einer Pandemie diese aber für unnötig hält. Jedenfalls wiederholt das BAG-Experte Daniel Koch seit Wochen bei jeder Pressekonferenz.

Bekannt wie ein bunter Hund

Egal, aus welcher Laune heraus Kohler den grossen Wohltäter spielte, die Aktion in der «Brooklyn Bar» ist typisch für ihn. Der Rechtsanwalt, Unternehmer, Immobilienhändler, Restaurantbesitzer, Kunstmäzen und Querkopf mischt seit Jahrzehnten die Politik in seinem Kanton auf. In der deutschsprachigen Schweiz kennt man ihn nicht so gut, aber in der Romandie ist Kohler bekannt



Er foutierte sich um Parteilinie und Parteiräson: Querkopf Kohler mit Gattin Geneviève.

wie ein bunter Hund, und das ist nicht erst, seit er im Herbst 2018 im Bahnhof Biel die Abfahrt eines Intercitys nach Genf verhinderte. Er wollte damit sicherstellen, dass die Passagiere, die im Zug von Delsberg anreisten, den Anschlusszug nach Genf erreichten. Er selber hatte zuvor diesen schon mehrmals verpasst.

Der 56-jährige Bauernsohn gehört politisch eigentlich zur CVP, aber er foutierte sich zeitlebens um Parteilinie und Parteiräson. Die NZZ bezeichnete ihn deswegen einmal als das «Enfant terrible» der CVP. Mit 29 Jahren landete er 1993 seinen ersten Coup: Er wurde der jüngste Schweizer Staatsrat, und das gegen den Willen seiner Partei. Kohler war als wilder Kandidat ins Rennen gestiegen und siegte. Hoch angerechnet wird ihm bis heute, dass er als jurassischer Umweltminister die Basler Chemie zur Sanierung der Sondermülldeponie Bonfol überreden konnte.

Neun Jahre hielt es der umtriebige Jungpolitiker in der Regierung aus, 2002 trat er zurück. Kohler kündigte dabei an, er wolle 2003 für den Ständerat kandidieren, packte seine Sachen zusammen und verreiste mit der ganzen Familie für sechs Monate nach China – um Chinesisch zu lernen, wie er damals sagte.

In seiner Abwesenheit stellte die CVP Jura zwei Kandidatinnen für den Ständerat auf. Kohler reagierte mit einer Kampfkandidatur

für den Nationalrat und drängte dabei prompt einen der Gründerväter des Jura, François Lachat, aus dem Amt. Das hat ihm das jurassische Polit-Establishment bis heute nicht ganz verziehen.

Zuchtstier «Top Gun» wurde verwurstet

In Bern fiel er als solider Finanzpolitiker auf, der im Gespann mit dem Walliser Christophe Darbellay spektakuläre Sparpakete vorlegte. Aber es gab eben auch andere Geschichten. Aus seiner Zeit im Nationalrat ist zum Beispiel ein Streit zwischen ihm und dem Ostschweizer Landwirt und SVP-Nationalrat Elmar Bigger um einen Stier namens «Top Gun» überliefert. Kohler hatte eine Besamungsfirma mit zwanzig Zuchtstieren aufgekauft. Die Tiere waren zur Pflege auf diverse Bauernhöfe verteilt, so auch «Top Gun», der bei Bigger im Stall stand. Jedenfalls glaubte das Kohler, bis er feststellen musste, dass der SVP-Nationalrat den Stier ohne sein Wissen hatte verwursten lassen – weil dieser nicht die gewünschten Resultate gebracht hatte. Das freute Pierre Kohler gar nicht.

Aufsehen erregte Kohler auch, als er 2006 das Halbfinale der Miss-China-Wahl nach Delsberg holte. Er habe die asiatischen Schönheiten im Stroh übernachtet und im Bikini auf einem Gletscher posieren lassen, schrieb

die NZZ. Daraus bastelte er dann auch den Film «Win Win», der in die Kinos kam und in Kohlers zweiter Heimat, im Wallis, Vorpremiere hatte. Ein Grund dafür: Kohler ist mit einer Walliserin verheiratet. Wenn er nicht in Delsberg ist, wohnt er in einem mittelalterlichen Turm in der Walliser Gemeinde Venthône mit Blick auf Siders und das Rhonetal.

Zu seinem Freundeskreis zählt auch der frühere CVP-Präsident Christophe Darbellay, heute Staatsrat im Wallis. Kohler wäre 2004 gerne selber Parteichef geworden. Die Partei entschied sich damals aber für Doris Leuthard. Kohlers Kandidatur wurde knapp zur Kenntnis genommen.

Sankt-Martins-Fest für Veganer

Sein Abgang aus Bern nach bloss vier Jahren kam dann etwas überraschend. Er selber sagte damals, er werde in Zukunft die Kinder hüten. Im Jura dagegen munkelte man, er habe bei einer Intrige gegen einen CVP/CSP-Staatsrat die Fäden gezogen. Als die Sache aufzufliegen drohte, habe er sich als Nationalrat zurückgezogen. Kohler hat das immer demotiviert.

Stillhalten wollte oder konnte er nicht. Nachdem die Stadt Delsberg zwei seiner Herzensprojekte versenkt hatte, kandidierte er als Stadtpräsident. Delsberg war seit über fünfzig Jahren fest in der Hand der Sozialdemokraten, aber Kohler schaffte die Sensation und schlug Amtsinhaber Gilles Froidevaux. 2015 wollte Pierre Kohler mit einem Ständeratssitz seine Laufbahn krönen. Die CVP stellte ihn als Mitbewerber nebst der amtierenden Anne Seydoux auf – aber dann verlor Kohler erstmals in seiner Laufbahn eine Wahl. Und wie: Er holte bloss halb so viele Stimmen wie Anne Seydoux.

Seither sind zwischen Kohler und der CVP alle Bande zerrissen. Im letzten Jahr trat er aus der Partei aus. «Das Kapitel Politik ist für mich abgeschlossen», sagt er. Aber alle, die ihn kennen, wollen das nicht recht glauben. Denn wenn es etwas gibt, was ihn charakterisiert, dann seine Unberechenbarkeit. «Man weiss nie genau, was er gerade im Schilde führt», sagt einer seiner Freunde, der jurassische CVP-Nationalrat Jean-Paul Gschwind. Ein anderer findet: Pierre Kohler werde wegen seines etwas unorthodoxen Stils häufig von vielen unterschätzt.

Kohler zieht sein Ding fadengerade durch – wie im November des letzten Jahres, als Pruntrut das Sankt-Martins-Fest feierte. Die Gasthäuser in der Region servieren an diesem Anlass traditionellerweise Spezialitäten vom Schwein. Deshalb nennen die Jurassier das Sankt-Martins-Fest auch das Fest des Schweins. Und was tut Kohler? Er veranstaltet in einem Restaurant in Pruntrut ein Sankt-Martins-Fest für Veganer – ein Sakrileg. Aber so ist halt der Pierre Kohler.

Brief aus den Bergen

Corona als Tourismus-Segen

Der Ferntourismus hat in den nächsten zwei Jahren einen schweren Stand. Die Berg-Hoteliere wollen in die Bresche springen. Von Andrea Masüger

Am 7. Februar tagten die Bündner Hoteliers in der prächtigen Luxus-Jugendstilherberge «Reine Victoria» in St. Moritz. Die Jahrestagung des Verbands ist immer ein VIP-Event mit Hunderten von Gästen und steht meist im schroffen Gegensatz zur Wirklichkeit: aufgeräumte Stimmung, herzliche Atmosphäre, prächtiger Lunch. Aber stets dramatische Verbandsgeschäfte: Schneemangel, ausländische Billigkonkurrenz, vom Volk durchkreuzte Olympiapläne, Zweitwohnungsinitiative, zu teurer Franken, Terroranschläge.

Doch dieses Jahr konnte Hotelier-Präsident Ernst «Aschi» Wyrsh in seinem ansteckenden Optimismus erstmals seit Menschengedenken verkünden: Wir sind über den Berg, Kollegen! Die Branche hat sich gefangen, die Erträge stimmen wieder, die Krisen haben uns gestählt, wir freuen uns auf die Sommersaison und den nächsten Winter!

Doch in einem Nebenraum wartete schon der Corona-Sensenmann. Man lächelte über ihn, gab es doch an diesem Tag erst ein paar Dutzend Tote im fernen China. Knapp drei Monate später nun das: vollständiger Stillstand des Tourismus. Die ganze Welt radiert gerade ihre Ferien aus. Die Umsätze sind in diesen Tagen um 80 bis 95 Prozent eingebrochen, auf das ganze Jahr gerechnet, dürfte das Minus einen Drittel oder auch die Hälfte ausmachen. «Die Stornierungswellen sind beispiellos», sagte ein geschockter Seco-Vertreter kürzlich.

Eine Frage des Gewissens

Aber Ernst Wyrsh schreckt nichts mehr. Als legendärer Direktor des Davoser Grandhotels «Belvédère» schüttelte er während Jahren die Hände von Staatspräsidenten, Uno-Generalsekretären und Revolutionsführern, die während des World Economic Forum (WEF) bei ihm logierten. Sein Hotel war der Hotspot des WEF. Dennoch wusste er stets, wo der wahre Wert des Bergtourismus liegt: beim kleinen Gast, der eine Beziehung mit dem Betrieb und seiner Mannschaft eingeht. Auch als Fünfsternehotelier führte er jede Woche als Wanderleiter eine kleine Gästegruppe ins Gebirge. Das ergab enorme Verbindungen.

Sein Businessplan war einfach: mit den Gästen eine Beziehung aufbauen, die ihnen



Frische Luft: Hotelier-Präsident Wyrsh.

ein schlechtes Gewissen einjagt, falls sie nicht mehr wiederkommen.

Das gute Gewissen ist nun auch das Rezept für den Wiederaufbau des Corona-verwüsteten Bergtourismus. Hier kommt den Hoteliers der Umstand entgegen, dass Fernreisen wohl lange nicht mehr möglich sein werden. Eine Corona-Impfung wird in fünfzehn bis achtzehn Monaten erwartet, bis das Kontinentalhüpfen wieder möglich ist, werden zwei Jahre ins Land ziehen. Dazwischen gilt es, den Binnentourismus anzukurbeln. Nach Monaten des Distanzhaltens und der sozialen Isolation würden sich die Menschen frische Luft, eine neue Umgebung und persönliche Nähe wünschen. Solche Angebote müsse die Berghotellerie jetzt aufbauen, sagt Wyrsh.

Er sieht beim klassischen Gast grosse Veränderungen kommen. Corona habe das Potenzial, dass die Leute ihren touristischen Aktivismus überdenken würden, eine neue Bescheidenheit einkehre und das Lokale wieder an Bedeutung gewinne. Wieso nicht einmal ein kleines Dorf im eigenen Land entdecken? Wenn die Hoteliers dieses Momentum für einen Beziehungsaufbau zum Gast nutzen würden, könnte sich diese Krise sogar zu einer Renaissance des Bergtourismus entwickeln.

Nicht umsonst betätigt sich Wyrsh auch als Glücks-Coach. Er verfügt über die Fähigkeit, auch dem Schlimmsten noch Gutes abzugewinnen. So wird also Corona zur grossen Chance des Schweizer Tourismus, ja vielleicht sogar zu seinem Segen. Einmal mehr entsteht der Phönix der Asche.

Andrea Masüger war Chefredaktor der *Südostschweiz* und CEO von Somedia.

Ein halbes Land träumt von ihr

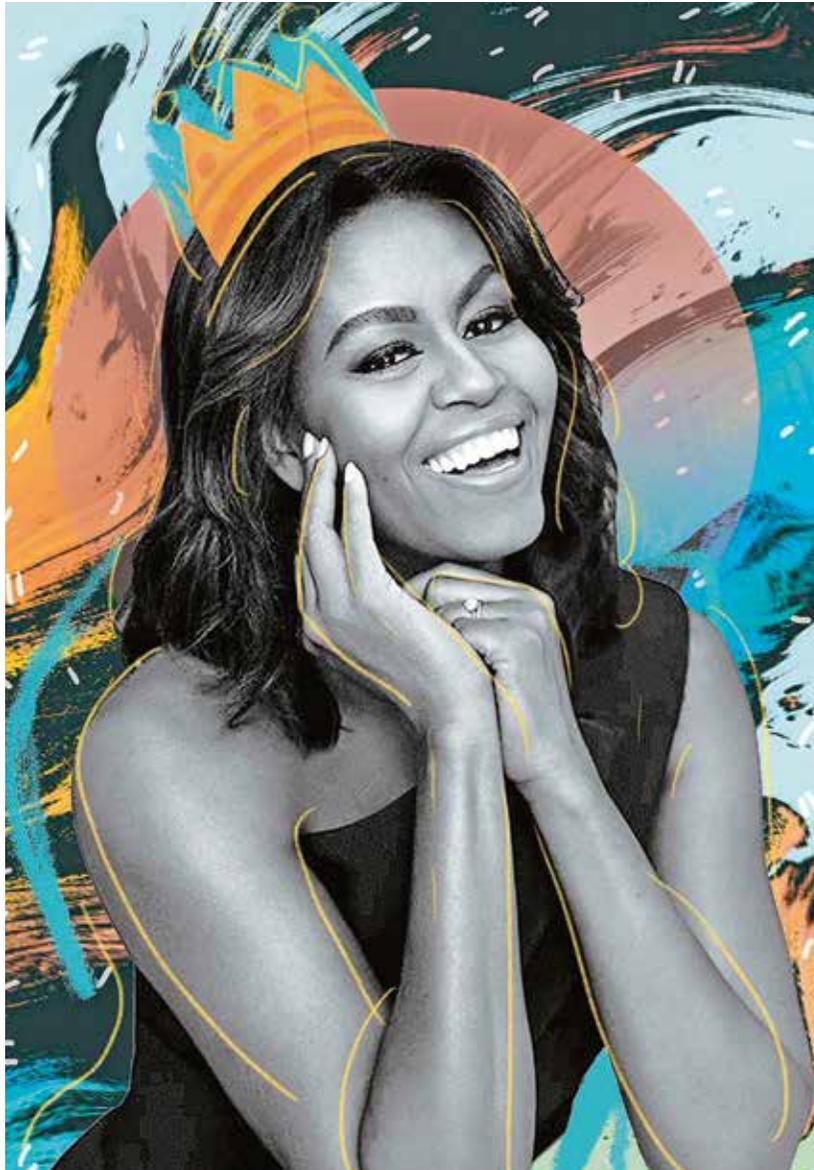
Michelle Obama gilt als populärste Frau der Welt, eine Lady Di des 21. Jahrhunderts. Vielleicht wird die schwarze Arbeitertochter aus Chicago sogar Amerikas erste Präsidentin. Was ist das Geheimnis ihres beeindruckenden Erfolgs? Von Beatrice Schlag

Wenn er gegen seine Frau antreten müsste, sagte 2008 der damalige Präsidentschaftskandidat Barack Obama, würde er verlieren. Es war ein charmantes Kompliment und eine völlig richtige Einschätzung. Obama ist ein brillanter Redner, aber, verglichen mit seiner Frau, ist er am Mikrophon ein Stockfisch. Er wirkte im Wahlkampf smart, aber kalt und gelegentlich arrogant und abgehoben. Wer seine Frau live reden hörte, hing ungeachtet der eigenen politischen Meinung an ihren Lippen. Die Frau konnte ohne Manuskript eine Stunde druckreif reden, ohne jemanden mit Ideologie zu langweilen.

Sie war warm, bodenständig, leidenschaftlich und holte die Leute mit Themen ab, die jeden angingen, der nicht reich geboren war: «Die meisten Amerikaner fordern nicht viel», sagte sie, «sie wollen sicher sein, dass sie ihre Familien durchbringen, dass es für ihre Kinder anständige Schulen gibt und dass sie nach der Pensionierung in Würde alt werden können und nicht bankrottgehen, wenn sie krank werden. Die traurige Wahrheit ist, dass heute in unserem Land dieses kleine bisschen Leben unmöglich geworden ist.» Dringlichkeit statt Polit-Floskeln. Und die Frau hatte, nicht zu vergessen, eine sehr schöne Stimme.

Princeton und Harvard

Die meisten Wähler wussten damals noch wenig über Michelle Obama. Der verregnete erste Februarsonntag 2008, an dem ich sie zum ersten Mal live hörte, war der Super Bowl Sunday. Angekündigt waren in der Arena der University of California in Los Angeles neben Michelle Obama die Rednerinnen Oprah Winfrey, Caroline Kennedy und Schwarzenegger-Gattin Maria Shriver. Oprah, Kennedy und Shriver waren die Namen, die alle anlockten, die sich nicht für Football interessierten.



«Ich war nie eine grosse Freundin der Politik»: ehemalige First Lady Michelle Obama.

Mit der ansteckenden Power von Michelle Obama hatte kaum jemand gerechnet. Entsprechend überwältigend war der Jubel. Es sei, schrieb der Reporter der *New York Times* am nächsten Tag, die beste Veranstaltung gewesen, «die ich in zwanzig Jahren Wahlberichterstattung erlebt habe». Die grossgewachsene schwarze Arbeitertochter aus Chicagos South Side, die dank Stipendien Studien in Princeton und Harvard absolvieren konnte, wurde zum Medienereignis.

Michelle Obamas Auftritte verblüfften nicht nur das demokratische Publikum. Etwa wenn sie über ihren Mann spottete: «Er riecht morgens nicht sehr gut.» Oder davon warnte, «ihn als neuen Messias zu sehen, der alles richten

wird». Oder über seine abstehenden Ohren lästerte. «Ich will kein unrealistisches Bild davon abgeben, wer wir sind. Wir necken uns gnadenlos. Er kann sehr gut mit einer starken Frau umgehen, was einer der Gründe ist, weswegen er zum Präsidenten taugt.» Letzteres ist vermutlich eine Aussage, die Männer nicht auf Anhieb verstehen oder verstehen wollen.

Wenig später sagte sie bei einer Rede in Wisconsin den Satz, der ihr für Jahre vorgehalten werden sollte: «Zum ersten Mal, seit ich erwachsen bin, bin ich stolz auf Amerika.» Was sie meinte, war, dass sie erstmals in ihrem Land eine ernsthafte Sehnsucht nach Veränderung wahrgenommen habe. Laura Bush, damals ebenso leise wie herzliche Noch-First-Lady, stellte sich sofort schützend vor sie. «Was sie sicher sagen wollte», erklärte sie vor Journalisten, «war, dass sie jetzt noch stolzer ist auf ihr Land. Ich weiss, was die Presse mit Zitaten anstellt.»

Es half nichts. Cindy McCain, Ehefrau von Baracks republikanischen Gegenkandidaten, konterte sofort, sie sei immer stolz auf Amerika gewesen. Die konservative Presse brandmarkte Michelle als zornige und bittere Frau. Barack Obamas Kampagnenleitung wies sie energisch an, sich künftig mit politischen Äusserungen zurückzuhalten.

Michelle Obama gehorchte. Fortan pries sie bei Reden die «Yes, we can»-Botschaft ihres Mannes und unterstrich die Wichtigkeit ihrer Familie. Sie ahmte nach, was den undefinierten Job einer First Lady bisher traditionell geprägt hatte: verbale politische Enthaltensamkeit, Betonung der Wichtigkeit des Ehemanns für das Land, Priorität ihrer Mutterpflichten. Quasi nebenamtlich ausserdem wohlätiges Engagement, das niemandem politisch zu nahe trat. Statt bei Wahlveranstaltungen sah man sie nun im Frühstücksfernsehen beim Geplauder mit den Moderatorinnen. Viele

ihrer Bewunderer und vor allem Bewunderinnen waren masslos enttäuscht. «Ich vermisse die alte Michelle», schrieb Chefredaktorin Kate Marsh in der *New Republic*.

Nicht, dass sie zum *Huscheli* mutierte. Als Barack Obama am 4. November 2008 zum Präsidenten gewählt wurde, schritt seine Frau mit ihren grossen Schritten strahlend auf ihn zu und umarmte ihn, was er ebenso zu geniessen schien wie sie. Dabei trug sie ein tollkühn gemustertes schwarz-rotes Kleid, das aussah wie ein explodierender Vulkan. Es schien zu rufen, was Michelle Obama sich inzwischen zu sagen verboten hatte: «Ich bin keine leise Frau. Ich kann meinen Mund nicht halten.» Modeexperten zerrissen sich die Mäuler oder lobten sie in den Himmel für ihren Mut. Es war der Beginn ihres Aufstiegs zur Fashion-Ikone.

Ihre auffällige Vorliebe für einen Stilmix aus Warenhaus und Kleidern vornehmlich junger amerikanischer Designer, *reality chic* getauft, wurde millionenfach kopiert. Kurz vor dem Einzug der Obamas ins Weisse Haus heizten die Medien eine Debatte an über die Unbefangenheit der künftigen First Lady, in ärmellosen Kleidern ihre durchtrainierten Arme zu zeigen. Jacqueline Kennedy, deren modischer Geschmack in den USA jahrelang wegweisend war, hatte als Präsidentengattin mit Vorliebe ärmellose Etuikleider getragen, ohne dass jemand daran Anstoss genommen hätte. Rassismus nimmt manchmal bizarre Formen an.

Gemüsegarten vor dem Weissen Haus

Michelle Obama dachte weiterhin nicht daran, ihre Arme bedeckt zu halten, und blieb modisches Vorbild. Nach den Inaugurationsfeierlichkeiten wurde sie eine Weile lang seltener in der Öffentlichkeit gesehen. Sie suchte ihre Aufgabe in einem Amt, in dem sie eigentlich nichts Verbindliches musste und ausser ihrem Image kaum über Instrumente verfügte. Aber eines war ihr, wie sie sagte, von Anfang an klar: «Ich wollte mich nicht in ein Anhängsel in hübschen Kleidern verwandeln, das sich bei Empfängen blicken liess. Ich wollte mich Aufgaben widmen, die auf lange Sicht relevant waren.»

Als Erstes liess sie auf dem Gelände des Weissen Hauses einen grossen Gemüsegarten anlegen. Ihr Fernziel war, eine landesweite

Diskussion über gesunde Ernährung in Schulen und Familien anzuregen. Ein Drittel der amerikanischen Kinder war fettleibig oder übergewichtig. Später kamen unter anderem das Gesundheitsprogramm «Let's Move» hinzu und ein Unterstützungsprogramm für die Familien von Soldaten an der Front. Ihre Fernsehauftritte als Vorturnerin oder Vorleserin wurden wieder häufiger. Kritiker beurteilten ihre Leistungen als First Lady zwiespältig. Zu wenig Feminismus, bemängelten manche. Endlich werde Fettleibigkeit ernst genommen, lobten andere.

60 Millionen Dollar Vorschuss

Wie beliebt Michelle Obama nach wie vor war, zeigte sich gegen Ende der achtjährigen Amtszeit. Immer häufiger wurde spekuliert, sie werde wie Hillary möglicherweise selber

«Ich bin keine leise Frau. Ich kann meinen Mund nicht halten.»

ins Rennen um die Präsidentschaft steigen. Ihr Ehemann winkte ab. «Drei Dinge sind sicher», sagte Barack Obama bei einem Auftritt 2016: «Tod, Steuern und dass Michelle nie fürs Weisse Haus kandidieren wird.» Sie hatte anderes vor.

Im November 2018 erschien ihre bemerkenswert selbstkritische Autobiografie «Becoming», für die sie angeblich einen Vorschuss von 60 Millionen Dollar kassiert hatte. Das Buch verkaufte sich bisher weltweit über elf Millionen Mal. Für Auftritte bei ihrer Lesereise durch die USA und Europa wurden Stadien angemietet. Tickets kosteten mehrere hundert Dollar.

Dass sie nach wie vor den Status eines Superstars hat, zeigt auch die gegenwärtig in den USA ständig wiederkehrende Frage, mit welcher Vizepräsidentin Demokrat Joe Biden ins Präsidentschaftsrennen steigen sollte. Dass die Riege fähiger Politikerinnen in der Partei beeindruckend ist, zeigten allein schon die Kandidatinnen für die Präsidentschaftsnominierung. Dennoch fällt als Erstes immer der Name Michelle Obama, wenn von der idealen Vize-Besetzung die Rede ist.

Bidens Ehefrau Jill, die eng mit der ehemaligen First Lady befreundet ist, lachte herzlich, als sie kürzlich gefragt wurde, ob es nicht doch eine Chance gebe, dass Obama zusage: «Ich fände das wunderbar. Aber ich glaube, sie hat die Nase voll von Politik.» In ihrer Autobiografie verrät Michelle Obama auch, weshalb: «Ich war nie eine grosse Freundin der Politik. Meine Erfahrungen in den letzten zehn Jahren waren nicht dazu angetan, etwas daran zu ändern. Die Gehässigkeit stösst mich nach wie vor ab. Ich bin für diese Arena nicht gemacht.»



Inside Washington

König De Blasio

In der Corona-Krise sind alle gleich. Nur New Yorks Bürgermeister ist gleicher.

Winston Churchill bemerkte einmal: «Der Preis für Grossartigkeit ist Verantwortung.» Der Bürgermeister von New York City, Bill de Blasio, der mit der Verantwortung über eine Stadt betraut ist, die bis Sonntag 16 673 Corona-Todesfälle zu beklagen hatte, wünscht eine Auszeit.

Am Samstag wurde der Hüne mit seiner Frau im Prospect Park von Brooklyn gesichtet, 17,7 Kilometer von der 2171 Quadratmeter grossen Villa an der Upper East Side entfernt, die der Bürgermeister sein Zuhause nennen darf. Laut Google Maps dauert die Fahrt eine Stunde mit der U-Bahn oder dreieinhalb Stunden zu Fuss. Der Bürgermeister entschied sich natürlich dafür, sich von seinem Chauffeur samt Sicherheitseskorte befördern zu lassen.

Die New Yorker waren ausser sich. Meghan McCain, Tochter des verstorbenen Senators John McCain, twitterte: «De Blasio ist eine nationale Schande. Die New Yorker haben jedes Recht, über die eklatante Missachtung seiner eigenen Regeln wütend zu sein.» Darren Goldner, der adleräugige Brooklyner, der den Bürgermeister in flagranti filmte, rief dem Demokraten zu: «Du nennst dich einen Progressiven, aber du lässt dich nach Brooklyn chauffieren! Das ist der Inbegriff einer nicht notwendigen Reise!»

Die Unterscheidung zwischen «notwendig» und «nicht notwendig» hat den New Yorker Politiker während der Krise wiederholt verwirrt. Erst vor zwei Wochen hatte de Blasio einen Videoanruf auf Twitter gepostet, in dem er die New Yorker fröhlich anwies, Verstösse gegen das Social Distancing bei den Behörden anzuzeigen. Die Spitzel-Hotline 311-692, die er hilfsbereit anbot, wurde missbraucht und sofort zum Absturz gebracht. Der Bürgermeister bleibt auch nach dem jüngsten Eklat uneinsichtig und herrisch. Seine Antwort an seine Prospect-Park-Kritiker: «Meine Situation ist besonders.» *Amy Holmes*



Fidel Stöhlker,
Geschäftsführender
Partner Klaus J. Stöhlker
AG, Zollikon

«Der Lockerungsplan schafft zusätzliche Ungerechtigkeiten.

Die Entscheide sind wenig durchdacht. Es handelt sich um einen Schnellschuss aus Angst vor der Bevölkerung, deren Nerven blank liegen.»

Was Europa Franco zu verdanken hat

Diktator Francisco Franco unterdrückte seine linken Gegner brutal und schaffte die Demokratie in Spanien ab. Doch sein vernichtender Sieg im Bürgerkrieg und seine hartnäckige Neutralität im Zweiten Weltkrieg retteten Westeuropa nicht nur vor Stalin, sondern auch vor Hitler. *Von Nicholas Farrell*

Im Gegensatz zu vielen anderen Diktatoren starb Francisco Franco, nach vierzig Jahren an der Macht, in seinem Bett. Doch das Urteil der Mainstream-Historiker über den Caudillo (Führer) ist vernichtend: ein brutaler General, der Spaniens gewählte Regierung stürzte, mit Hilfe von Deutschlands Adolf Hitler und Italiens Benito Mussolini eine faschistische Diktatur errichtete – und seine Gegner ausrottete im «spanischen Holocaust», wie es Sir Paul Preston, der führende britische Historiker des Spanischen Bürgerkriegs, ausdrückte.

Wenige konnten oder wollten etwas einwenden gegen die Entscheidung der herrschenden sozialistischen Regierung Spaniens vom letzten Oktober. Sie beschloss, Francos Gebeine aus seinem Grab, das seit seinem Tod 1975 einen Ehrenplatz einnahm in einem riesigen Mausoleum beim nationalen Bürgerkriegsdenkmal – dem sogenannten Tal der Gefallenen –, zu exhumieren und in eine private Familiengruft in einem kleinen Vorstadtfriedhof von Madrid überzuführen.

Das leuchtet ein. Bis heute wird heftig darüber gestritten, wie viele Todesopfer der Spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 forderte. Abgesehen von den 250 000 Spaniern, die im Kampfe fielen, waren beide Seiten – doch vor allem Francos Seite – verantwortlich für entsetzliche Gräueltaten gegen politische Gegner fern der Front.

Flut von Lügen und Gräueln

Der Spanische Bürgerkrieg, dieser Inbegriff des Kampfes zwischen Demokratie (Gut) und Diktatur (Böse) in den dreissiger Jahren, ist bis heute eine heilige Kuh der Linksliberalen. Er veranlasste um die 40 000 Ausländer, nach Spanien zu reisen und sich den Internationalen Brigaden unter der Führung der kommunistischen Internationale – und damit Stalins – anzuschliessen, um für die Rettung der Volksfrontregierung der Spanischen Republik zu kämpfen. Die Volksfront – ein Wahlbündnis linker Parteien – hatte im Februar 1936 knapp die Wahl gewonnen. Sie wurde von der kommunistischen Sowjetunion militärisch unterstützt. Fünf Monate später führten Franco und andere Generäle einen nationalen Aufstand gegen die Republikaner an. Sie wurden militärisch unterstützt von Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien.

Zu den Hunderten linker Intellektueller, die sich den Republikanern anschlossen, gehörte auch der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway, der als Reporter nach Spanien reis-

te. Seine Erlebnisse inspirierten ihn zu seinem Meisterwerk «For Whom the Bell Tolls» («Wem die Stunde schlägt»), desillusionierten ihn aber auch gründlich durch die Flut von Lügen und Gräueln auf beiden Seiten. Zu diesen Intellektuellen gehörte auch der britische Autor George Orwell, der hinging, um für die Republikaner gegen Franco zu kämpfen, und zurückkam voll Ekel darüber, wie sich die von Stalin kontrollierten Kommunisten die Sache der Republikaner rücksichtslos unter den Nagel rissen. Die Erfahrungen, die Orwell in Spanien mit dem Totalitarismus sowjetischer Ausprägung machte, kosteten ihn fast das Leben und inspirierten ihn zu dem Bericht «Homage to Catalonia» («Mein Katalonien») und seinen Meisterwerken «Animal Farm» («Farm der Tiere») und «1984».

Natürlich wurde weder Hemingway noch Orwell zu einem Befürworter Francos, doch beide begriffen, dass der Spanische Bürgerkrieg keine simple Gut-gegen-Böse-Geschichte war, wie sie Hollywood mochte. Vor allem war es kein Kampf zwischen Diktatur und Demokratie, sondern zwischen rechter Diktatur und linker Diktatur.

Ja, man kann mit gutem Grund behaupten, Franco, der mit 33 Jahren Europas jüngster General seit Napoleon wurde, habe nicht nur Spanien, sondern Westeuropa gerettet: zuerst im Spanischen Bürgerkrieg vor Stalins Kommunismus, dann im Zweiten Weltkrieg vor Hitlers Nationalsozialismus.

Eine solche Einschätzung wird man in den Mainstream-Medien allerdings selten bis nie lesen über den Mann, dessen militärische Fähigkeiten auf einer Kombination von Mut, Rücksichtslosigkeit und Glück beruhten sowie der Geduld eines Geckos, der in einer heissen Sommernacht an der Verandawand einer Hazienda darauf lauert, eine Fliege zu verschlingen.

Franco hatte das riesige Mausoleum, wo er bis letzten Oktober 44 Jahre lang begraben war, in eine fünfzig Kilometer von Madrid entfernte Bergwand bauen lassen. Es wurde von einem 150 Meter hohen Steinkreuz überragt, sollte an die Toten auf beiden Seiten des Konflikts erinnern und birgt die sterblichen Überreste von über 30 000 Opfern.

Doch die sozialistische spanische Regierung entschied, dass Spanien, laut der Berichterstattung der BBC, «einen Faschisten nicht weiter verherrlichen sollte», und andere fanden, in einer nationalen Gedenkstätte stelle sein Grab «ein unerträgliches Symbol» dar.

Kommen wir also zur unerträglichen Wahrheit.

Die Wortwahl ist von Bedeutung. Nehmen wir das Wort «Faschist». Ich habe es aus dem Bericht auf der Website der BBC über Francos Exhumierung übernommen, aber es hätte aus jeder Mainstream-Medien-Darstellung stammen können, so zwangsläufig wird es im Zusammenhang mit dem spanischen Diktator und seinem Regime verwendet.

Linke Gewalt und Einschüchterung

Dabei war Franco kein Faschist. Er war ein Nationalist. Zwar wurde er von der kleinen faschistischen Partei Spaniens – der Falange – unterstützt, doch 1937 verschmolz er diese mit der viel grösseren monarchistischen Partei und anderen rechten Parteien zur Falange Española Tradicionalista, die überhaupt nicht faschistisch war.

Wir sind dermassen daran gewöhnt, dass alle extrem rechten politischen Positionen als «faschistisch» bezeichnet werden, dass wir die ursprüngliche Bedeutung des Worts aus den Augen verloren haben. Echter Faschismus, wie der Mussolinis, war eine revolutionäre linke Alternative zum Kommunismus. Er ersetzte den von den Kommunisten gepredigten internationalen Sozialismus durch einen nationalistischen. Ja, er war nationalistisch und sozialistisch zugleich. Franco dagegen war nationalistisch und konservativ. Ausserdem betrachtete der Faschismus – wie der Kommunismus – die Kirche als einen der Hauptfeinde. Hitler kann man am ehesten als Heiden bezeichnen; und Mussolini schloss zwar 1929 einen Vertrag mit Papst Pius XI., um den Konflikt zwischen dem Vatikan und dem italienischen Staat zu schlichten, doch das geschah einzig aus realpolitischen Gründen. Tatsächlich definierte sich der italienische Faschismus als eine religiöse Konzeption des Lebens, womit der Konflikt mit der Kirche unausweichlich war. Franco dagegen war ein gläubiger Katholik, der die Verteidigung der katholischen Kirche und katholischer Werte als seine Lebensaufgabe sah.

Eine weitere linksliberale heilige Kuh in Sachen Spanischer Bürgerkrieg ist die Behauptung, Franco habe eine demokratisch gewählte spanische Regierung gestürzt. Stanley Payne, emeritierter Geschichtspräsident der Universität Wisconsin und einer der führenden Franco-Experten der Welt, zeigt in seiner 2012 erschienenen Franco-Biografie auf, dass die Wahlen von 1936 von linker Gewalt und Einschüchterung dominiert und von der Volksfront manipuliert waren, die er als «trojani-



Raffinesse, Tricks, Überredungskünste: Diktator Franco (1892–1975).

sches Pferd für eine gewaltsame Revolution» bezeichnet. Er beschreibt Spanien kurz vor dem Bürgerkrieg wie folgt: «Es wurde so häufig und offen gegen Gesetz und Eigentum verstossen, und es herrschte eine politische Gewalttätigkeit, wie man sie in keinem modernen europäischen Land, das nicht gerade eine totale Revolution durchlief, je erlebt hatte.

Dazu gehörten heftige, manchmal gewalttätige und zerstörerische Streikwellen, weiträumige illegale Beschlagnahmungen von Ackerland im Süden, eine Welle von Brandstiftung und Zerstörung von Besitztümern, die willkürliche Schliessung katholischer Schulen, in manchen Gebieten die Beschlagnahmung von Kirchen und des Besitzes von Katholiken, weitverbreitete Zensur, Tausende willkürlicher Verhaftungen, weitgehende Straflosigkeit für kriminelle Handlungen durch Mitglieder der Volksfront-Parteien, Manipulation und Politisierung der Justiz, die willkürliche Auflösung rechter Organisationen, Zwangswahlen in Cuenca und Granada, bei denen jegliche Opposition ausgeschlossen war, Unterwanderung der Sicherheitskräfte und ein substanzielles Wachstum politischer Gewalt, das über 300 Tote zur Folge hatte.»

Macht des Mittelmeers

Auch wenn noch so viele Journalisten und Politiker Franco unverdrossen als Faschisten bezeichnen, tut dies kaum ein seriöser Historiker, egal, welcher politischen Überzeugung. Denn wie Professor Payne bemerkt: «Franco ist oft als der General angeprangert worden, der einen faschistischen Putsch gegen eine demokratische Republik geführt habe, doch diese Behauptung ist in jeder Beziehung unrichtig. Das Einzige, was daran stimmt, ist, dass er General war.»

Dieselben Journalisten und Politiker würden die Idee, dass im Fall einer Niederlage Francos nicht nur Spanien, sondern auch ganz Westeuropa dem stalinistischen Kommunismus zugefallen wäre, als absurd abtun, doch damals sahen das viele so. Zum Beispiel Hitler und Winston Churchill.

Im Mai 1936 hatte Frankreich, wie Spanien im Februar, eine linke Volksfront-Regierung gewählt. Am 25. Juli, nach einer Vorstellung von Wagners «Siegfried» in Bayreuth, traf eine Gruppe von Franco-Anhängern Hitler und übergab ihm einen Brief des Caudillo, der darin inständig darum bat, ihm und seinen Truppen aus Spanisch-Marokko, wo sie festsassen, zu helfen, nach Spanien zu gelangen. Hitler war bereit, zwanzig Junkers-Ju-52-Transportflugzeuge zur Verfügung zu stellen, und sagte: «Wenn Spanien wirklich kommunistisch wird, wird auch Frankreich in seinem gegenwärtigen Zustand bolschewisiert werden, und dann ist Deutschland erledigt. Eingeklemmt zwischen dem mächtigen Sowjetblock im Osten und einem starken kommunistischen französisch-spanischen Block im Westen könnten wir kaum etwas tun, wenn Moskau uns angreifen wollte»

(zitiert nach Ian Kershaw: «Hitler 1936–1945 – Nemesis». Penguin, 2000).

Und 1942 sagte Hitler, er hätte während des Spanischen Bürgerkriegs nicht eingegriffen, hätte nicht das Risiko bestanden, dass die rote Gefahr Europa überwältigen würde.

Im August 1936 wiederum schrieb Churchill im Evening Standard: «Alle nationalen und militärischen Kräfte Spaniens sind zutiefst aufgewühlt worden durch Italiens Aufstieg unter Mussolini zu einer imperialen Macht des Mittelmeers. Italiens Methoden sind ein Wegweiser. Italiens Erfolg ist ein Ansporn. Soll Spanien, das grösste Reich der Welt zu einer Zeit, als Italien eine blosser Ansammlung uneiniger mickriger Fürstentümer war, nun in die gleichmacherische Verkommenheit eines kommunistischen Staates absinken, oder soll es wieder seinen Platz unter den Grossmächten der Welt einnehmen?»

Dank Franco, unterstützt durch Hitler und Mussolini, sank Spanien nicht in kommunisti-

Dank Franco wurden Stalins Absichten in Spanien und damit Westeuropa vereitelt.

sche Verkommenheit ab und wurden Stalins Absichten in Spanien und damit Westeuropa zumindest für den Augenblick vereitelt.

Um das zu erreichen, ging der Generalísimo, wie er auch genannt wurde, mit entsetzlicher Brutalität vor in einem verzweifelten Krieg gegen jene, die, wenn sie gewonnen hätten, die Methoden der Gulags und des KGB nach Spanien gebracht hätten. Wie Professor Payne schreibt, «gingen beide Seiten in den von ihnen kontrollierten Gebieten brutal unterdrückend vor». Die spanische Republik von 1936 war eine Bedrohung der Freiheit und des Christentums. Hätte Franco den Bürgerkrieg verloren, wäre es vermutlich nicht freundlicher oder demokratischer regiert worden als unter seiner Führung, und bestimmt wäre die Kirche aufs grimmigste verfolgt, wenn nicht gar ausgerottet worden. Es ist nicht nötig, darüber zu spekulieren: Wie übel die Republikaner gegen ihre Gegner vorgingen, wenn sie ein Gebiet kurz un-

ter Kontrolle hatten, steht ausser Frage und ist bestens dokumentiert.

Es gibt keine verlässlichen Zahlen, aber Historiker schätzen, dass die Republikaner in der relativ kurzen Periode, während der sie in den dreissiger Jahren Gebiete kontrollierten, abseits der Frontlinien rund 50 000 politische Gegner umbrachten, darunter um die 6500 Mönche und 280 Nonnen, von denen viele vor ihrem Tod vergewaltigt worden waren; ausserdem brannten sie immer wieder Kirchen und Klöster nieder oder entweihten sie.

Rätselhafte Gedankengänge

Die Nationalisten brachten abseits der Frontlinie 100 000 politische Gegner um, allerdings im Lauf einer viel längeren Periode, darunter 30 000, die nach dem Bürgerkrieg bis 1941 hingerichtet wurden; danach wurden viel weniger Todesurteile verhängt. In einer Buchbesprechung im Wall Street Journal bezeichnete Professor Payne die Beschreibung von Francos Brutalität als «Der spanische Holocaust» – so der Titel eines 2012 erschienenen Buchs von Professor Sir Paul Preston von der London School of Economics – als «blosse Wiederholung von Propaganda aus der Bürgerkriegszeit».

Hitler und Mussolini hatten im Spanischen Bürgerkrieg Franco geholfen, den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen. Doch als sie im Zweiten Weltkrieg gegen die Demokratie kämpften, blieb Franco neutral, obschon sie ihn mit vereinten Kräften dazu zu bewegen versuchten, auf Seiten der Achsenmächte zu kämpfen. Hitlers zynischer Nichtangriffspakt mit Stalin 1939 trug nicht zur Förderung von Francos Interesse bei.

Während des Spanischen Bürgerkriegs hatten Nazideutschland und das faschistische Italien entscheidende Mengen von Truppen und militärischem Material geschickt, um Franco zu helfen, und hatten insofern mit Franco kollaboriert. Doch im Zweiten Weltkrieg kollaborierte Franco nicht einmal im selben Mass mit Hitler und Mussolini, wie dies Marschall Pétain im Vichy-Frankreich tat. Er blieb neutral, was sie ausgesprochen wütend machte.

Im Oktober 1940, nachdem er die Luftschlacht um England verloren hatte, traf Hitler Franco in Hendaye an der französisch-spanischen Grenze. Sein Plan war, durch Spanien zu marschieren, den Briten Gibraltar zu entreissen und so die Kontrolle über das Mittelmeer zu erhalten und das British Empire im Osten abzuschneiden. Franco fühlte sich dem mittlerweile mit Stalin verbündeten Hitler aber wenig verbunden und sagte, er würde nur dann auf Hitlers Seite in den Krieg eintreten, wenn ihm Gibraltar und Französisch-Afrika garantiert würden. Das wiederum wies Hitler zurück, vor allem weil er seinen wichtigeren Verbündeten, Pétain und Vichy-Frankreich, nicht vor den Kopf stossen wollte. Ohnehin war sich Franco bewusst, dass Spanien nach



**Michel Bronner,
Geschäftsführer A Plus
Reinigungen, Hinwil**

«Ich fand lange, dass der Bundesrat einen souveränen Job machte. Vieles war unbekannt und den Lockdown im Nachhinein zu kritisieren finde ich billig. Nun wissen wir aber vieles über das Virus, den Krankheitsverlauf, die Risikozielgruppe etc. Mit diesem Wissen bin ich für die komplette Öffnung mit Eigenverantwortung der Bürger und Kontrolle durch die Kantone.»

drei Jahren Bürgerkrieg vollkommen erschöpft und damit nicht in der Lage war, im Zweiten Weltkrieg mitzukämpfen. Kurz danach erzählte Hitler Mussolini, er würde sich «lieber drei oder vier Zähne ziehen lassen», als sich noch einmal mit Franco zu treffen.

Da Franco keine Memoiren und auch kaum zugängliche Papiere hinterliess, ist sogar Professor Payne zum Schluss gezwungen, dass «Francos Gedankengänge sich nicht wirklich rekonstruieren lassen» und er deshalb rätselhaft bleibe. Laut Churchill «zog er alle Register, darunter endlose Verzögerungen und exorbitante Forderungen», um Hitlers Pläne zu durchkreuzen, und hielt Spanien «durch Raffinesse, Tricks und Überredungskünste» aus dem Krieg heraus.

Er selbst sagte mehr als einmal, er werde die Macht erst abgeben, wenn er auf den Friedhof komme. Das geschah auch so, und zwar nicht nur weil er ein Diktator war, sondern weil sich nach 1936 die meisten Spanier bewusst waren, dass es keine demokratische Alternative gab und eine linke Alternative genauso brutal und repressiv gewesen wäre. Sir Samuel Hoare, während des Kriegs britischer Botschafter in Madrid, kam zum Schluss: «Meiner Meinung nach ist er tatsächlich überzeugt, vom Himmel ausgewählt worden zu sein als Werkzeug zur Rettung Spaniens, und jede andere Ansicht betrachtet er als ignorant oder gar blasphemisch.» In einer postumen Botschaft bat er alle Spanier um Vergebung. «So wie ich von Herzen all denen vergebe, die sich als meine Feinde bezeichneten. [...] Ich glaube, keine anderen Feinde gehabt zu haben als Feinde Spaniens.»

Die Blaue Division

Als Hitler im Juni 1941 den Nichtangriffspakt mit Stalin brach und in Russland einmarschierte, war das eine Gelegenheit für die europäische Linke, den Sowjetkommunismus und Väterchen Stalin zu feiern, und für Franco, sich Hitler wieder anzunähern. Er schickte eine Division, die Blaue Division, an die russische Front – unter der Bedingung, dass sie nur gegen Kommunisten, nicht aber gegen Briten kämpfe. Hitler hätte Franco zum Trotz in Spanien einmarschieren können, aber im Frühling 1941 hatte er das bereits in Griechenland und dem Balkan getan, und jetzt hatte er Russland im Visier.

Mussolini fand, und keineswegs als Einziger, Hitlers grosser Fehler sei gewesen, die entscheidende Bedeutung Nordafrikas und des Mittelmeerraums, also auch Spaniens, zu verkennen. Der grosse britische Historiker Profes-

or Hugh Trevor-Roper legte 1983 in einem Artikel in der *New York Review of Books* dar, was für tödliche Folgen ein Sieg der Republikaner in Spanien gehabt hätte: «Wäre [nach dem Spanischen Bürgerkrieg] eine linke Regierung in Spanien an die Macht gekommen, hätte Hitler 1940 nicht bei den Pyrenäen haltgemacht. Er hätte seine Truppen nach Spanien geschickt, um die Regierung zu stürzen, und hätte Gibraltar erobert. Dadurch hätte er den Mittelmeerraum abgeriegelt, die Lage im Nahen Osten verändert und den Krieg gewonnen.»

Hätte sich Franco im Krieg auf Hitlers Seite geschlagen, fügte Trevor-Roper hinzu, wären die Folgen ebenso tödlich gewesen: «Die Achsenmächte hätten die Kontrolle über den ganzen Mittelmeerraum erhalten, hätten die



Unerträgliche Wahrheit: die Journalistin und Kommunistin Marina Ginestà in Barcelona, 1936.

britische Armee im Nahen Osten abgeschnitten und einen ganzen zukünftigen Kriegsschauplatz geschlossen. Wie hätte sogar ein Churchill dann noch auf einen Sieg hoffen können?»

Churchill war sich dessen nur zu bewusst und sah den drohenden Verlust von Gibraltar und die U-Boot-Angriffe im Atlantik als die beiden grössten Gefahren – bis Hitler im Juni 1941 in Russland einmarschierte. Tatsächlich schickte der britische Geheimdienst ab Mitte 1940 über den Botschafter Sir Samuel Hoare Bestechungsgelder von mehreren Millionen Pfund an entscheidende Figuren in Francos Regierung und seiner Armee, um Spanien dazu zu bewegen, sich neutral zu verhalten.

In einer Rede am 24. Mai 1944 im Unterhaus sagte Churchill: «Hätte Spanien damals den deutschen Überredungskünsten und Druckversuchen nachgegeben, wäre unsere Bürde zweifellos viel schwerer geworden. Die Strasse von Gibraltar wäre gesperrt und jeglicher Zugang zu Malta vom Westen her abgeschnitten worden. Die ganze spanische Küste wäre zu einem Nistplatz für deutsche U-Boote geworden. Ich hätte damals sehr ungern gesehen, dass

dergleichen geschehen wäre, und es ist auch nicht geschehen. Unserem Botschafter gebührt Anerkennung dafür, dass er so rasch Einfluss gewann und diesen kontinuierlich auszubauen vermochte. Am meisten Anerkennung gebührt jedoch zweifellos den Spaniern für ihre Entscheidung, sich nicht am Krieg zu beteiligen. Sie hatten schon Krieg genug gehabt, und sie wollten sich an diesem nicht beteiligen.»

Humanitär während der Hitlerzeit

Franco war ein Antisemit wie so viele, besonders Katholiken, und machte den «jüdischen Geist» verantwortlich «für die Allianz des Grosskapitals mit den Marxisten» (viele Bankiers und viele kommunistische Anführer waren Juden). Er liess 1940 sogar eine Liste von Spaniens

Juden erstellen – es waren nur wenige, 6000 –, komplett mit Namen und Adressen, und diese wurde 1941 vom spanischen Botschafter in Berlin der SS überreicht. Keiner dieser Juden wurde aber verhaftet oder deportiert. Franco liess auch zu, dass während des Zweiten Weltkriegs bis zu 45 000 Juden vor allem aus Frankreich durch Spanien reisen und sich so in Sicherheit bringen konnten. Spanische Diplomaten beschützten mehrere Tausend Juden in Ungarn und andern von den Nazis besetzten osteuropäischen Ländern, indem sie ihnen falsche Papiere ausstellten. Israels ehemalige Ministerpräsidentin Golda Meir sagte der konservativen spanischen Zeitschrift *Epoca*,

ihr Land sei dankbar für «Spaniens humanitäre Haltung während der Hitlerzeit, als das Land vielen Opfern der Nazis Hilfe und Schutz bot».

Vorausblickend auf eine Nachkriegswelt, in welcher die Bedrohung durch Hitler erneut durch die Bedrohung durch Stalin ersetzt werden würde, schrieb Churchill 1944 in einer geheimen Mitteilung an das Kabinett: «Sollten die Kommunisten die Herren Spaniens werden, müssen wir damit rechnen, dass die Infektion sich sehr rasch durch Italien und Frankreich ausbreitet.»

Während Francos Diktatur war auf den Pesetamünzen sein Profil abgebildet mit der Inschrift «Durch Gottes Gnade». Durch Francos Gnade, könnten wir sagen, erlag Spanien weder Stalin noch Hitler. Und mit Spanien ganz Westeuropa.

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer



Haben wir unsere Goldenen Zwanziger schon eingezogen? Otto Dix' «Grossstadt» (1928).

Ikone der Woche

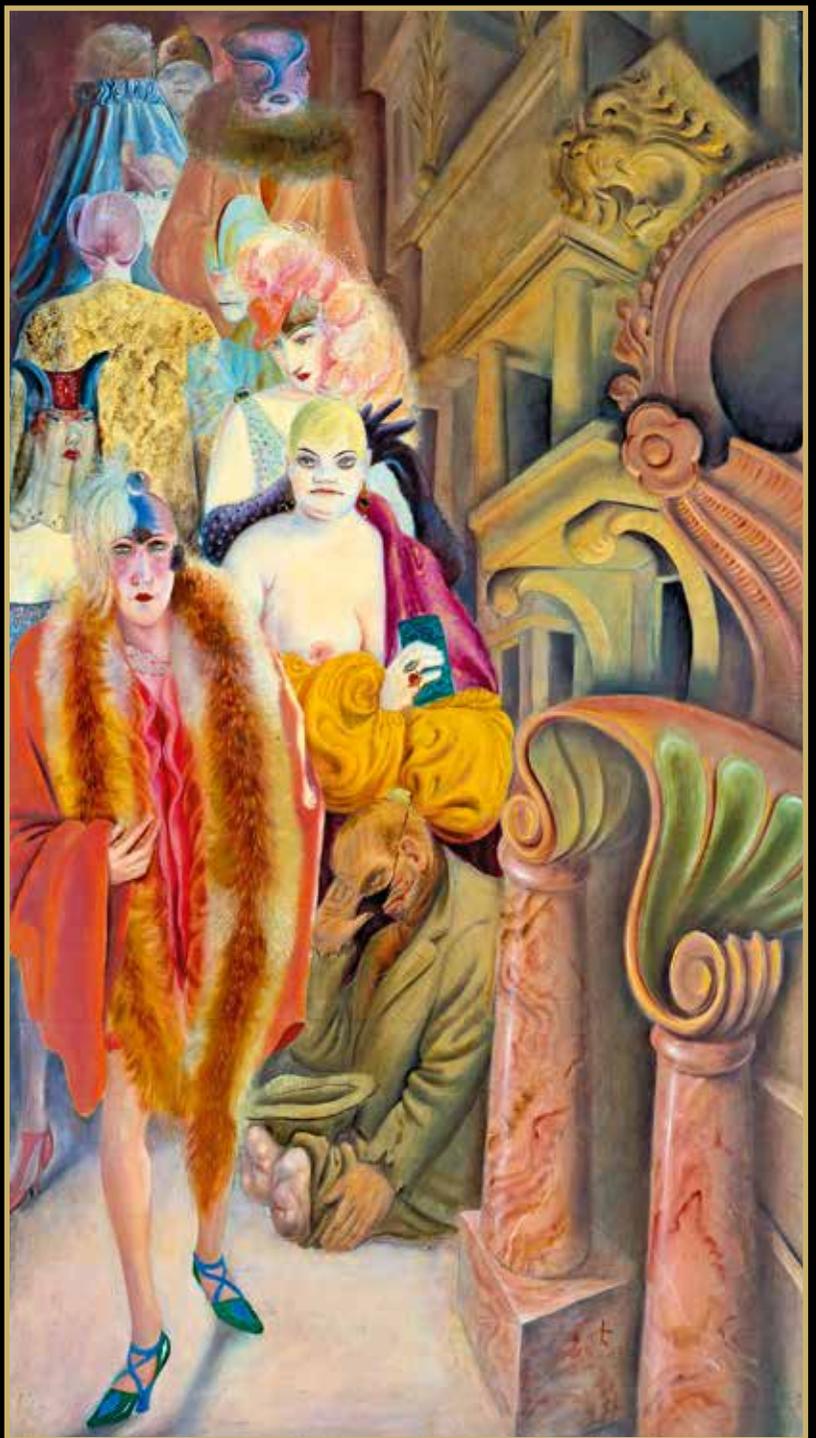
Tanz auf dem Vulkan

Von Michael Bahnerth

Sie tanzten, als ob es kein Morgen gäbe. Schlürften Champagner, als ob es Wasser wäre. Koksten, damit ihre Leben noch mehr pulverisierten. Sie schminkten sich Leben ins Gesicht, um sich im Spiegel leichter zulächeln zu können. Sie trugen Federboas und hielten sie für Engelsflügel.

Sechs Jahre lang dauerte die Party, die man heute die Goldenen Zwanziger, *the roaring twenties* oder *les années folles* nennt. Es war eine Flucht in die Vergnügungen des Lebens bis hin in eine Hölle der Fröhlichkeit. Sie waren Existenzen, die nur noch zu sein schienen, wenn sie Charleston tanzen konnten. Es waren hysterische Schreie nach Leben zu den Klängen von Saxofonen, Trompeten und Schlagzeugen. Es war ein Tanz auf dem Vulkan, ein Amusement oder eine vulgäre Messe auf einer dünnen Schicht des Seins, unter der sich eine Magmakammer mit stets demselben füllte, wenn oben gefeiert

wurde: mit neuem Verderben. Das letzte grosse Verderben vor der Party war der Erste Weltkrieg, danach die Spanische Grippe, waren Verstümmelte an jeder Ecke, Hungrige, entstellte Gasopfer, überfüllte Friedhöfe, war ein Leben, dessen alten Tugenden wie Vaterland, Nation, Patriotismus und Gott auf den Schlachtfeldern der Inhalt und der Sinn weggebombt wurde. So waren die Goldenen Zwanziger nichts anderes als der Versuch des Menschen, mit einem verzweifelt grenzenlos vergnüglichen Leben das Sterben länger, als eine Zigarette dauert, auf Distanz zu halten.



Ausgerechnet der etwas weltabgeschiedene und introvertierte deutsche Otto Dix hat 1928 ein Bild gemalt, das wie ein Film der ganzen Epoche ist: «Grossstadt», es ist ein Triptychon. Der Film erzählt vom Versuch der Überwindung einer existenziellen Leere durch Frivolität und trügerische Hoffnung, von Rausch und Kater, von der Unmöglichkeit, länger befreit zu sein von nimmermüder Verderbnis, als ein Lied dauert.

Schwer zu sagen, welches Magma gerade unter unseren Füßen brodelt. Ob es hochschiesst und unter sich begraben oder

ob es in seiner Kammer verharrt und uns nur durch gelegentliche Erschütterungen zu verstehen gibt, dass jedes Leben immer ein Tanz auf dem Vulkan ist und wir nur so tun, als ob Leben selbstverständlich und unser Tun sinnvoll sei.

Noch schwerer zu sagen, ob eine Zeit der relativen Leichtigkeit und Sorglosigkeit auf uns wartet, eine, die das Leben mehr zum Fest macht als zur Frustration. Oder ob wir unsere Goldenen Zwanziger schon eingezogen haben und wir dabei bloss vergassen, so zu tanzen, als ob es kein Morgen gäbe.



**Christian Jossi,
Inhaber Kamag Bern AG,
Liebefeld**

*«Uns KMUs wirds mulmig.
Ängstliche Etatisten
blockieren zur*

*Verantwortungsvermeidung maximal
und geniessen zusehends ihre Machtfülle.
Regulierung des Alltäglichen
erstickt Unternehmen und Wohlstand.»*

Im Vorbeigehen lässt er verlorene Welten auferstehen

Carlo Brunner ist der Ländlerkönig, der erfolgreichste Volksmusiker der Schweiz. Auf einem Spaziergang durch seine Heimat Küsnacht am Zürichsee zeigt sich, warum das so ist: Er geht mit Menschen ähnlich virtuos um wie mit Instrumenten. *Von Erik Ebnetter*

Die Schweizer sind ein lustiges Volk. Da vertreiben sie die Könige aus ihrem Land, nur um selber welche zu erheben. Stucki Christian heisst der Schwingerkönig seit 2019. Viel länger im Amt ist Carlo Brunner, der Ländlerkönig. Wann seine Regentschaft begann, ist nicht überliefert. Bekannt ist er seit 1969, als er erstmals im Fernsehen auftrat, mit vierzehn Jahren.

Jetzt, ein halbes Jahrhundert später, steht Brunner auf dem Dorfplatz von Küsnacht am Zürichsee, wo er aufgewachsen ist, und redet mit einer Bekannten, die zufällig vorbeigekommen ist. Sie gratuliert ihm nachträglich zum Geburtstag und erzählt von einem Fernsehbericht über ihn, den sie gesehen hat. 65 Jahre alt ist Brunner eben geworden.

Es ist Montag, der 27. April, eigentlich auch ein Festtag: Die Bundesräte, die in dieser Corona-Zeit mit königgleicher Macht regieren, haben ersten Geschäften erlaubt, wieder zu öffnen. Der Coiffeursalon gegenüber, der nun Kunden empfangen darf, wirkt trotzdem verlassen. Brunner selber trägt die Haare etwas länger als üblich, ist sonst aber ganz der Alte: offenes Hemd, Goldkette, Diamant im Ohr, braungebrannt und gut gelaunt.

Frische Blumen am Grab

Brunner ist Halbtaliener. Auf dem Cover einer frühen Platte steht: «Wenn Äusserlichkeiten zählen würden, dann müsste man Carlo Brunner wohl zweifellos einem anderen Lager zuordnen als der Schweizer Folklore.» Die Liebe zur Musik stammt vom Vater, einem Küsnachter, der als Monteur arbeitete und in einer Tanzkapelle spielte. Seinen Vornamen erhielt er von der Mutter, einer Veltlinerin, die als Au-pair nach Küsnacht gekommen war.

Kennengelernt hatten sich die Eltern beim Tanz im Restaurant «Sonne», unten am See, wie Carlo Brunner auf dem Weg zum nahe liegenden Friedhof erzählt. Alice und Ernst Brunner liegen dort zusammen begraben. «Eusi Liebi isch ewig», steht auf dem Grabstein, den zwei Fotos zieren, wie es in Italien üblich ist. «Ich habe ein ganz enges Verhältnis zu meinen Eltern», sagt Brunner im Präsens und freut sich über die frischen Blumen am Grab.

Gross geworden ist er gleich um die Ecke, zusammen mit einer älteren Schwester, die mindestens so bekannt ist wie er. Maja Brunner gewann 1987 völlig überraschend den Grand Prix der Volksmusik. Ihr Siegerlied – «Das chunnt eus spanisch vor» – erreichte Goldstatus. Getextet hatte es der Schriftsteller Charles Le-



Er nannte sich *Carlos Fontana*: Ländlerkönig Brunner.

winsky, geschrieben Carlo Brunner, der bis heute die Arbeiten seiner Schwester betreut.

Brunner hat eine seltene Doppelbegabung: Er ist ein Künstler, der auch als Unternehmer erfolgreich ist. Nach einer KV-Lehre bei Musik Hug arbeitete er erst als Musikproduzent und

machte sich dann noch vor seinem 30. Geburtstag selbständig. «Grüezi» hiess die Plattenfirma, die er mit zwei Partnern führte und vor einiger Zeit verkaufte.

In all den Jahren komponierte er über 2000 Lieder für sich und andere Musiker und ver-

öffentliche über vierzig Alben unter eigenem Namen. Gern scherzte er: «Kommt ein Künstler bei mir ins Büro, geht er als CD hinaus.» Er verdiente damit genug Geld, um heute sagen zu können, dass er ohne Sorgen ins Rentenalter wechselte.

Dass Brunner mit Volksmusik seinen Lebensunterhalt verdienen würde, war nicht abzusehen. Die Schwester begeisterte sich für die Beatles und die Rolling Stones, wie die meisten Jugendlichen ihrer Generation. Viele ältere Leute im vornehmen Küssnacht an der Goldküste hörten lieber klassische Musik als Ländler.

Brunner selber sieht Parallelen zwischen den Stilrichtungen. Vor allem Innerschweizer Kapellen in der klassischen Formation – Klarinette, Akkordeon, Kontrabass und Klavier – seien bekannt für «konzertante Kompositionen», erklärt er. Diese Form der Volksmusik sei verwandt mit der Wiener Salonmusik. Tatsächlich spielte das Orchester von Schloss Schönbrunn, wo einst die kaiserlichen Hoheiten die Sommerfrische verbrachten, zum 60. Geburtstag des Schweizer Ländlerkönigs dessen «Waldvogel-Schottisch».

Das Lied war Brunners erster Hit. Komponiert hatte er es mit siebzehn, benannt ist es nach einem Freund, der Waldvogel hiess und aus der Innerschweiz kam. Der Schottisch ist eine schnelle Polka, ein Standard der Ländlermusik, von der böse Zungen sagen, die ersten neun Stücke an einem Konzert klängen gleich und das zehnte ähnlich. Brunner kennt die Sprüche alle.

Volkstümliche Musik faszinierte ihn schon als kleines Kind. Wenn sie im Radio lief – der Vater hörte sie gern –, bewegte sich Carlo Brunner, was für ihn damals ungewöhnlich war. Weil er mit zwei Jahren noch nicht laufen wollte, gingen die Eltern mit ihm zum Arzt. Das Kind habe nichts, beschied dieser ihnen, der Kleine sei einfach faul.

Kleine, unbeheizte Schlafzimmer

Wir sind bei unserem Spaziergang durch das Küssnacht seiner Kindheit vor dem Haus an der Unteren Heslibachstrasse angekommen, wo Brunner aufwuchs und sein Vater bis 2015 lebte (die Mutter starb 2009). Brunner erzählt, die Schlafzimmer seien unbeheizt und klein gewesen, zumindest nach heutigen Massstäben. Es sind Genossenschaftswohnungen, im grossen Ganzen unverändert bis heute, nur haben sie inzwischen eine Zentralheizung.

Eine Anwohnerin, die Brunner erkannt hat und für einen Schwatz vom Velo gestiegen ist, spricht von Heslibach als «Scherbenviertel». Er ergänzt: «Hier lebten die einfachen Leute. Die Villen stehen drüben in Goldbach.» Seine Kindheit beschreibt er als paradiesisch. Es war die Babyboomer-Zeit, das Quartier voller Kinder. «Das alles hier war unser Spielplatz», sagt Brunner und macht eine ausladende Geste.

Später, als Jugendlicher, übte er, der einst als faul gegolten hatte, stundenlang auf der Klarinette. Bald war er so gut, dass er mit dem Vater vor Publikum spielen konnte. Sein erstes Konzert gab er im damaligen Restaurant «Erle», gleich nebenan. Dann der frühe Durchbruch: der Auftritt im Fernsehen bei Wysel Gyr, dem «Ländlerpapst» (Wikipedia).



Carlo (l.), Vater Ernst, Martin Nauer, in den 70ern.

Carlo Brunner ist ein Unterhalter, auch als Dorfführer. Im Vorbeigehen lässt er verlorene Welten auferstehen. Wir queren via Unterführung, die es zu seiner Zeit noch nicht gab, die Bahngleise. Rechterhand erheben sich moderne Zweckbauten wie in einem Industriegebiet. Brunner sieht sich um. «Hier war ein SBB-Häuschen. Der Bähnler musste mit einer Kurbel die Abschränkungen hinunterdrehen. Dort vorne stand ein altes Zürcher Riegelhaus, sonst war alles leer. Siehst du diesen blühenden Baum?» (Mit Brunner ist man sofort per du.) «So sah es hier überall aus.»

«Steiner Chilbi» als Samba

Ein Mann am Stock nähert sich. «Carlo, bisch es du?» Brunner dreht sich um. «Hey, hoi, wie häts di?» Man bringt sich gegenseitig auf den neusten Stand. Die Namen von kürzlich Verstorbenen werden ausgetauscht. Es wirkt, als sei Brunner nie weg gewesen.

Tatsächlich ist er mit 22 Jahren weggezogen, zuerst nach Stäfa, dann ins sankt-gallische Jona, wo er mit Frau und Tochter bis zur Trennung lebte. Beide Orte liegen am Zürichsee, den er von Schindellegi im Kanton Schwyz aus sieht, wo er heute mit seiner langjährigen Part-



Bastian Eltschinger, Geschäftsführer Remimag Gastronomie AG, Luzern

«Als Gastronomen fühlen wir uns verarscht und nicht ernst genommen. Kein Wort

hat der Bundesrat über unsere Branche verloren! Wir brauchen eine Öffnung der Restaurants, ohne Einschränkungen, dafür besser etwas später. Die Vermieter müssen mittragen, sonst geht es an die Existenz.»

nerin lebt. Er wohnte in allen Anrainerkantonen des Zürichsees und bezeichnet sich als «Seebueb». Unten, am Schiffsteg Heslibach, erzählt er von der «Seegrörni» 1963.

Obwohl er seiner Heimat eng verbunden geblieben ist, zog es ihn als Musiker auch in die Welt hinaus. Er tourte mit seiner Kapelle mehrmals durch die USA, einmal auch auf Bali und einmal in Brasilien. Dort beobachtete er, wie das Personal eines Lokals stocksteif zuhörte, als seine Kollegen und er aufspielten. Brunner schlug vor, die «Steiner Chilbi» im Samba-Rhythmus vorzutragen. Plötzlich tanzten die Brasilianer mit. Später veröffentlichte er eine CD namens «Latino Chilbi». Er nannte sich Carlos Fontana, nicht nach dem Musiker Carlos Santana, sondern nach *fontana*, dem italienischen Wort für Brunnen.

Brunner, der als kleines Kind zu Ländler tanzte, hat die Musik im Blut, wie man so sagt. «Ich lese Noten besser als jede Sprache.» Er müsse nur einen Blick auf ein Blatt werfen und höre die Musik in seinem Kopf. Schon als Jugendlicher beherrschte er alle Instrumente, die es für die Innerschweizer Ländlermusik braucht, auch das Klavier, das bei den Appenzellern, Bernern und Bündnern lange unpopulär war. «Es gab einen richtigen Klavier-Rassismus», sagt Brunner und lacht schallend. Mit zwanzig überraschte er die Szene, als er eine Platte herausgab, auf der er alle Instrumente selber spielte.

Zwei Nasen Schnupftabak

Wir sind zurück auf dem Dorfplatz und setzen uns in gebotenen Abstand auf den Brunnenrand. Welche Pläne hat er noch? «Ich gehöre jetzt zur Corona-Risikogruppe», sagt Brunner leicht ironisch, um fast beschwörend anzufügen: «Gesund bleiben, das ist das Wichtigste. Alle müssen gesund bleiben.» Brunner hat zwei Enkel, seine Partnerin ebenfalls – mit ihnen wolle er noch viel Zeit verbringen.

Als wir uns verabschieden, nähert sich eine junge Frau und fragt ihn, ob sie ein Foto machen dürfe, die Schwiegereltern seien grosse Fans von ihm. Brunner nimmt sich bereitwillig Zeit, wie für alle Leute, die ihn an diesem sonnigen Vormittag ansprechen. Er ist das Gegenteil des Klischees vom knorrigem Ur-Schweizer, der mit einem Stumpfen im Mund nur das *Örgeli* sprechen lässt. Immerhin genehmigt er sich zum Schluss noch zwei Nasen Schnupftabak.

Brunners freundliches Wesen dürfte seinen Erfolg ebenso erklären wie seine musikalische Virtuosität. Er hört den Passanten zu, erkundigt sich nach dem Wohlergehen, wirkt nie ungeduldig. Die Menschen, so scheint es, sind gerne um ihn, suchen seine Nähe, auch in dieser Corona-Zeit. Mögen in Bern zurzeit andere Herrscher regieren, in Küssnacht ist Brunner noch immer ein König.

«Das Elend in der Welt ist mörderischer»

Wenn die Ärzte an die Stelle der Politiker treten, droht der Tod der Demokratie. Der linke französische Philosoph André Comte-Sponville erhebt die Stimme der Vernunft: Mehr als Covid-19 fürchte er die Knechtschaft. Von Jürg Altwegg

André Comte-Sponville beteiligte sich im Mai 1968 am Aufstand der Studenten, wurde Kommunist und blieb es bis zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979. Heute bezeichnet er sich als Sozialdemokraten. Unter dem Einfluss von Jean-Paul Sartre, Louis Althusser und Claude Lévi-Strauss studierte er Philosophie und wurde Professor an der Sorbonne. Nach dem weltweiten Erfolg seines Buchs «Ermutigung zum unzeitgemässen Leben – Ein kleines Brevier der Tugenden und Werte», das in Frankreich eine Auflage von 300 000 Exemplaren erreichte, verliess er die Universität. Ein Jahrzehnt lang war er im Ethikrat der französischen Regierung. Comte-Sponville ist Vater von drei Söhnen. Seine einzige Tochter starb sechs Wochen nach der Geburt.

Wer Sie im Fernsehen sieht, erkennt sofort: Es geht Ihnen gut, Sie sind in Hochform. Deshalb zum Einstieg eine ganz andere Frage: Unter welchen Umständen haben Sie vom Lockdown erfahren?

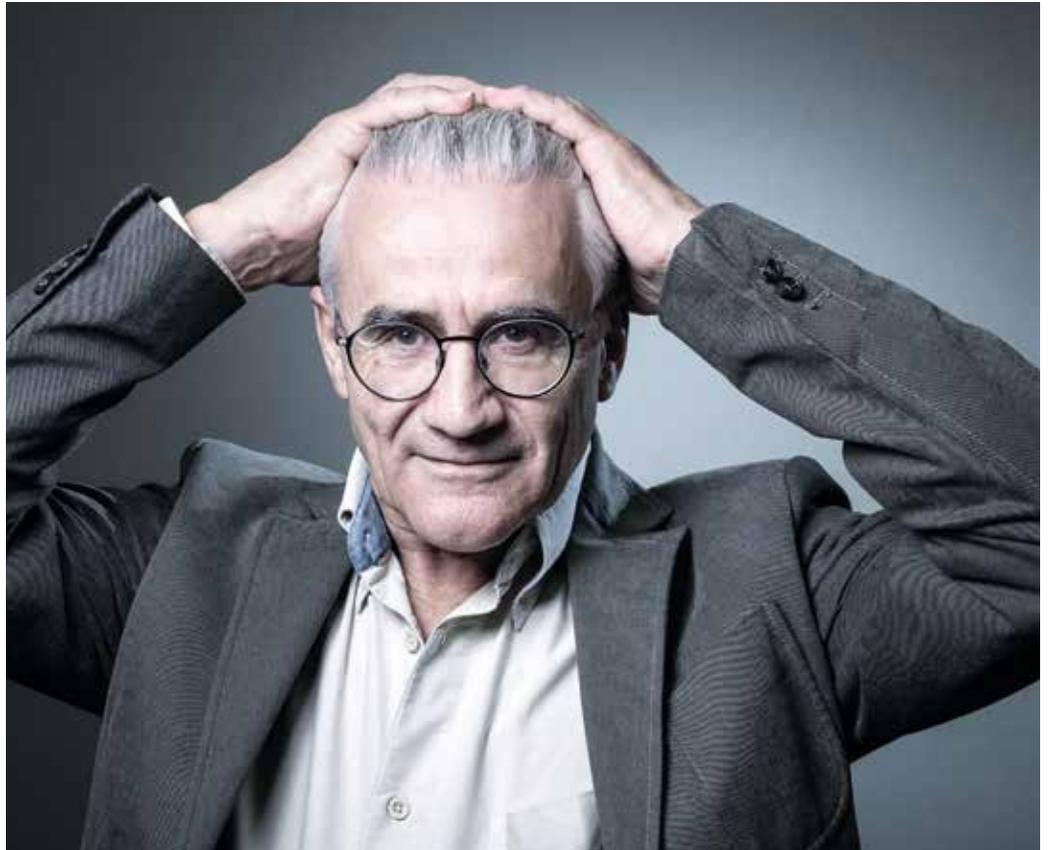
Ich war in Brüssel, als Emmanuel Macron die Schliessung der Schulen und Universitäten ankündigte, und sehr überrascht. Noch war nicht von einem totalen Lockdown die Rede. Er begann ein paar Tage später. Meine Frau und ich hätten noch rechtzeitig in die Normandie fahren können, wo wir ein Haus besitzen. Um die Massnahme zu respektieren, blieben wir in Paris. Mehr als diese Einschliessung schockierten mich von Anfang an die Angst und die Panik, die sich in unserem Land breit machten.

Ist der Lockdown berechtigt?

Wir haben es mit einer gravierenden Gesundheitskrise zu tun. Die Sterblichkeitsrate ist gering. Es handelt sich um eine eher ungefährliche Krankheit. Aber wenn man ihr freien Lauf lässt, kann sie bei einer Bevölkerung von 60 Millionen durchaus 300 000 Tote fordern. Keine demokratisch gewählte Regierung kann 300 000 oder noch mehr Tote in Kauf nehmen.

Angst haben Sie keine?

Ich bin ein eher ängstlicher, vorsichtiger Mensch und fast schon ein bisschen über mich selber erstaunt: Aber ich habe wirklich keine Angst vor Corona. Je älter ich werde, umso weniger erschreckt mich der Tod. Es ist weniger traurig, in meinem Alter zu sterben als mit zwanzig oder dreis-



«Lieber hole ich mir Covid-19, als dass ich lebenslang eingeschlossen bleibe»: Professor Comte-Sponville.

sig Jahren. Und warum sollte ich Angst haben vor einer Krankheit, deren Sterblichkeitsrate auch noch in meinem Alter eher gering ist? Wenn ich mich anstecke, beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass ich überlebe, immer noch 95 Prozent.

Wie beurteilen Sie Macrons Verhalten in der Krise?

Er hat Format. Ich möchte nicht an Macrons Stelle sein. Er tut, was er kann. Die Wissenschaftler in seinem Beraterstab allerdings irritierten mich: Sie forderten für die Zeit nach dem 11. Mai, wenn der Lockdown gelockert werden soll, eine Ausgangssperre für Menschen ab 65 oder 70 Jahren. Das wäre für mich nach zwei Monaten Einschliessung unerträglich. Macron hat sich inzwischen dagegen entschieden. Wir Alten sind nicht gefährlicher und ansteckender als die anderen. Eine Ausgangssperre zum Schutz der Senioren lehne ich strikte ab: Seit sechs Wochen bedaure ich manchmal, nicht Schwede oder Schweizer zu sein, ich hätte mehr Bewegungsfreiheit. Die Ärzte sollen sich um meine Gesundheit kümmern, über mein Leben will ich selber bestimmen.

Die Ausgangssperre hindert sie daran?

In Paris eingeschlossen zu sein, ist nicht lustig. Die Parkanlagen sind geschlossen. Wenn man rauswill, muss man einen guten Grund haben und ein Formular ausfüllen. Die Zwänge, die uns auferlegt werden, sind beträchtlich. Meine Generation hat eine solche Beschränkung der Grundrechte nie erlebt. Man kann das für eine kurze Zeit akzeptieren. Aber nicht auf Dauer. Lieber hole ich mir Covid-19, als dass ich lebenslang eingeschlossen bleibe. Lieber an Covid-19 sterben als wie mein Vater an Alzheimer. Mehr als das Virus fürchte ich die Knechtschaft.

Schauen Sie fern? Auf dem Bildschirm haben die Ärzte die Politiker verdrängt.

Es ist schon richtig, dass sie sich in den Medien äussern. Aber ich akzeptiere nicht, dass die Ärzte uns vorschreiben wollen, was wir zu tun hätten. Entscheiden muss die Politik. Was mich ganz besonders beängstigt, ist die sich ausbreitende «Panmedizin», eines Denkens, ja fast schon einer Ideologie, die alles unter dem Aspekt der Gesundheit betrachtet. Die Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Aber man darf ihr nicht die höchsten Werte unse-

rer Zivilisation unterwerfen: die Freiheit, die Liebe, den Mut, die Brüderlichkeit. Jede «Tagesschau» ist eine Sondersendung zu Covid-19. Als wäre der Krieg in Syrien wunderbarerweise zu Ende und der Hunger aus der Welt verschwunden. Zehn Ärzte werden befragt, und im besten Fall kommt dann auch noch ein Ökonom zu Wort. Der aber wird nicht gefragt, wie man die Wirtschaft wieder ankurbeln kann. Er soll nur sagen, wie viel alles kosten wird. Wenn ich das kritisiere, hält man mir entgegen: Es ist obszön, von Geld zu reden, wenn es um die Gesundheit geht. Ganz und gar nicht! Das Gesundheitswesen kostet viel und setzt eine prosperierende Wirtschaft voraus. Das Elend in der Welt ist sehr viel mörderischer als das Coronavirus.

Die Globalisierung trug zur Überwindung des Elends bei.

Ihr verdanken wir einen in der Geschichte einmaligen Rückgang der Armut in der Welt. Nicht die Globalisierung ist das Problem. Sondern die Übervölkerung. Weil wir zu viele Kinder zeugen? Nein! Weil erfreulicherweise die Kindersterblichkeit zurückgeht. Aber noch immer sterben jährlich neun Millionen Menschen vor Hunger, davon sind drei Millionen Kinder. Von ihnen redet man nie. Und auch die 150 000, die in Frankreich an Krebs sterben, wühlen uns weniger auf als die bislang gut 20 000 Covid-19-Toten, die im Durchschnitt 81 Jahre alt wurden. Man muss das schon ein bisschen relativieren. Ich mache mir sehr viel mehr Sorgen um unsere Kinder. Nicht, dass sie erkranken könnten. Sondern wegen der gesellschaftlichen Folgen. Wann wird mein Sohn wieder Arbeit finden? Die Arbeitslosigkeit ging langsam zurück.

Dank Macrons Reformen. Jetzt hat er erklärt, der Staat werde bezahlen, wie viel es auch kosten möge.



Paris, April 2020.

«Man darf der Gesundheit nicht die höchsten Werte der Zivilisation unterwerfen.»

Das sind so Formeln, mit denen man die Märkte und die Menschen zu beruhigen versucht. Bislang hat man 114 Milliarden für die Rettung der Unternehmen versprochen. Ich bin nicht dagegen. Als vor ein paar Monaten die Krankenschwestern streikten, sagte Macron: Es gibt kein «magisches Geld». Diese Wahrheit bleibt auch nach Corona gültig.

Wer wird bezahlen? Der Staat, das ist nicht Macron. Der Staat sind wir. Diese Milliarden muss man erwirtschaften. Es gab sehr viel schrecklichere Epidemien. Der Pest fiel im Mittelalter die Hälfte der europäischen Bevölkerung zum Opfer. Aber die Wirtschaftskrise, die uns jetzt droht, könnte nach Aussagen vieler Experten schlimmer werden als jene von 1929.

Der linke Historiker Pierre Manent schreibt, die Franzosen hätten von der liberalen Demokratie verabschiedet.

Das ist nicht ganz falsch und sehr beängstigend. Für die Franzosen ist der Begriff «liberal» ein Schimpfwort. In der Krise wird die Rolle des Staats gestärkt. Ich befürchte, dass das von Dauer sein wird. Dass Frankreich zu einer Form von Staatswirtschaft zurückkehrt. Das kann nicht im Interesse des Landes sein. Auch die Wirtschaft ist auf Freiheit angewiesen.

Die Linke glaubt an ihre Auferstehung in der Corona-Krise.

Ich fürchte eher, dass die extreme Rechte von ihr profitieren wird. Viele Franzosen sind der Meinung, es wäre besser gewesen, die Grenzen früher zu schliessen. Und dass es dabei bleiben sollte. Den Populismus hat das Coronavirus nicht geschwächt. Die Länder werden verarmen, die Schulden steigen. Um Europa mache ich mir grosse Sorgen. Mir sind seine Unabhängigkeit und seine Sicherheit wichtiger als die endlose Verlängerung der Lebenserwartung. Auch vor der Klimakatastrophe habe ich mehr Angst als vor Covid-19.

Wie sehen Sie die Welt danach?

Sie wird jetzt als Utopie beschworen: Alle werden sich gern haben, und wir werden den Planeten retten. Darauf verzichten, Profite zu machen. Den Kapitalismus abschaffen. Das sind fromme Wünsche. Wer glaubt, dass alles anders werden wird, irrt. Und wer glaubt, dass alles beim Alten bleiben wird, irrt genauso. Ich fürchte eher, dass unser Aussenminister Jean-Yves Le Drian recht hat. Er sagt: Die Welt wird sein wie zuvor – nur schlimmer.

Pop

Gefallene Engel

Die Strokes haben die Grössen der Rockmusik beeinflusst. Doch wer will sie noch hören?

Er war ohne Ambitionen in die Welt hinausgezogen und ist nun, zwanzig Jahre später, enttäuscht vom Leben. Er hat die vierzig hinter sich, ist ein Vater, ein Ehemann, der es sich nicht mehr leisten kann, alles auf die leichte Schulter zu nehmen. Er hat ein paar experimentelle und kommerziell geflopte Alben und Soloprojekte hinter sich, klagt in Interviews darüber, wie marktorientiert die Musikindustrie ist. Er ist kein grosser Freund des Staates, hält nicht viel vom Begriff der «Wahrheit», und wenn er zu singen beginnt, klingt seine Stimme von den ganzen Zigaretten wie ein Kamin, der mal wieder gefegt werden müsste.

Seinen Namen, Julian Casablancas, kennen die Teenies nicht mehr. Er flutet nicht täglich Instagram oder singt den neusten James-Bond-Song. Selbst die Talkshows laden ihn nicht mehr zum Tratschen ein, sondern nur noch, wenn er eigene Musik veröffentlicht. «The New Abnormal» heisst das neue Album von Casablancas und seinen Strokes, der Band, die in den 2000ern den Garage-Rock wiederbelebte. Dabei war der schon damals total out. Mit ausgefransten Jeansjacken und unsauberem Akkorden erspielten sie sich dennoch ein Weltpublikum. Sie beeinflussten Grössen wie die Arctic Monkeys und waren für die Staaten das, was die Libertines für die Briten waren: Rebellen, die zu spät geboren wurden, gefallene Engel und Rockgötter in Zeiten, als längst niemand mehr, der eine Gitarre in der Hand hielt, vergöttert wurde.

Wer «The New Abnormal» hört, fragt sich: Gibt es 2020 wirklich noch Leute, die solche Musik machen? Oder hören wollen?

Schon das Album-Cover ist Dada pur, eine Mischung aus Kinderzeichnung und Mustern, die sich jeglicher Deutung verweigern. Im Musikvideo der Vorab-Single «At The Door» mutiert ein Hase zum Monster, Aliens halten eine Zeremonie im Astralreich ab, und ein Junge wird Zeuge häuslicher Gewalt. Das Ganze ist im Zeichentrick-Stil der 1980er-Jahre, und Casablancas krächzt: «I can't escape it, never gonna make it out of this in time.» Ob so viel abgedrifteter Weltschmerz noch populär ist, scheint ihn nicht zu interessieren. Zum Glück. *Anton Beck*



The Strokes:
The New Abnormal.



**Christine Grämiger,
Präsidentin Berufsverband
für Gesundheit und
Bewegung Schweiz, Zürich**

«Am 27.4. haben Tattoo-
Studios eröffnet,

während Gymnastik- und Pilatetrainer seit
17.3. auf die Bewilligung des BAG warten,
1:1-Training ohne Körperkontakt durchführen
zu dürfen. Nachvollziehbar? Nein!»

Geist und Geilheit

Es war ein stilles Sterben nach langer, schwerer Krankheit:
Nach 66 Jahren verabschiedet sich das US-Männermagazin *Playboy* ins Jenseits.
Eine Würdigung auf nackte Frauen und nackte Worte. Von Michael Bahnerth

Ich war sechzehn, es war das Jahr 1980, Frühling, und draussen waren die ersten Popper, die letzten Punks und die üblichen Proleten. Am Radio lief dauernd «Another Brick in the Wall» von Pink Floyd, Erich Fromm war gestorben im Tessin, und in Russland soll beim Auftanken eine Wostok-2M-Rakete explodiert sein.

Aber das interessierte mich nicht an diesem Nachmittag. Ich sah nur diese makellose Schönheit, wie sie sich bereitwillig hindrapiert hatte, mit angezogenen Knien, leicht gespreizten Beinen, den Rücken durchgestreckt, den Kopf nach hinten gebeugt, und auf ihrer Haut perlten Wassertropfen und schimmerten wie Diamanten. Diese Beine, diese Brüste; wie gerne wäre ich der Sand gewesen, auf dem ihr Hintern lag. Ich hatte keine Sehnsucht mehr, keine Träume in diesem Moment, hörte keinen Lärm der Welt, sondern nur das leise, pochende Rauschen einer Ekstase. Nach einer Sekunde der Unendlichkeit rieb ich meine Hände an einem alten T-Shirt trocken und legte die *Playboy*-Ausgabe vom März 1980 und Bo Derek unter mein Bett.

Bo Derek, einst die Klimax weiblicher Offenbarung, lebt noch, sieht heute aber ein wenig aus wie ihre eigene, fitte Mumie. Der *Playboy* ist tot, noch nicht lange, seit sechs Wochen, seit dem 18. März. Sechundsechzig Jahre lang war das Männermagazin ein Bild gewordener Sehnsuchtsort wahr werdender sexueller Fantasien für all jene Männer, die nur die weniger schönen Frauen abbekamen, die unglücklich verheiratet waren oder die neben-oder auch hauptberuflich Onanisten waren.

Auch Margaret Atwood

Die insgesamt knapp 800 Playmates waren das eine – all die Marilyn Monroes, 1953 die Erste überhaupt, die Barbra Streisands, vielleicht die Seltsamste unter allen, die Kim Kardashians, die für das meistverkaufte Heft sorgte, die Janet Jacksons, das erfolgreichste dunkelhäutige Girl, und so weiter. Das andere waren die Schriftsteller, die ihren Wortsaft im Magazin verspritzten; Norman Mailer, Gore Vidal, Philip Roth, John Updike, Haruki Murakami, Jack Kerouac, Charles Bukowski, eine Schriftstellerin auch, Margaret Atwood, sozusagen als Ausnahme bestätigende Regel, dass die Landschaften des Intellektuellen von Männern gezeichnet wurden, während jene der Frauen ihre Körper waren. Das war jahrelang das Erfolgsrezept des *Playboys*; das Nebeneinander vom Sex-Appeal



Antriebsfeder für den Feminismus: Emanzipationshelfer Hefner mit Häschen, Anfang 1960er Jahre.

der Worte und jenem des weiblichen Körpers, von Geist und Geilheit.

Der *Playboy* starb, so könnte man sagen, nach langer und schwerer Krankheit. Was ihn letztlich ins Jenseits beförderte, waren der Ausbruch der Corona-Pandemie und der damit verbunde-

Seltsamerweise ging der Tod des *Playboys*, im Gleichschritt mit dem Untergang des Mannes einher.

ne massive Rückgang von Anzeigen. Aber ernsthaft angeschlagen war er schon seit vielleicht fünfzehn Jahren. Hugh Hefner, sein Gründer, lebte ausschliesslich noch im Bademantel in einer peinlichen Burleske auf seiner *Playboy*-Mansion, mit Häschen, die zu limitiert schienen, als einen anderen Satz ausser «Bekomme ich einen

Diamanten, wenn ich mit dir schlafe?» fehlerfrei aussprechen zu können.

Seltsamerweise ging der Tod des *Playboys*, auch, im Gleichschritt mit dem Untergang des Mannes einher. Vielleicht mag es ein wenig weit hergeholt sein, aber doch scheint es, dass der moderne Mann zusehends mit den Forderungen moderner Frauen überfordert war und sich einkapselte, die Aggressivität seiner Sexualität in einen Ruhemodus versetzte, weil ihr hemmungsloses Ausleben zu einer potenziellen Gefahr wurde und er nach Komplimenten wie «Baby, deinen Arsch hätte Michelangelo nicht besser hinbekommen» seinen Job oder sonst was verlieren konnte. Sein Rückzug von gelebter Sexualität zu zweit hin zu einsamem Hand-an-sich-selbst-Legen hätte einem Männermagazin im Grunde andauernde Höhepunkte bei den Verkaufszahlen beschern sollen.

Doch da war zur selben Zeit, auch, der Tod des Analoges durch das Digitale. All die Pornokanäle im Internet mit den Tausenden von Frauen, die man umsonst haben konnte, zwar nicht in der reizvollen *Playboy*-Ästhetik, bestehend aus makellosen Kulissen und perfekten Nippeln, dafür aber so derb und bisweilen versaut, wie es die Realität auch ist. Die sexuellen Traumwelten des Mannes hatten sich verändert, es ist schwer zu sagen, weshalb. Sie begannen, sich am Erreichbaren zu orientieren, nicht mehr am Utopischen. Es war ebenfalls der Transfer vom Qualitativen zum Quantitativen; aus ein paar in Kisten und in hinteren Winkeln des Kellers versteckten Fotos von nackten Göttinnen legte sich der Mann einen Ordner mit unauffälligem Namen auf dem Bildschirm an, in dem sich ein ganzes digitales Harem in täglicher Fluktuation tummelte. Es gibt inzwischen Männer, die haben noch vor dem Frühstück schon 200 nackte Blondinen verspeist.

Man kann sich fragen, was dieses Konsumieren von weiblicher Nacktheit für einen Einfluss auf die männliche Psyche hat. Die Antwort ist einfach; es verpasst ihr Orgasmen, es gibt ihm einen Moment der Intensität, ein Gefühl von Lebendigkeit, von Kraft auch. Natürlich haben diese kleinen, explosiven und virtuellen Fluchten aus dem Sumpf des Alltages ihren Preis. Es ist die Loslösung vom Lebendigen, eine Entfremdung vom Wirklichen, eine Konditionierung hin zum Künstlichen.

Das mag jetzt gravierender oder pathologischer klingen, als es tatsächlich ist. Auf der anderen Seite ist ebenso wahr, dass der Mann seit dem Anbeginn seines Seins Onanist war. Viele mehr oder weniger höher entwickelte Säugetiere holen sich regelmäßig einen runter; es macht ruhig und hält die Fortpflanzung in Balance. Dass, wie Alberto Moravia, auch einst ein *Playboy*-Autor, bemerkte, «die Selbstbefriedigung den einzigen Sexualakt darstelle, der etwas mit Kultur zu tun hat, weil er ganz aus der Fantasie kommt», ist Wunschdenken. Was den Menschen vom Rest der Säugetiere unterscheidet, ist nur, dass er die Fähigkeit besitzt, pornophil zu sein.

Was bleibt nach 66 Jahren *Playboy*, welche Spuren hinterlässt er in der Geschichte des Menschen, abgesehen von nackten Frauen, nackten Worten und einer Kultur des Interviews, die er pflegte und verfeinerte? Paradoxerweise scheint das Männermagazin eine Antriebsfeder für den Feminismus gewesen zu

sein. Nicht in erster Linie als zu bekämpfender Feind, weil Frauen zu Häschen und Sexualobjekten degradiert wurden. Sondern als eine Art Initialzündung. Als im Dezember 1953 der erste *Playboy* ins Licht der Welt drang, war das beinahe so etwas wie ein kleines Weihnachtsgeschenk für die Befreiung der Frau und, wie Hugh Hefner schrieb, von hohem emanzipatorischem Wert.

Die wirklichen Playboys

Die Frau, das war damals in den 1950er Jahren ein Wesen, das unter dem Joch der drei «K» existierte; Kinder, Küche, Kirche. Und dann waren da plötzlich Marilyn Monroes Brüste in der Öffentlichkeit, die Hugh Hefner für 500 Dollar gekauft und 70 000-mal verkauft hatte. Heute bezahlen Männer für ein Exemplar dieser Ausgabe über 30 000 Dollar. Das Heft war wie ein Spaten, der begann, die Wurzel des Puritanismus auszugraben. Es ist kein Zufall, dass zehn Jahre später Feministinnen massenweise ihre Büstenhalter, die sie für ein Symbol der Unterdrückung hielten, öffentlich verbrannten. So sah es wenigstens Hugh Hefner; ohne seinen *Playboy* hätte sich die Frau nie, oder erst viel später, sexuell befreien können.

Aber wahrscheinlich nahm der *Playboy* in seinen besten Tagen viel eher Männer gefangen, als Frauen zu befreien. Männer, die nebst perfekten Pobacken auch ein wenig den Traum kauften, selbst ein *Playboy* zu sein. Natürlich war das ein Selbstbetrug. Das sieht man schon daran, dass die wirklichen Playboys der Welt wie Porfirio Rubirosa, Alfonso Prinz zu Hohenlohe, Freddie McEvoy, später Gunter Sachs und ein wenig auch Taki Theodoracopulos jene waren, die tatsächlich mit den Playmates ins Bett stiegen und nicht nur allein mit deren Bildern.

Man kann nicht sagen, dass der Tod des *Playboys* die Welt um eine kleine Kost-

barkeit ärmer gemacht hätte. Dazu war er in den letzten Jahren schon zu unbedeutend. Aber in seiner Blütezeit bereicherte er unzweifelhaft den Weltenlauf. In seiner ersten Ausgabe schrieb Hugh Hefner, der einst Anzeigentexter war, eine Art Manifest: «Wir lieben unsere Wohnung. Wir genießen es, einen Cocktail zu mixen und ein Häppchen oder zwei aufzutischen, Stimmungsmusik auf dem Plattenspieler zu hören und eine Frau zu einer ruhigen Diskussion über Picasso, Nietzsche, Jazz, Sex einzuladen.» Das war der *Playboy*; ein Traum, der sich nach einer Wirklichkeit sehnt.



Klimax weiblicher Offenbarung.

Das Heft war wie ein Spaten, der begann, die Wurzel des Puritanismus auszugraben.

Zeitgeist

Hollywood in der Hosentasche

Neues Schlaraffenland für Unterhaltung.



Quibi-Gründer Katzenberg.

Braucht man nicht, will man nicht: Das Urteil der britischen Zeitung *The Guardian* war vernichtend, als das Unternehmen Quibi vor ein paar Tagen startete. Ist es wirklich so übel? Was die Amerikaner bieten, sind Unterhaltungs-

Snacks, so etwas wie Hollywood für die Hosentasche. Ob Komödien, Krimis, Reality-Shows, Sport oder Nachrichten: Quibi bringt seine exklusiven Eigenproduktionen – zerlegt in fünf- bis zehnminütige Videos – direkt aufs Handy. Insgesamt macht das drei Stunden frische Unterhaltung pro Tag. Beteiligt vor oder hinter der Kamera sind Stars wie Jennifer Lopez, Steven Spielberg, Liam Hemsworth oder LeBron James.

Die Idee fasziniert alleweil, und das Timing scheint perfekt. Sobald man im Alltag ein paar Minuten totschlageln muss, lockt Quibi mit massgeschneiderten Filmchen. Die Euphorie beim Start mitten in der Corona-Krise bekam allerdings einen Dämpfer, weil die App stark auf die Bedürfnisse der Pendler ausgerichtet ist, die auf den Bus oder den Zug warten. Trotzdem wurde Quibi in den ersten zwei Wochen von immerhin 2,7 Millionen Menschen heruntergeladen.

Hat man sich einmal eingeloggt, kommt man kaum wieder weg. Die Handhabung ist einfach, das Programm vielseitig und von beeindruckender Qualität. Die Optik, die sich verändert, wenn man das Smartphone quer hält, weckt zudem den Spieltrieb – und die ersten drei Monate sind gratis. Es gibt also Schlimmeres.

Quibi steht für *quick bites* und stammt aus dem Reich des Hollywood-Managers und Dreamworks-Gründers Jeffrey Katzenberg. Das Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von fast zwei Milliarden Dollar ist vielversprechend. Die Werbeflächen seien fürs erste Jahr ausgebucht, frohlockte Katzenberg. «Wenn wir erfolgreich sind, werden wir in fünf Jahren von einer Film-, einer Fernseh- und einer Quibi-Ära sprechen», sagte der 69-Jährige. Jetzt müssen die Leute einfach wieder pendeln. *Benjamin Bögli*



Fast verliebt

Spieglein, Spieglein

Von Claudia Schumacher

«Corona, das sind die anderen», dachte ich, als im Park mal wieder ein Blödmann haar-scharf an mir vorbeijoggte. «Die Hölle, das sind die anderen», sagt Garcin in Jean-Paul Sartres «Huis clos» («Geschlossene Gesellschaft», 1944). Hätten die Theater geöffnet, es wäre wohl das Stück der Stunde: Drei lebende Tote werden für immer in einem Zimmer eingeschlossen – und da haben wir sie schon: die Hölle. «Wo sind die Pfähle, die Roste, die Ledertrichter?», fragt Garcin, einer der drei Eingeschlossenen. Aber das ist Schnickschnack, den die Hölle nicht braucht: Die Folter entsteht von allein, aus der zwischenmenschlichen Enge. «Die Hölle, das sind die anderen», wurde zum geflügelten Wort der Misanthropen. Es lohnt sich, das kurze Sartre-Stück von knapp sechzig Seiten noch mal zu lesen. Die Sache ist nämlich verzwickter.

In Sartres Hölle sitzen: die garstige Inès, das Hübschchen Estelle und Garcin, der Macho. Anfangs einigen sie sich darauf, einander Ruhe zu schenken, damit jeder sich um sein eigenes Problem kümmern kann. Daraus wird nichts. Wie ein anderer Franzose so schön sagte: «Das ganze Unglück der Menschen rührt allein daher, dass sie nicht ruhig in einem Zimmer zu bleiben vermögen» (Blaise Pascal).

Also springen sich die drei in Kürze an die Gurgel: Inès erweist sich als Schürzenjägerin und bedrängt Estelle. Diese wiederum quält Inès damit, hinter Garcin her zu sein – weil sie in seinem Begehren vergessen will, eine gemeine Kindsmörderin zu sein. Garcin will in den Augen der Frauen als Mann bestätigt werden, denn er leidet als Deserteur unter seiner Feigheit. Sie alle wollen vom anderen ein Selbstbild gespiegelt bekommen, an das sie selbst nicht glauben – das ist die eigentliche Hölle. In einem Nachwort schrieb Sartre, sein Stück sei immer falsch verstanden worden. Es gehe ihm nicht darum, dass «Beziehungen zu anderen immer vergiftet sind». Der Schmerz entstehe vielmehr aus der «totalen Abhängigkeit». Es gehe um die Schwierigkeit, seiner selbst ansichtig zu werden.

Am Ende ist die Hölle also ein Mangel an Selbstliebe. Wer sich selbst nicht leiden kann, den können andere nicht leiden. Und solche anderen kann man dann auch nicht leiden.



Pure Horror-Kulisse: «Sin Nombre».

Knorrs Kultur

Hindernis-Parcours durch Mexiko

Der Bestseller «American Dirt» über die Flucht einer Mutter mit ihrem Kind eigne sich mexikanische Kultur an, ohne sie zu kennen. Nicht nur deshalb ist sein Erfolg fragwürdig. Von Wolfram Knorr

Achtung! Im Minenfeld grassierender Korrektheits-Verhaltensmuster kann auch in der Belletristik eine Sprengladung lauern und dem Autor oder der Autorin um die Ohren fliegen, stellt sich heraus, dass er oder sie sich der *cultural appropriation*, der «kulturellen Aneignung», ungefragt bediente. Auch bei Halloween ist es schliesslich einer Weissen nicht gestattet, ein Pocahontas-Kostüm zu tragen. Dass umgekehrt allerdings die Musik und die Filme von Elvis Presley, der sich schamlos die Kultur der Schwarzen aneignete, vom Verbot ausgenommen werden, gehört zu den Mysterien der *cultural appropriation* – und davon kann die amerikanische Schriftstellerin Jeanine Cummins ein gar garstig Lied singen.

Cummins, im spanischen Rota geboren, Tochter eines US-Navy-Soldaten, mit einer Oma aus Puerto Rico, verheiratet mit einem Iren, der als Einwanderer ohne Papiere in die USA kam, ist US-Bürgerin, nach eigenen Angaben weiss. Sie schrieb drei Romane, die wenig Beachtung fanden, unter anderem einen über die grosse Hungersnot in Irland im 19. Jahrhundert («The Crooked Branch», 2013). Nach langer Recherche über mexikanische Migranten und Kartelle kam ein neues Opus von ihr über ihren Agenten in Umlauf. In Zeiten von Trumps Mauerbau, der rüden Praxis, Kinder von ihren Migranten-Müttern zu trennen, und anderer inhumaner Praktiken – der Stoff

der Zeit! Es dauerte nicht lange, und sechzehn Verlage rangelten um die Rechte. Flatiron Books setzte sich mit mehr als einer Million US-Dollar durch und liess das Werk «American Dirt» allen möglichen Promis zukommen. Von Stephen King über John Grisham bis Don Winslow war die Reaktion wie erwartet voller Euphorie, auch Ann Patchett, Salma Hayek, Oprah Winfrey waren hin und weg, und Clint Eastwood sicherte sich die Filmrechte. Kurz nach Erscheinen erklimmte das Buch prompt die Bestsellerlisten.

Doch dann erschien in einem obskuren akademischen Blog namens «Tropics of Meta» eine Rezension von Myriam Gurba, einer mexikanisch-amerikanischen Autorin und Lehrerin der Long Beach Polytechnic High School, die als «wild» und «unbequem» gilt. Ihr Text war ein dementsprechend wilder Verriss, der in der Behauptung gipfelte, Cummins' Roman sei eine «obra de caca» (ein Werk der Scheisse). Aber erst mit dem Vorwurf einer unstatthaften «kulturellen Aneignung» öffnete sie die Büchse der Pandora. Ihr Verriss fand zunächst kaum Beachtung. Dann aber griff die *New York Times* Gurbas Text auf, was sofort viral ging, und die Hölle brach los. Bald galt «American Dirt» als «Trauma-Porno», Promis wie Salma Hayek krebsten zurück, gestanden, den Roman gar nicht gelesen zu haben, und Oprah Winfrey änderte schleunigst ihr Programm zu einer

Diskussionsrunde. Selbst Flatiron Books knickte vor Latino-Autoren ein, die immer mehr und lauter wurden und den US-Verlagen vorwarfen, lateinamerikanische Autoren sträflich zu vernachlässigen und nur solche Bücher wie die von Frau Cummins, einer Weissen, zu verlegen, die ohne die geringsten Kenntnisse über Mexiko ein Klischee-Geschlunze mache – halb Groschenheft, halb Gangster-Getue. Die grossangelegte Lesetour wurde abgesagt, man befürchtete Ausschreitungen.

In Oprah Winfreys Show, in der Cummins und ihr Buch zerzaust wurden, fragte die Autorin Julissa Arce («Someone Like Me»), eine in den USA lebende Mexikanerin, die zu den einflussreichsten Stimmen für Einwanderungsrechte gehört, für wen Cummins ihr Buch geschrieben habe. Bevor diese antworten konnte, riefen Studiogäste: «Für uns!» Arce rezensierte «American Dirt» weniger gehässig als die Latina Gurba, dafür erhellend. Für sie ist der Thriller über eine junge Mutter, die mit ihrem Knaben fliehen muss, der durchsichtige «Hindernisparcours» einer Zeitgeist-Ranschmeisse.

Es kommt noch dicker

Die in den USA geführte Diskussion um «kulturelle Aneignung» mag für uns nicht so wichtig sein, aber davon abgesehen, ähnelt «American Dirt» schon arg einer Telenovela. Mit einem furiosen, temporeichen Start («Eine der ersten Kugeln kommt durch das offene



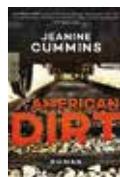
Gefährlicher Alleingang: «American Dirt».

Fenster über der Toilette, vor der Luca steht») beginnt Cummins ihren Flucht-Reisser um Lydia, Mutter des achtjährigen Luca und Gattin des Journalisten Sebastián. Bei einem Familienfest in einem bürgerlichen Vorort von Acapulco werden alle von den Killern des Los-Jardineiros-Kartells erschossen, auch Sebastián, der wenige Tage zuvor einen Enthüllungstext über den Kartellchef veröffentlichte. Nur Lydia und Luca entkommen dem Massaker. Aber wohin in einer Stadt, in der alle korrupt sind und jeder ein Spitzel des Kartells sein kann?

Da hat Cummins mit dem gefährlichen Alleingang von Mutter und Sohn den Leser noch im Griff, doch dann erzählt sie die Vorgeschichte, und Glaubwürdigkeit und Spannung nehmen sukzessive ab. So erfährt man, dass Lydia, die einen Buchladen besitzt, den Kartellboss

kannte, ohne natürlich zu wissen, wer er ist. Er zeigt sich ihr als Lyrik-affiner Charmeur, der sich in Lydia verliebt; und als sie durch Sebastián mit seiner wahren Identität konfrontiert wird, bittet sie ihren Mann, seinen Artikel wohlwollender zu formulieren! Es kommt aber noch dicker: Der Los-Jardineiros-Führer hat eine Tochter, die Selbstmord begeht, als sie erfährt, was für ein schlimmer Finger der Papa ist. Das Gemetzel an Lydias Familie – pure Rache? Lydia bleibt nur die Flucht auf dem berüchtigten Güterzug «La Bestia». Wieso, fragt Julissa Arce, muss Lydia den gefährlichen Weg wählen? Jederzeit, so Arce, könne man ohne Visum nach Kanada, Spanien, Italien, Frankreich fliegen – und eine Frau wie Lydia, Gattin eines renommierten Journalisten und Besitzerin eines Buchladens in bester Lage, hat keinen Pass und kann deshalb in kein Flugzeug steigen? Hat aber eine Menge Geld dabei und findet – obwohl alles korrupt ist – trotzdem keine Möglichkeit zum Fliegen? «La Bestia» bleibt pure Horror-Kulisse.

Und dann, auf dem Dach des Zugs, wo Lydia zwei bildhübsche Schwestern kennenlernt (eine ist auch noch schwanger) und einen jungen Sicario, der sie eigentlich verraten sollte, aber es nicht tut, geht's bald zu wie in einem fahrenden «Sag dem Leben, dass ich komme»-Hain. Psychische Nuancen, komplexe Stimmungslagen, überzeugendes Lokalkolorit – alles Fehlanzeige. Cary Fukunagas Spielfilm-Erstling «Sin nombre» (2009) über in Armut lebende Latinos, die auf «La Bestia» in die USA zu fliehen versuchen und wegen der Mara Salvatrucha, einer der grössten kriminellen Organisationen in Lateinamerika, durch die Hölle gehen, hat Überzeugungskraft und Wucht, obwohl Fukunaga ein weisser US-Amerikaner ist. Ihm hat man den «Aneignungs»-Vorwurf nicht gemacht. Vielleicht liegt's halt doch schlicht am künstlerischen Einfühlungsvermögen. Apropos Mexiko. Mit Kenntnisreichtum und vorurteilsfrei schreibt der amerikanische Autor Paul Theroux in seiner literarischen Reise «Auf dem Schlangenpfad» über Mexiko, und man erfährt, warum Schriftsteller aus den USA sich schon immer von dem Land faszinieren liessen. «Ein Defizit», so Theroux, «ist aber allen Autoren gemein: ihre sehr dürftigen Kenntnisse des Spanischen.» Und das fördere Vorurteile. So wirft Julissa Arce Jeanine Cummins das lächerliche «Google-Spanisch» vor, das diese zwecks «Authentizität» in den Text streue. Oprah Winfrey fragte: «Sind Sie aus Zwecken des Opportunismus jetzt puerto-ricanisch geworden?»



Jeanine Cummins:
American Dirt.
Rowohlt. 553 S. Fr. 22.90

Paul Theroux: Auf dem
Schlangenpfad.
Hoffman und Campe.
426 S. Fr. 37.50



Unten durch Weitsprung

Von Linus Reichlin

Elsie, die Mutter meines Freundes Bruno, ist 81 und hat grosse Mühe mit dem Sicherheitsabstand. Letzte Woche hat Bruno sie im Treppenhaus bei einem Gespräch mit ihrer Wohnungsnachbarin Frau Gerber ertappt. Frau Gerber leidet an Demenz der Stufe vier, und wenn man sie nicht täglich an die Pandemie erinnert, wundert sie sich, warum alle Leute im Haus so weit von ihr weg stehen, wenn sie mit ihnen plaudern möchte. Nur Elsie steht nicht weit weg, denn ihr fehlte schon in der Schulzeit das räumliche Vorstellungsvermögen. Beim Weitsprung im Turnunterricht sprang sie immer erst einen Meter nach der Absprunglinie los. Dafür war sie musikalisch begabt, sie konnte schon mit zehn Beethovens «Für Elise» sogar rückwärts spielen, allerdings nicht vorwärts, aber das ist eine andere Geschichte.

Jedenfalls war Bruno entsetzt, als er Frau Gerber mit seiner Mutter praktisch Bauch an Bauch plaudern sah. Hinterher redete er ihr ins Gewissen: «Mama, du warst doch Englischlehrerin! Dir muss ich doch nicht erklären, was «Social Distancing» heisst! Lass doch Frau Gerber nicht so nahe an dich ran. Du weisst doch, ihr Sohn ist Zahnarzt, dem hauchen doch jetzt seine Patienten ihre verseuchten Aerosolwolken ins Gesicht, wenn er ihnen die Wurzelkanäle auskratzt!» – «Aber ihr Sohn besucht sie doch so selten», sagte Elsie, «sie könnte sich höchstens an runden Geburtstagen bei ihm anstecken, und der nächste ist erst in vier Jahren, bis dahin gibt es eine Impfung.» Dieses Argument liess Bruno nicht gelten. Damit seine Mutter ein Gefühl für den Sicherheitsabstand entwickelte, übte er ihn mit ihr mit Hilfe des Perserteppichs in ihrem Wohnzimmer, den er ihr vor elf Jahren zu ihrem Siebzigsten geschenkt hatte. «Ehrlich gesagt, war mir damals das 2 Meter 20 lange Modell zu teuer», gestand er mir, «deshalb kaufte ich die 1-Meter-50-Version – so, als hätte ich gehaut, dass ich meiner Mutter damit mal das Leben retten kann!»

Beim Abstand-Üben schärfte er Elsie ein, sich die Länge des Teppichs genau einzuprägen. «Wenn jemand mit dir sprechen will», sagte er, «stellst du dir einfach den Teppich zwischen dir

>>> Fortsetzung auf Seite 54

» Fortsetzung von Seite 53

und der Person vor, und sobald sie auf den Teppich tritt, sagst du: «Bitte halten Sie Abstand, ich glaube, ich habe Fieber.» Bruno erzählte mir: «Solange sie den Teppich real vor Augen hatte, konnte sie es. Aber als ich nachher in der Küche mit ihr einen Abstandstest machte, liess sie mich bis auf einen halben Meter an sich rankommen, bevor sie «Stop, ich habe Fieber!» rief.» Um sich herauszureden, behauptete Elsie, Donald Trump habe gesagt, ein halber Meter Abstand reiche völlig, falls das Gegenüber kein Chinese sei. Doch dann gab sie zu, dass sie das Einschätzen von Distanzen nie lernen werde! In ihrem ganzen Leben habe sie nicht ein einziges Mal den Papierkorb getroffen, wenn sie von weitem was reinwerfen wollte. «Als ich deinen Vater kennenlernte», sagte sie, «dachte ich zuerst auch, dass er noch sehr weit weg von mir ist, aber in Wirklichkeit lag er schon auf ...» So genau wollte Bruno es gar nicht wissen. «Was soll ich nur machen», fragte er mich, «soll ich ihr etwa einen Hai-Abwehrstock aus dem Tauchergeschäft kaufen? Die sind genau 1,5 Meter lang, aber Frau Gerber würde sich bestimmt nicht über die Sprengpatrone an der Spitze des Stocks freuen.»

«Alte Bäume kann man nicht verpflanzen», sagte ich. Das gilt auch für mich. Letzte Woche ging ich mit Schutzmaske zur Bäckerei, und die ganze Zeit über hatte ich ein kurioses Gefühl, so, als würde irgendetwas nicht stimmen. In der Bäckerei hing ein Spiegel, und darin sah ich, dass ich die Schutzmaske verkehrt herum angezogen hatte, der Nasenbügel sass auf dem Kinn. Ich habe jetzt mit Filzstift einen Aufwärtspfeil auf die Maske gezeichnet und «oben» dazugeschrieben.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Der diskrete Charme des Cru Bourgeois

Von Peter Rüedi

Ich bin ein Liebhaber von Bordeauxweinen. Nicht erst, aber erst recht seit meiner Begegnung mit Friedrich Dürrenmatt. Dessen Vorliebe für diese Appellation war so bekannt, dass er von Produzenten im Bordelais selbst als eine Art informeller Botschafter ihrer Weine verehrt wurde und ihm gelegentlich aus Erbschaften ganze Keller angeboten wurden («meine Witwenweine», pflegte er zu scherzen: Hinterlassenschaften von Anwälten, Ärzten oder eben Weinproduzenten, deren Witwen nicht wussten, was sie mit den Beständen anfangen sollten). Natürlich ist «Bordeaux» ein weites Feld mit vielfältigsten Varianten von dem rechten und dem linken Ufer (der Gironde). Mit Weinen, deren Renommee sie zu für Normalsterbliche unerreichbaren Kostbarkeiten respektive eigentlichen Kapitalanlagen wachsen liessen. Nach seinem Welterfolg mit «Der Besuch der alten Dame» konnte sich Dürrenmatt auch die leisten, die Moutons, Haut-Brions, Latours et cetera, aber er war kein Snob: Einer seiner Lieblinge war ein kleiner Witwen-

wein aus dem Saint-Emilion, Château Villemaurine. Für mich lagen Boutellen aus den Regalen der obersten *classements* ohnehin ausser Reichweite, und in der Regel tröstete ich mich damit, dass die Bordeauxpyramide zwar in der bekannten Spitze gipfelt, aber auf breitem Fundament steht. Schon ganz *terre à terre*, unter den Bordeaux Supérieurs, den Weinen aus Côtes de Blaye, Côtes de Bourg, Côtes de Castillon und so weiter, sind zu bescheidensten Preisen erstaunlichste Entdeckungen zu machen. Erst recht aber in der preislich immer noch humanen mittleren Etage der Crus Bourgeois aus den illustren Appellationen. Die erreichen immer öfter eine Qualität, die auf Blinddegustationen klassierter Etiketten als «Piraten» arge Verwirrung stiften können. Ein solcher Cru Bourgeois ist der Château Cambon La Pelouse aus dem Süden des Médoc, genauer: der Appellation Haut-Médoc. Er kommt von einem auf 63 Hektar zwischen den berühmteren Châteaux Giscours und Cantemerle gelegenen Weingut, das sich seit 1996 unter der Regie von Jean-Pierre Marie allerdings auch von einem Geheimtipp zu einem Star unter den Bourgeois entwickelt hat. Letzten September wurde es an den australischen Weinriesen Treasury Wine Estates verkauft (der u.a. die Marke Penfolds besitzt). Ein Grund mehr, uns an der wunderbaren Ausgabe 2015 zu erfreuen, einer ebenso finessenreichen wie markanten Cuvée aus Merlot, Cabernet Sauvignon und einem *sprutz* Petit Verdot; tolle Frucht mit der Süsse reifer Pflaumen und einem Pfiff Cassis, sehr balanciert mit feinen Tanninen und gutdosierten Röstnoten. Ein Wurf. Ein Preis-Genuss-Champion.

Cambon La Pelouse Haut-Médoc 2015: 14%.
Paul Ullrich, Münchenstein. Fr. 18.80. www.ullrich.ch



Die Bibel

Kur anstatt Wellness

Von Peter Ruch

Durch Recht gibt ein König dem Land Bestand, wer aber Steuern erhebt, richtet es zugrunde (Sprüche 29, 4). – Die Sprüche im Alten Testament werden Salomo zugeschrieben, dürften jedoch jünger sein. Altorientalische Weisheiten flossen ein und wurden mit dem

Gottesglauben verknüpft. Die obige Antithese überrascht: Das Gegenstück des Rechts ist nicht das Unrecht, sondern die Steuererhebung. Gemeint ist ein König, der auf Steuern versessen ist. Übertriebene Steuern zersetzen das Eigentumsrecht und damit das Volkswohl.

Der Historiker Niall Ferguson schreibt die lange Prosperität des Abendlandes vier Säulen zu: Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft. Sie stehen in Beziehung zu den biblischen Positionen Freiheit, Eigentumschutz, Recht vor Macht und Liebe. Ferguson weist nach, dass diese Säulen seit Jahren schwächeln. Das zeigt sich am schwindenden Engagement für Vereine und Gemeinnützigkeit, an hohen Steuern, wachsender Bürokratie, massloser Verschuldung und eskalierenden Rechtsstreitigkeiten. Im Gegenzug wächst die Staatsgläubigkeit. Konrad Paul Liessmann hat sie kürzlich auf den Punkt gebracht: «Der Staat ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln.»

Möglicherweise steht die westliche Zivilisation durch die Corona-Krise am Scheideweg. Viele Betriebe sind auf Staatshilfe angewiesen, vielleicht auch, weil hohe Steuern die Reservebildung erschwert haben. Bricht ein Verstaatlichungs- und Regulierungsschub herein? Wenn ja, droht unser Kontinent jener Blockade und jener Armut anheimzufallen, mit denen asiatische Grossreiche während Jahrhunderten geschlagen waren. Doch es gibt eine Alternative: Die Rezession müsste auf die Preise, Löhne und Renten durchschlagen. Hilfskredite müssten verzinst werden, um ihre Treffsicherheit zu erhöhen. Steuern müssten gesenkt, Staatsstellen gestrichen und das Recht entschlackt werden. Das wäre keine Wellness, aber eine Kur. Sie würde die vier Säulen stärken. Und der wahre Hirte würde ins Blickfeld zurückkehren.

Peter Ruch war Pfarrer in drei Gemeinden.



Auto

Traumwagen für Realisten

Die GTS-Modelle von Porsche vereinen Sportlichkeit und Alltagsnutzen: etwa im Kompakt-SUV Macan. Von David Schnapp

Ein roten Porsche zu fahren, klingt wie die Erfüllung eines Bubentraums. Damit sind wir schon beim Punkt: Was ist eigentlich ein Traumwagen? Der Macan ist der beliebteste Porsche überhaupt, ein kompaktes SUV mit allen Vorzügen dieser Bauform wie leicht erhöhte Sitzposition, gute Platzverhältnisse und mehr Bodenfreiheit. Die braucht man zwar kaum, sie wäre aber nützlich bei einem Ausflug ins Gelände, den man natürlich in einem Porsche nie macht.

Wenn man von Traumwagen aus Stuttgart spricht, dann kommen einem der GT2 RS in den Sinn (*Weltwoche* Nr. 32/18), einer der besten Sportwagen der Welt, oder ein 911 Turbo S, wo überschäumende Kraft und praktischer Alltagsnutzen genial harmonisiert werden. Aber ein Macan, der auf dem Audi Q5 basiert?

Exzentrischer Auftritt

Bei Porsche gibt es aber drei magische Buchstaben: Mit GTS werden beim Premiumhersteller jene Modelle bezeichnet, die sorgfältig zwischen den Basis- und den Topversionen positioniert werden. Sie bieten etwas mehr Sportlichkeit, mehr Leistung, einen dynamischeren Auftritt zu einem vertretbaren Preis. Beim Macan heisst das konkret: Die GTS-Variante gibt es für 103 000 Franken, das Spitzenmodell Turbo kostet mindestens 121 300 Franken.

Dabei bietet schon der Macan GTS mehr, als man von einem kompakten SUV erwarten kann, und das macht ihn auch zum Traumwagen von Realisten, zu denen ich mich natür-

lich zähle. In verführerischem Karminrot lackiert, garantiert mein Macan schon aus dem Stand sozusagen einen leicht exzentrischen Auftritt. Während viele SUVs oft hochgewuchtete Kombis sind, hat der Macan eher das angenehme Format einer Limousine mit zusätzlicher Übersicht. Das höhenverstellbare Fahrwerk mit Luftfederung ist vermutlich das beste seiner Art in dieser Fahrzeugkategorie, und die Leistungsdaten schliesslich sind sehr ansprechend: Mit seinen 380 PS und 520 Nm beschleunigt der V6-Biturbomotor in 4,7 Sekunden von 0 auf 100 km/h – das reicht für den Eindruck, schnell zu sein.

Zum Traumwagen für Realisten macht den Macan aber nicht nur die Fähigkeit, erstaunlich flink durch Kurven zu ziehen und bis zu 261 km/h schnell zu werden. Als Nutzfahrzeug im Porsche-Angebot konnte ich den Wagen auch problemlos nutzen, um beispielsweise grössere Mengen Material in den Recyclinghof zu schaffen. Bei umgeklappten Rücksitzen hat man dafür 1503 Liter Ladevolumen zur Verfügung. In der Summe ergibt das ein Auto, das man gerne (sportlich) fährt, das aber auch für sehr viel grundsätzlichere Aufgaben gut geeignet ist.

Porsche Macan GTS: Motor/Antrieb: V6-Benziner (Biturbo), aktiver Allradantrieb; Hubraum: 2894 ccm; Leistung: 380 PS / 280 kW; max. Drehmoment: 520 Nm (bei 1750–5000 U/min); Beschleunigung (0–100 km/h): 4,7 sec; Höchstgeschwindigkeit: 261 km/h; Verbrauch: 9,6 l / 100 km; Preis: Fr. 103 000.–, Testwagen: Fr. 134 540.–

Jazz

Fundstück, very live!

Von Peter Rüedi

Die Klausur in den Zeiten der viralen Seuche hat tatsächlich auch ein paar Vorteile. Wer es nicht mit dem Alt-Berliner Satiriker Glassbrenner hält («Mensch, jeh in dir!» – «War ick schon. Ist och nix los»), entdeckt, zurückgeworfen auf sich selbst, neben seinem Alter Ego vielleicht auch ein paar Trouvaillen unter dem, was die Jahre in seiner Diskothek an unbeachtetem Strandgut angeschwemmt haben. So stiess ich auf eine CD, die Reedition einer LP des Drummers Buddy Rich aus dem Jahr 1974, die mich zur Revision eines alten Vorurteils zwingt.

Rich (1917–1987) war für mich immer der Inbegriff jener Macho-Schlagzeuger, die seit den Jahren des Swing mit viel Kraft und technischem Aufwand für die Show-Höhepunkte der von ihnen angetriebenen Big Bands sorgten (Gene Krupa, Louie Bellson u. a.). Rich war tatsächlich ein begnadeter Showman und Entertainer der ersten Stunde (seinen ersten Auftritt hatte er, noch nicht zweijährig, im Vaudeville seines Vaters). Berühmt wurde er als Attraktion der Bands von Artie Shaw, Harry James und Tommy Dorsey, bevor er nach dem Krieg und mit Pausen bis in die achtziger Jahre seine eigenen grossen Bands leitete, als eine Art des erfolgreichen Anachronismus in Zeiten des Rock.

Allein, Rich war, entgegen meinem Vorurteil, auch ein sehr musikalischer Drummer: in vielen Kleinformaten von Norman Granz' «Jazz at the Philharmonic» – und eben auf diesem relativ späten Live-Mitschnitt mit einem bemerkenswerten Septett aus seinem New Yorker Klub «Buddy's Place». *Steaming, cooking*, heiss swingender Post-Bop mit viel Raum für eine Superbesetzung: Sal Nistico am Tenor, Sonny Fortune am Alto, Kenny Barron am Piano, Anthony Jackson am Bass, Jack Wilkins an der Gitarre. Keineswegs ein Egotrip des Drummer-Chefs (eher überlässt der den rumpelnden Congas des Perkussionisten Jimmy Maelen gelegentlich etwas zu viel Raum). Ein schönes Repertoire *from swing to bop*, Basies «Jumpin' at the Woodside», Parkers «Donna Lee» und «Billie's Bounce», Silvers «Nica's Dream», Hancock's «Chameleon» et cetera. Die Trouvaille ist ein paar Jahre alt, im Netz aber allemal noch zu finden. Lohnt die Mühe!



Buddy Rich Septet with Kenny Barron: Very Live at Buddy's Place. Phono 870270



Tourismus

Endlich raus!

Da ist ein Virus, das sich von einem Tier auf einen Menschen überträgt. Das Virus verbreitet sich kreuz und quer über den Globus, und es gelingt ihm, das zu unterbinden, was es selbst bedeutend gemacht hat: das Reisen. *Von Tomas Niederberghaus*

Haben Kreuzfahrtschiffe ausgedient? Raddampfer «Lötschberg» auf dem Brienzensee.

Bislang war es ja so: Jährlich zogen Hunderte Millionen Menschen um den Globus, um Erfahrungen zu machen, um eine andere Welt und vielleicht auch eine andere Seite von sich selbst kennenzulernen oder um – wie es Hans Magnus Enzensberger in seiner Theorie des Tourismus einmal gesagt hat – eine vergebliche Flucht aus den Zwängen der Gesellschaft anzutreten. Orte aufzusuchen, wo keine Rechnungen ankommen und keine Scherben einer in die Brüche gegangenen Beziehung herumliegen. Es ist gut möglich, dass diese wochenlange Ausgangsbeschränkung viele Scherben hinterlassen wird. Umso grösser ist die Sehnsucht, endlich wieder rauszukommen. Wohin jedoch wird die Reise gehen? Was sind die Hotels der Stunde? Haben Kreuzfahrtschiffe ausgedient? Und wie werden wir uns fortbewegen?

Diese erste Reise wird eine besondere sein. Und sie wird Bilder hervorrufen, die an die Anfänge des Tourismus erinnern. Das Auto wird das Fortbewegungsmittel der Stunde. Es pro-

fitiert von einem Aktionsradius, der vorläufig nur das eigene Land und unsere Nachbarn vorsehen wird: Hamburg–Engadin, Zürich–Toskana, München–Arles, Bern–Cannes, das sind seine Ausmasse. Vorbei sind die Zeiten, in denen Billigflieger und Kreuzfahrtschiffe die Massen ausspuckten, für die historische Brücken, pittoreske Türme und schmucke Altstadtgassen ohnehin nicht mehr sind als Kulissen für Selfies.

Blüten des *overtourism*

Möglicherweise schafft Corona etwas, was «Fridays for Future» nicht möglich war: dem Reisen eine Nachhaltigkeit zu geben. Einmal im Jahr richtig loszufahren. Statt immer weiter, immer schneller, immer kürzer. Es geht nicht um das Ende des Reisens, denn das ist für liberale Gesellschaften systemrelevant. Es geht um Identitäten, um Orte, an denen Empfindungen und Erlebnisse geteilt werden. Denn der *overtourism* hat fürchterliche Blüten getrieben. Er hat aus Schusterläden Hips-

ter-Bars gemacht und mit Portalen für Ferienwohnungen Einheimische aus ihren Städten verdrängt. Und er hat sich mit einem Ziel wie Ischgl selbst eine Falle gestellt. Das gilt auch für Kreuzfahrtschiffe: Sie sind nicht nur die grössten Umweltverschmutzungsmaschinen im Tourismus, sondern werden als schipperndes Gefängnis für Corona-Infizierte in Erinne-

Für heimische Hotels ist die Zeit nach der Ausgangsbeschränkung eine grosse Chance.

rung bleiben, gleichsam. Und waren nicht sie es, unter denen Städte wie Venedig, Barcelona oder Palma seit Jahren gelitten haben?

Wochenlang zu Hause – da hat man für die Kinder viel Zeit, vielleicht viel zu viel, da fällt einem die Decke auf den Kopf. Ein Tag folgt dem anderen zur Selbstfindung mit Kochkünsten und Backorgien. Statt Millionen von Touristen gehen inzwischen ja Millionen von



meinsam. Es geht um ehrliche Angebote und nicht um Phrasen mit überstrapazierten Begriffen wie «Wellnessoase».

Die Hotels waren die Ersten, die das Virus geschlossen hat. Es sind die Letzten, die wieder geöffnet werden. Mit den Hotels und Corona verhält es sich ein bisschen wie mit den Menschen und Corona. Wer eine Vorerkrankung hat, wird es schwerer haben. Einige Häuser haben bereits ihren Shutdown *forever* angekündigt. Zahlreiche Insolvenzen werden noch folgen. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die Regierungen sowohl in der Schweiz wie auch in Deutschland die Hotellerie in diesen Tagen und Wochen im Stich gelassen haben – obwohl sie mit ihrem Erholungsauftrag eine gesellschaftliche Relevanz besitzt. Nur wenige Hotels können sich mit kreativen Ideen halbwegs aus der Krise retten. Da ist das Hotel, das mit seinen Azubis binnen weniger Stunden ein Drive-in für Food-Abholer auf die Beine stellt – und fürs Warten im Auto Desinfektionstücher und einen Gesundheits-Smoothie anbietet. Andere offerieren Räume für die Flucht aus dem Home-Office. Das Wort «Stundenhotel» hat eine ganz neue Bedeutung bekommen.

Kein Buffet mehr

In diesen Wochen lohnt es sich, mal wieder Thomas Manns «Zauberberg» zu lesen. Darin stehen nicht nur so hübsche Formulierungen wie die von der Zeit, die im Rückblick «zugleich unnatürlich kurz und unnatürlich lang erschien», sondern auch handfeste Sätze wie: «Strengste Sauberkeit ist eine Grundbedingung.» Deshalb darf man sich im Hotel bei der nächsten Reise auf eines besonders freuen: Es wird kein Buffet mehr geben. Wer will sich das Birchermüesli mit einem Löffel schöpfen, den schon fünf andere Gäste angefasst haben? Wer will sich an der Käseplatte bedienen, vor der gerade ein Herr mit einem bellenden Husten steht? Stattdessen wird das Frühstück serviert werden. So, wie es einst gang und gäbe war. Endlich wieder Service! Dann ist man zu zweit auch nicht mehr allein am Tisch. Zum Dinner werden sich Gäste für Slots zwischen 18 und

Bildern mit Rezepten, fertigen Broten und schnellen Aufläufen um die Welt. Doch die Ambitionen machen müde, und die Selbstbedienung am Kühlschrank und die Selbstversorgung am Herd haben bald alle satt. Jetzt heisst es: Endlich wieder bedient werden. Und bloss nicht mit Sack und Pack in ein Ferienhaus, schon gar nicht in eine Ferienwohnung. Es ist die Zeit der hohen Hallen, die hohes Denken ermöglichen, der Hotellobbys mit breiten Sesseln, in denen Elefanten Platz nehmen könnten. Die Zeit ruft nach Gesellschaft und Geselligkeit, und wo geht das besser als in einem Hotel? Wer mit originellen und sinnstiftenden Erlebnissen auf sich aufmerksam macht, macht alles richtig. Schon vor Corona hat halb Berlin das Töpfern für sich entdeckt, ja, man könnte fast glauben, Berlin habe das Töpfern erfunden. Das sind jetzt die Themen. Kreativ werden. Freiwillig in Klausur gehen. Zeit fürs eigene Ich haben. Raus in die Natur. Bäume umarmen und glücklich dabei sein. Und das möglichst ge-



**Michel Jüstrich,
Unternehmer und Besitzer
Similasan und Nahrin,
Jonen und Sarnen**

«Die Regierungen müssen lernen, auch unangenehme Entscheide fällen zu müssen. Sie dürfen nie mehr zum Schutze eines kleinen Teiles der Gesellschaft, 100 Prozent der Gesellschaft in einen Kriegszustand und danach in eine Rezession – mit all ihren Problemen wie Depression, Angst, Unsicherheit bis hin zu Suizid – zwingen.»

19.30 Uhr oder zwischen 19.30 und 21 Uhr entscheiden. Das gibt es in Restaurants von New York schon seit Jahren. Und um solche Slots wird es auch in den Hotel-Spas gehen. Auch hier wird man versuchen – Verzeihung –, Stosszeiten zu vermeiden und Sicherheitsabstände zu gewährleisten. Alle Mann in die Sauna: Das gibt es vorläufig nicht mehr.

Für heimische Hotels ist die Zeit nach der Ausgangsbeschränkung wie für einzelne Regionen eine grosse Chance. Sich mehr denn je mit Nachhaltigkeit zu positionieren und mehr denn je die lokale Bevölkerung partizipieren zu lassen. Es geht darum, einen verantwortungsvollen touristischen Weg für die Enkel zu bahnen. Denn die finanzielle Erblast der Corona-Krise werden sie noch ausbaden müssen. Sie sind es aber auch, die mit einer Sensibilität für ökologische und soziale Aspekte aufwachsen. Und bis es sie in die Ferne zieht, werden auch die Fluggesellschaften ihre Ziele ausserhalb Europas wiederaufgenommen haben. Realistisch betrachtet, wird das nicht eher sein, als bis ein Impfstoff gefunden ist.

Bis dahin wird man innereuropäisch mit Schutzmasken fliegen. Eine asiatische Fluggesellschaft hat bereits angekündigt, dass für ihre Kabinenbesatzung auf Überseeflügen vorerst nur eine Uniform vorgesehen ist: Masken, Handschuhe, Schutzbrillen und Schutzanzüge. Man kann nur hoffen, dass in den neuen Konzepten auch eine neue Art der Bestuhlung vorgesehen wird. Dann gäbe es aus Sicherheitsaspekten nicht nur grössere Sitzabstände, sondern auch deutlich mehr Beinfreiheit. Das Fliegen war in der Economy ja bereits seit Jahren ein klaustrophobisches Unterfangen. Wie es um die Branche steht, sieht man schon am veränderten Vokabular: Der einst angesehene Beruf der Stewardess ist zu dem einer «Saftschubse» verkommen. Aber vielleicht wird auch das jetzt anders. Nämlich dann, wenn Fliegen endlich wieder teurer wird, und davon ist in Zukunft auszugehen. Denn auch diesem Markt hat Covid-19 die Flügel gestutzt. Wird es die kleinen Airlines mit regionaler Bedeutung noch geben? Werden sie uns noch zu den entlegenen Zielen ihres Landes bringen können?

Sand statt Badetücher

Vielleicht ist es ja tatsächlich vorbei, das «Immer schneller, immer weiter, immer kürzer». Vielleicht sorgt dies für ganz neue Bilder. Vielleicht ist an den Stränden bald wieder Sand zu sehen statt eines Meers aus Badetüchern. Schön wäre es doch.

Tomas Niederberghaus war viele Jahre Autor und Hotelkritiker der Wochenzeitung *Die Zeit*. Heute berät er Hotels und touristische Unternehmen. Er lebt in Hamburg.



Tamaras Welt

Angela, Jacinda und Ing-wen

Weibliche Regierungen bewältigen die Corona-Pandemie angeblich besser. Ist das Geschlecht entscheidend, haben Frauen tatsächlich das bessere Krisenmanagement? *Von Tamara Wernli*

Weiblich regierte Länder meistern die aktuelle Situation besser», schrieb vergangene Woche eine *Welt*-Autorin in einem Meinungsstück. Einen Tag später titelte ihr *Welt*-Kollege über seinem Text: «Warum Belgien die höchste Todesrate der Welt hat». Belgiens Ministerpräsidentin Sophie Wilmès ist weiblich.

Dass mich das als Autorin wurmen würde, geschenkt. Aber wie sieht es wirklich aus? Setzt sich der weibliche Führungsstil in Krisenzeiten besser durch? Als Beispiel für vorbildliche weibliche Krisenbewältigung nennt die *Welt*-Redaktorin Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern. Sie hatte schon sehr früh Ausgangsbeschränkungen angeordnet, die auf breite Akzeptanz gestossen sind. Neuseeland zählt ganz wenige Neuinfektionen. Weiter listet sie Island, Finnland, Norwegen, Dänemark, Taiwan und Deutschland auf. Diese «Erfolgsgeschichten» hätten nicht nur damit zu tun, wie die Länder regiert werden. Aber: «Es gibt Parallelen in der Art, wie die Regierungschefinnen ihre Länder durch die Krise navigierten: mit einer Politik der Transparenz und des Dialogs etwa. Mit Weitsicht und Empathie. Mit Konsequenz in der Haltung, aber einem Diskurs der Nähe und Zugewandtheit in der Durchführung.» Für gescheitert erklärt sie Donald Trump und Boris Johnson.

Es gibt die vorherrschende Meinung, dass weiblicher Führungsstil mit besserer Kommunikation, mehr Empathie und Sozialkompetenz einhergeht. Aber dieses Klischee wurde widerlegt – sogar in derselben Zeitung. Unter dem Titel «Frauen verlieren als Chef Sozialkompetenz» schrieb 2016 *Welt*-Wirtschaftsreporterin Inga Michler: «Eine Studie beweist das Gegenteil. Frauen werden wie ihre männlichen Kollegen.» Je weiblicher die Chefetage, desto härter und zielorientierter wird der Füh-

rungsstil, desto rauer das Klima; die kritische Masse sei 22 Prozent. «Dann kümmern sich Frauen stärker um ihre eigene Karriere und nähern sich in Sachen Durchsetzungskraft und Härte ihren männlichen Kollegen an», so Studienautor Joachim Bohner, der die Untersuchung der internationalen Personalberatung Russell Reynolds Associates durchgeführt hat. Die Fürsorge für andere und die Beziehungspflege hingegen nähmen messbar ab. Mit seiner hohen Leistungsorientierung, der Fähigkeit, Menschen emotional mitzunehmen und dabei auch nicht vor härteren Entscheiden zurückzuweichen, sei dieser «härtere» Leader-Typ am besten gewappnet für unsere dynamische Zeit. Laut der *Welt am Sonntag* sind für Bohner die «Persönlichkeitsunterschiede von Mensch zu Mensch wesentlich relevanter» als die Unterschiede zwischen Mann und Frau. Für die Studie wurden Tiefeninterviews mit über 4300 internationalen Führungskräften geführt. Meines Erachtens haben Management- und Polit-Führung viele Ähnlichkeiten.

Mit Ausnahme von Deutschland sind alle Inselstaaten oder Halbinseln. Der Vergleich hinkt deshalb. Denn naturgemäss sind sie vom Virus weniger stark betroffen, ein Land wie Neuseeland kann sich besser abschotten als etwa die Schweiz mit 68 000 italienischen Grenzgängern. Unsinnigerweise hätte man auch Grönland nennen können – es ist Corona-frei (Stand 27.4.) –, wobei einem dann bei seiner These der Pimmel des Premierministers in die Quere gekommen wäre.

Es gibt männlich regierte Länder, die das Virus vergleichsweise gut stoppen, wie Singapur, Südkorea und Österreich. Angela Merkel macht laut Datenanalysten einen guten Job –

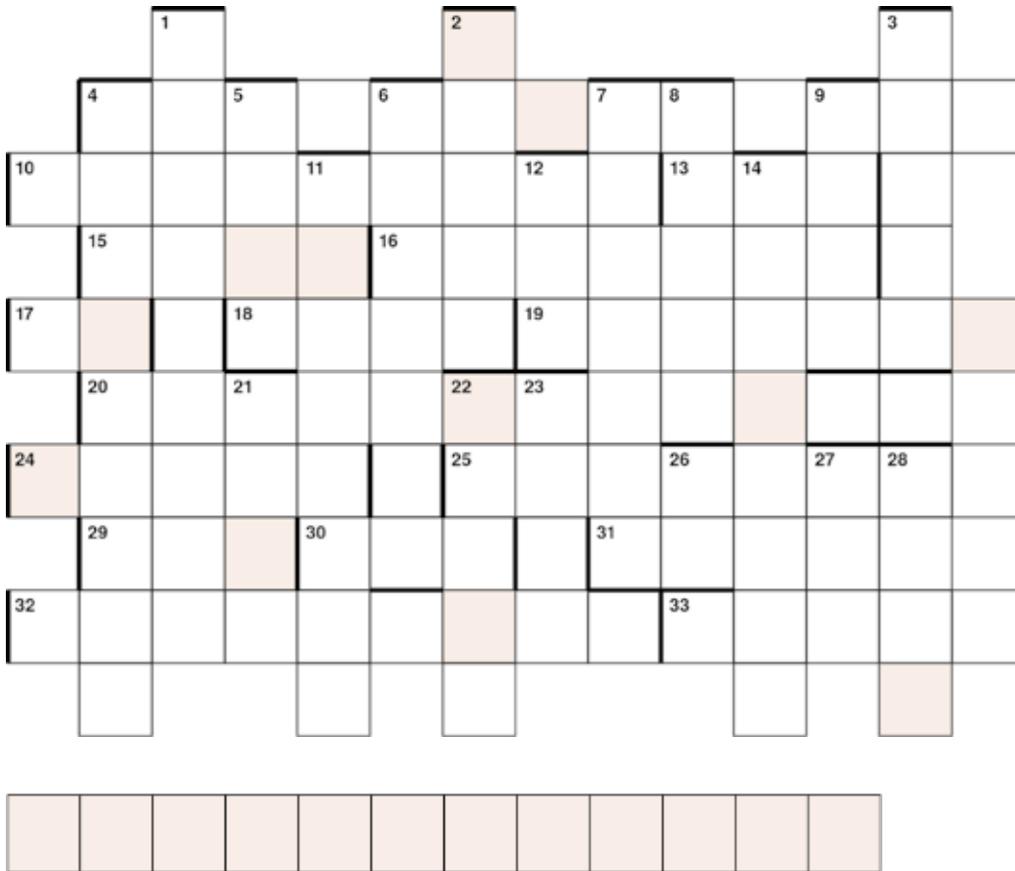
genauso wie Sebastian Kurz. Anfangs dieser Woche zählte Österreich 542 Corona-Tote bei 15 188 Infizierten. Wie Ardern hat er sehr früh Grenz- und Ladenschliessungen angeordnet, in seinen Pressekonferenzen kommuniziert er klar und direkt, ohne Beschönigungen – und ohne Skript. Merkel hat sogar gesagt: «Österreich war uns immer einen Schritt voraus.» Kurz ist beliebt wie nie.

Grossbritannien hat ein eher schlechtes Corona-Management. Heathrow ist natürlich eine Virenschleuder, und England liegt nicht abgelegen. Und Johnson? Kann ich nicht beurteilen. Auch Belgien ist mit der weltweit höchsten Todesrate stark betroffen. Belgien hat zwar aufgrund seiner Zählmethode mehr Corona-Fälle, dennoch: In Belgien sind vor allem die Altersheime Hotspots, zusätzlich fehlt es an Schutzausrüstung. Diese Schwächen in der Bewältigungsstrategie Wilmès anzulasten, wäre aber Unsinn.

Wie gut oder schlecht ein Land die Pandemie meistert, hängt eher nicht vom Geschlecht des Regierungschefs ab. So einfach ist es nicht. Viele Komponenten spielen eine Rolle: die Lage, der Altersdurchschnitt, das Gesundheitssystem, der Vorrat an Schutzausrüstung, die Strenge der Massnahmen, auch Begrüssungsrituale. Hinzu kommt, dass Regierungschefs für ihre Entscheide in der Regel die Zustimmung des Koalitionspartners benötigen. Asiatische Länder sind mit ihren Krisenplänen und dem Tragen von Masken, das für viele zum Alltag gehört, besser auf eine Epidemie vorbereitet.

Die Überschwemmung der Medienlandschaft mit Artikeln, die das Narrativ pushen, Menschen seien fähiger (oder unfähiger) aufgrund von Geschlecht, Alter oder Hautfarbe, statt aufgrund ihrer individuellen Qualitäten, ist einfach nur müssig. Letztlich kommt es auf die Kompetenz und den Charakter der Führungsperson an. Hier stimme ich zu, zwischen Trumps irrationalen Entscheiden und dem schlechten Abschneiden der USA dürfte wohl ein Zusammenhang bestehen.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.
Aktuelles Video auf www.weltwoche.ch



Lösungswort — Versorgt Markt- und Messegänger mit Falschgeld.
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 4 Verzinstes Partykässeli mit eingeschränkter Bezugsfreiheit. 10 Brummschädel vom Apfelwein, kreative Beleidigung? Quetschobst! 13 Beispielsweise Mutters Bruders oder Vaters Schwester Mutter. 15 Si ce n'est pas celle de secours, la cinquième du carrosse est superflue. 16 Charakterisiert die weisse Pracht, die eine Schneeballschlacht unmöglich macht. 17 Affenschw@nz. 18 Kalziger U-Berg oder melodioses Motiv mit Wiedererkennungswert. 19 Das Pfeifchen wird nicht geraucht, sondern als Minisauger gebraucht. 20 Eine mit Tränen stark angereicherte alkalische Lösung ist hier die Lösung. 24 Der Vierervorsatz macht das Pak zum Pack, das schützt, was gut ist. 25 Er absolvierte seine Ausbildung in der Kellerwirtschaft. 29 Wow, ein Riesenschlingel! 30 Arabers Sohn von, bei uns eine Ich-Seinflexion. 31 Vermehrt, wozwischen Leser vermehrt den tieferen Sinn vermuten. 32 Er sagt Ja zu «Das war ich nicht.» und «Das ist nicht wahr.» 33 Peng!

Senkrecht — 1 Findet ein Ton bei ihm Anklang, dann s(chw)ingt er kräftig mit. 2 Zum Beispiel: Dienst auf einem Amt oder Posten, Amt oder Posten bei einem Dienst. 3 Wohin Läufer vor dem Laufen gehen, um bereitzustehen. 4 Soldatenalltag hinter Mauern oder überdauern. 5 Wird bei Vorstellungsgesprächen oft zu beharrlich, zielstrebig und konsequent. 6 Will man dafür nicht extra aufs Bergli laufen, kann mans auch einfach beim Bäcker kaufen. 7 Mitten im Normen widersprechenden, Regel brechenden Verhalten ist viel Wasser der französischen Alpen enthalten. 8 In Divisionen dividierter, leibbasierter Verband. 9 «Der Kummer, der nicht spricht, __ am Herzen bis es bricht.» – Shakespeare. 11 Die Zusätze gibt's fürs Um- von Abbiegen. 12 Frei (erfunden?) nach dem New-Age-Motto: Gut kommunikativ programmiert ist halb therapiert. 14 Mindestens genauso ansteckend übellauniger Verwandter des unzufriedenen Peters. 21 Strahlender Tiger im Tank sowie Brut schneller Brüter. 22 Des Humoristen Haubenlerche, eine habituelle Habitträgerin. 23 Äusserst schmerzhafter Indikator für die unmittelbar bevorstehende Landung des Klapperstorchs. (Ez.) 26 Auf den Punkt gebracht: Vokal, punktuell überdacht. 27 Die onda bewegt sich durchs Wasser oder Stadion. 28 Ist nicht nur den Fersen dicht auf den Fersen immer sofort weg.

I=J=Y © Andri Martinelli – Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 664



Waagrecht — 5 POLITZIRKUS 10 [BERN] D das Brot 12 SINAI(berg) 13 FAQ steht für «Frequently Asked Questions» (häufig gestellte Fragen). 14 STARTERKABEL: Anagramm von «Alberts Karte» 15 SEOUL: Hauptstadt Südkoreas 16 [OE-DE]M 18 BASLER 20 LIMIT 21 ETC: kurz für «et cetera» 22 OBELIX 24 ANAL 25 (Kafi) LUZ: Luzerner Kafi, span. Licht 26 GEGEN 27 NIE 28 BEEREN 29 KINN

Senkrecht — 1 FORTSATZ 2 [HIDRO] LOGE 3 EINROLLEN 4 QUALITAET 5 PESTBEULE 6 ZIEL 7 RAKEL 8 KIA: südkoreanischer Autohersteller 9 UNBEMANNNT 11 NAESCHEN: Wird ohne ä-Pünktchen zu «naschen». 12 (Nasen) STUEBER: Kleingroschenmünze 13 FEMININ 17 DIXI(e) 19 REGEL 23 (E)INKA(ufen)

Lösungswort — **FUSSNOTEN**

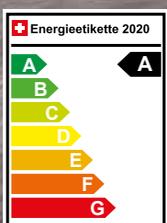
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

DER NEUE OPEL GRANDLAND Σ HYBRID4

GRANDLAND LIEBT SWITZERLAND.

4X4. 300 PS. HYBRID.



Energieverbrauch nach WLTP: 1,2 – 1,7l/100km
CO²-Emissionen: 28 – 39g/km
Energieeffizienz: A

